



„Eröffnung von Anpassungsfähigkeit
für lebendige Orte“

Verbundprojekt im Forschungsprogramm
„Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“
des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung (BMBF)

Schlussbericht 2004 des Teilprojekts Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt

Prof. Dr. rer. pol. Gerhard Scherhorn
Dr. rer. nat. Dipl. Geogr. J. Daniel Dahm

Unter Mitarbeit von:
Dipl. Hdl. Anja Siebentritt-Schüle
Walter Jansen



Universität Hohenheim

Institut für Haushalts- und Konsumökonomik

Lehr- und Forschungsbereich für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik

**Wissenschaftszentrum
Nordrhein-Westfalen**

Institut Arbeit
und Technik



Kulturwissenschaftliches
Institut

**Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt, Energie**
GmbH

AG ‚Neue Wohlstandsmodelle‘ &

AG ‚Nahhaltiges Produzieren und Konsumieren‘

EVALO

Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte

Teilprojekt 4:

Vorhabenbezeichnung: **Urbane Subsistenz
als Infrastruktur der Stadt**

Zuwendungsempfänger: Universität Hohenheim
Institut für Haushalts- und
Konsumökonomik

Förderkennzeichen: 19 W 1070E

Laufzeit des Vorhabens: 01.07.2001 – 30.06.2004

Berichtszeitraum: 01.07.2001 – 30.06.2004

**Projektträger: TÜV-Akademie Rheinland GmbH
PT MVBW**

Köln,
Berlin,
Stuttgart,
Wuppertal,

März 2005

Inhaltsverzeichnis

1. Kurze Übersicht über das Teilprojekt	3
1.1 Aufgabenstellung	3
1.2 Voraussetzungen	5
1.2.1 Drei Arten informellen Wirtschaftens	5
1.2.2 Bezeichnungen für bürgerschaftliches Engagement	8
1.2.3 Empirische Größenverhältnisse	9
1.3 Wissenschaftliche Grundlagen	11
1.3.1 Komplementäre Wirtschaftstätigkeiten	11
1.3.2 Modernisierung der Subsistenz	12
1.3.3 Wohlfahrtsfördernde Funktionenmischung	13
1.4 Planung und Ablauf	14
1.4.1 Drei Hypothesen	14
1.4.2 Der Charme der Deskription	15
1.5 Zusammenarbeit mit anderen	17
2. Umfassende Darstellung des Teilprojektes	19
2.1 Methoden der Datengewinnung	19
2.1.1 Erhebungen zur bürgerschaftlichen Subsistenz	19
2.1.2 Erhebungen zur privaten Subsistenz	29
2.2 Ergebnisse zur bürgerschaftlichen Subsistenz	31
2.2.1 Die Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements	31
2.2.2 Die Leistungen der bürgerschaftlichen Subsistenz	41
2.3 Ergebnisse zur privaten Subsistenz	67
2.3.1 Familienarbeit	67
2.3.2 Eigenarbeit und Bürgerarbeit im Vergleich	70
2.3.3 Ökonomischer Nutzen und innere Befriedigung	71
2.4 Die Produktivität der Subsistenz	74
2.4.1 Informelle Arbeit braucht intrinsische Motivation	74
2.4.2 Formelle Arbeit wird extern stimuliert	77
2.4.3 Umdenken bei der Produktivität von Dienstleistungen	81
2.4.3 Zur Finanzierung der informellen Arbeit	84
2.4.4 Zur Rentabilität der öffentlichen Zuschüsse	86
2.5 Probleme und Lösungsansätze	88
2.5.1 Wahrnehmung und Würdigung	88
2.5.2 Finanzielle Förderung	90
2.5.2 Räume	92
2.6 Zum Nutzen der Ergebnisse in der Praxis	94

2.6.1 Anpassungsfähigkeit der Stadt	94
2.6.2 Flexibilität der Beschäftigung	97
2.7 Fortschritt auf dem Gebiet des Teilprojekts an anderer Stelle	99
2.8 Erfolgte oder geplante Veröffentlichungen der Ergebnisse	99
3. Erfolgskontrollbericht	100
3.1 Beitrag der Ergebnisse zu den förderpolitischen Zielen	100
3.2 Wissenschaftlich-technische Ergebnisse und Erfahrungen	100
3.3 Präsentationsmöglichkeiten für künftige Nutzer	100
3.4 Einhaltung der Ausgaben- und Zeitplanung	101
4. Kurzfassung	102
5. Literatur zu 1.1 – 2.6	104

1. Kurze Übersicht über das Teilprojekt

1.1 Aufgabenstellung

Die Ausgangshypothese des Subsistenzprojektes lautete: Die Anpassungsfähigkeit der Stadt – Vielfalt und Variabilität der Nutzungs-, Versorgungs- und Gestaltungsmöglichkeiten – hängt auch davon ab, dass im Stadtraum ausreichende Möglichkeiten für „urbane Subsistenz“ im Sinn einer bürgerschaftlich selbsttätigen Übernahme von Gemeinschaftsaufgaben gegeben sind. In der Hypothese drückt sich die Überzeugung aus, dass ohne eine umfassende Infrastruktur bürgerschaftlicher Selbsttätigkeit keine zukunftsfähige Stadt mehr denkbar ist. Mehr noch: Dass bereits heute die informellen Selbstversorgungsstrukturen unserer Großstädte einen unverzichtbaren Bestandteil der städtischen Infrastruktur bilden. Weil das bisher wenig erkannt wird, nahmen wir uns vor, die folgenden Fragenkomplexe zu untersuchen:

- Bewirkt bürgerschaftliches Engagement die Initialisierung und Etablierung einer eigenständigen Infrastruktur? In welchem Ausmaß werden städtische Räume durch diese bereichert? Wieweit werden öffentliche Haushalte entlastet?
- Welcher Art ist diese Infrastruktur, wie ist ihre räumliche Verortung und Anordnung? Wie ist sie intern vernetzt, und auf welche Weise steht sie zu marktlichen und kommunalen Institutionen in Beziehung?
- Welchen Beitrag zur alltäglichen Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben, zur funktionalen Vielfalt und zur Anpassungsfähigkeit einer Stadt leistet die unbezahlte, freiwillige, nichterwerbswirtschaftliche – und deshalb meist unsichtbare – Arbeit der Bürger?

Als wir begannen, diese Fragen zu untersuchen, hatten wir zwar bereits eine hohe Meinung von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung all der selbstversorgerischen Tätigkeiten, die ohne Geld geleistet werden, aber die Ergebnisse haben unsere Erwartungen doch noch übertroffen. Dabei konnten wir nur einen Teil der unsichtbaren Arbeit untersuchen; das Thema ist so komplex und seine Erforschung wegen des Fehlens belastbarer Daten so aufwendig, dass man seine begrenzten Mittel auf einen Ausschnitt konzentrieren muss. Das Segment, das wir ausgewählt haben, ist die selbstbestimmte, ehrenamtliche, gemeinschaftsorientierte Tätigkeit in bürgerschaftlichen Einrichtungen, die oft als *bürgerschaftliches Engagement* und *gelegentlich* als Bürgerarbeit bezeichnet wird. Am Rande haben wir auch einen Blick auf das Verhältnis der Bürgerarbeit zu der unsichtbaren Arbeit in Haushalt, Familie und Nachbarschaft geworfen, der *Eigenarbeit*.

Im Fokus aber stehen das bürgerschaftliche Engagement und seine stadträumlichen Voraussetzungen, Ausprägungen und Wirkungen. Untersucht haben wir sie dort, wo sie vor allem stattfinden, im Rahmen von *bürgerschaftlichen Einrichtungen*, das sind Initiativen, Arbeitskreise, Vereine, NROs, die sich soziokulturellen Bedürfnissen widmen, wie der Linderung sozialer Probleme, der Bereitstellung kultureller Angebote für den Alltagsbedarf von Bürgern oder der Gemeinwesenarbeit. Die erbrachten Leistungen beruhen wesentlich auf der ehrenamtlichen Arbeit, auch dort, wo diese von hauptamtlich Tätigen unterstützt wird.

Einrichtungen mit anderer Zielsetzung, z.B. Sportvereine oder Karnevalsgesellschaften, wurden nicht einbezogen. Auch in ihnen gibt es ehrenamtliche Arbeit, doch wird diese überwiegend von den Freizeit-Zielen der Einrichtungen bestimmt und steht oftmals der Eigenarbeit näher als der Bürgerarbeit. Wir haben auch auf die Untersuchung von ehrenamtlichen Tätigkeiten in Pfarreien verzichtet, so verdienstvoll diese sind, weil die Kirchen einen hohen Formalisierungsgrad haben und wir der Subsistenz eine hohe Informalität der Leistungen und Organisationsstrukturen zuordnen. Mit dieser Begründung wurden auch Parteien, Berufsverbände, Schulen und die großen Wohlfahrtsverbände aus der Untersuchung ausgeklammert.

Durch die Einengung des Untersuchungsgebiets auf den Kernbereich der Bürgerarbeit wurde erreicht, dass die bürgerschaftlichen Einrichtungen in den Mittelpunkt unseres Untersuchungsinteresses rückten. Dies wiederum war eine logische Folge des stadträumlichen Fokus unseres Verbundprojektes EVALO. In den ausgewählten bürgerschaftlichen Einrichtungen stellt sich die Infrastruktur der urbanen Subsistenz gleichsam in reiner Form dar. Sie sind stadträumlich verortete Plattformen für Bürgerarbeit, sie stellen quasi Unternehmen der Zivilgesellschaft dar und sind deshalb wesentlich stärker von stadtplanerischen und stadtpolitischen Prozessen betroffen als jene Einrichtungen, die einen finanziellen Rückhalt in öffentlichen Haushalten, intermediären Korporationen oder im Markt haben. Gewiss reicht der Kreis der bürgerschaftlichen Selbsttätigkeit über den von uns untersuchten Kern hinaus, aber die Charakteristik der urbanen Subsistenz tritt in diesem Kern doch am klarsten zutage.

Weder über das Ausmaß noch die Ausprägungen von Bürgerarbeit gibt es bisher valide Zahlen und Erhebungen, die für unsere Untersuchung eine befriedigende Grundlage liefern konnten; so mussten wir mit unseren Untersuchungen nahezu bei Null beginnen. Um dennoch im Rahmen der verfügbaren Forschungsmittel möglichst zu allgemeingültigen Aussagen zu kommen, haben wir die drei sehr unterschiedlichen Städte Berlin, Stuttgart und Köln vergleichend untersucht. Über aufeinander abgestimmte Untersuchungsmethoden ließ sich ein Querschnittsvergleich zwischen den Untersuchungsgebieten ziehen, um so eventuell relevante regionale Abweichungen und Besonderheiten erkennen und zu generalisierbaren Aussagen kommen zu können (vergleiche hierzu Kapitel 2.1).

Als *erstes* war zu recherchieren, wie viele Einrichtungen der selbstbestimmten Bürgerarbeit es pro Stadt überhaupt gibt; verlässliche Adresslisten existieren nicht. Als *zweites* folgte der Schritt, diese Einrichtungen stadträumlich zu verorten, zu kartieren und ihre Verteilung zu analysieren. *Drittens* galt es das Vorkommen der bürgerschaftlichen Einrichtungen in Beziehung zur Verteilung marktlicher und öffentlich-kommunaler Institutionen zu setzen, um Synergien und Komplementaritäten zwischen den Sektoren zu erkennen. *Viertens* war zu ermitteln, welchen Zielgruppen und Themen bürgerschaftliche Einrichtungen gewidmet sind, welche Leistungen und Angebote sie erbringen, wie sie sich finanzieren bzw. arbeitsfähig erhalten und was ihre Arbeit behindert oder befördert. Und *fünftens* musste herausgefunden werden, wie die bürgerschaftlichen Einrichtungen interagieren, wie sie vernetzt sind und auf welche Weise sie im Stadtraum sozial, aber auch politisch wirksam werden, wie sie den Standort prägen und verändern. Erst auf diesem Set von quantitativen und qualitativen Informationen konnte die Frage nach der Bedeutung der Bürgerarbeit für die Funktions- und Anpassungsfähigkeit der Stadt untersucht und beantwortet werden. Einige Antworten gingen

aus den durchgeführten Befragungen und Interviews hervor, andere wurden durch Erhebung und Visualisierung der Kommunikations- und Arbeitsbeziehungen zwischen den Einrichtungen gewonnen, wieder andere durch die Einordnung dieser Beziehungen in das Geflecht der marktlichen und kommunalen Einrichtungen und in den Stadtraum.

Dieses Bündel an Untersuchungsaufgaben wurde an den drei Projektstandorten Köln, Berlin und Stuttgart methodologisch entwickelt, koordiniert und durchgeführt. Hierfür waren unter der Projektleitung von Gerhard Scherhorn maßgeblich Anja Siebentritt-Schüle und Daniel Dahm verantwortlich. Die Kölner empirischen Arbeiten wurden wesentlich von Walter Jansen und Daniel Dahm geleistet. Die Stuttgarter Projektgruppe wurde von Anja Siebentritt-Schüle geleitet, die Berliner Projektgruppe von Daniel Dahm. Unterstützt wurde das Forschungsprojekt durch die Arbeit von studentischen Hilfskräften, in Berlin Britta Gauckler, Katja Friedrich, Stefanie Sixt, Christian Borchers, Philip Elsner, Andreas Kahler und als Praktikantinnen Johanna Jäger und Melanie Menge, in Köln Egbert Bichler, David Dahmann, Britta von Drewitz, Maria Entierres und Insa Kümmel, in Stuttgart Christina Balbach, Torsten Frary, Manuel Hoffmann, Alexandra Janson und als Interviewer Hanna Fischinger, Stefanie Kraut, Lian Liu, Sabine Metzger, Dominik Schwaibold.

1.2 Voraussetzungen

1.2.1 Drei Arten informellen Wirtschaftens

Vorausgesetzt wird in dieser Untersuchung, dass es in modernen Gesellschaften eine formelle und eine informelle Wirtschaft gibt. Vorausgesetzt wird aber auch, dass dies keine strikte Zweiteilung mehr ist, auch wenn sie noch so aufgefasst wird, sondern sich in einem Wandlungsprozess Formen der komplementären Zusammenarbeit entwickeln, die den Bedürfnissen der Menschen und der Gesellschaft besser entsprechen.

Noch bis Mitte der 1990er Jahre dachte man sich die *formelle* Arbeit als in Organisationen (verfasste Unternehmen, Verbände, Behörden, Parlamente, Regierungen) geleistet und innerhalb der Organisationen als durch Hierarchien, Eigentumsverhältnisse, Arbeitsverträge, Käufe und Einkommenstransfers geregelt. Das Sozialprodukt galt als die Zusammenfassung der aus dieser Arbeit entstehenden monetären Transfers und als *der* Indikator der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Die Produktion der informellen Wirtschaft kommt in diesem Indikator nicht vor. Als *informell* wurde die nicht durch formelle Verträge geregelte Arbeit im privaten Haushalt, in der Familie, in der Nachbarschaft, im Gemeinwesen betrachtet. Mit einem Wort: *Formell* war die einkommensorientierte Beschäftigung in Unternehmen, Behörden, Verbänden, *informell* die bedarfsorientierte Tätigkeit außerhalb der Erwerbswirtschaft.

Inzwischen aber zeichnet sich „*in der Realität [...] ein qualitativer Wandel ab, in dessen Verlauf Markt, Staat und informelle Arbeit immer enger miteinander verflochten werden. Die Frage nach einem Wachstum des sogenannten informellen Sektors zu Lasten des formellen macht immer weniger Sinn, weil im Zuge der Integration von Markt, Staat und informeller Ökonomie diese ihren Charakter als getrennte Sektoren verlieren.*“ (Häußermann und Siebel 1987, S. 176.). Diese grundsätzlich richtige Beobachtung mag zu einer Aufhebung der sektoralen Betrachtungsweise führen, setzt aber voraus, dass die Tätigkeiten auch

weiterhin voneinander unterschieden werden, da sie nach divergierenden Logiken und Motivationen funktionieren. Die formelle Arbeit ist auf Markt und Staat, also Unternehmen und Behörden verteilt und folgt in beiden Bereichen – bei Unterschieden in der Rentabilitätsorientierung – den Prinzipien der hierarchischen Entscheidungslogik und der monetären Erwerbsmotivation; die informellen Tätigkeiten dagegen teilen sich in mindestens drei verschiedene Sphären auf (Dahm 2003, 111-149), die sich voneinander stärker unterscheiden:

- Erstens die *kriminelle Ökonomie*. Sie umfasst alle Erwerbstätigkeiten krimineller Natur, also Einbruch, Diebstahl, gedungener Mord, Drogenschmuggel und -handel, illegaler Waffenhandel und -,schmuggel, Kinderprostitution, Korruption, Hehlerei u.a.m. Die kriminelle Ökonomie mag ihrer eigenen wirtschaftlichen Logik folgen (vergleiche Dahm, 2003, und Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages, 2002), aber sie hat anarchischen Charakter und fügt sich weder in den gesellschaftlichen Zusammenhalt noch in politische wie marktwirtschaftliche Zusammenhänge, zumal sie sowohl informelle als auch formelle Strukturen ausnutzt und diese diskreditiert, wenn nicht sogar kriminalisiert. So haben wir es hier mit einer Form der Wirtschaftstätigkeit zu tun, die prinzipiell nicht legalisiert werden kann.
- Zweitens die *informelle Wirtschaft*, auch als *Schattenwirtschaft* bezeichnet (vergleiche Schmölders 1980). Beide Begriffe bezeichne illegale erwerbswirtschaftliche Aktivitäten wie die Schwarzarbeit, die zum formellen Sektor gerechnet würden, wenn sie dort steuerlich und statistisch erfasst werden könnten (vergleiche Gretschmann & Ulrich 1980). Die Illegalität geht aber nicht so weit, dass auch Strafrechtsverstöße im Sinne der kriminellen Ökonomie eingeschlossen wären. Die Schattenwirtschaft verstößt lediglich gegen steuer- und wirtschaftsrechtliche Vorschriften, die aus diskutablen Gründen geändert werden könnten; und sie tut dies meist aus einer Notlage heraus, die deshalb entsteht, weil in der formellen Wirtschaft kein Platz für sie ist. Das Ausweichen in die Schattenwirtschaft wird meist mit der Höhe der Steuern und Sozialabgaben sowie dem Umfang bürokratischer Hemmnisse erklärt, vor der Unternehmen und Einzelpersonen kapitulieren (vergleiche Schneider 2000). Sassen (2000a) deutet die in den *global cities* beobachtete Zunahme der informellen Wirtschaft so, dass die Globalisierung eine Öffnung der Schere zwischen hohen und geringen Einkommen hervorruft. Diese Polarisierung führt dazu, dass die unteren Einkommen zunehmend auf informellen Erwerb und auf den Kauf informell hergestellter Produkte angewiesen sind, aber auch die Bezieher höherer Einkommen zunehmend davon profitieren, dass sie die billigen informellen Leistungen nachfragen können. Der informelle Erwerb findet aber durchaus im Rahmen formeller, wenn auch nur schwach formalisierter Unternehmen statt, in denen z.B. Familienangehörige oder unregelmäßig eingesetzte Hilfskräfte informell beschäftigt werden. „*Tatsache [ist], dass Aktivitäten informalisiert werden, die eigentlich innerhalb der offiziellen Wirtschaft stattfinden*“ (Sassen 2000, 45).
- Drittens der Gegenstand dieser Untersuchung, die *Subsistenzökonomie*, also die informellen Tätigkeiten der Bürgerarbeit und der Eigenarbeit. Im Gegensatz zur monetären Motivation der kriminellen und der informellen Ökonomie ist die Subsistenzarbeit intrinsisch motiviert und auf selbsttätige Versorgung mit privaten und öffentlichen Gütern orientiert. Doch mit den formellen Wirtschaftstätigkeiten kann sie in mancher Weise ver-

bunden sein. Eigenarbeit schafft Realeinkommen, ergänzt die formelle Wirtschaftstätigkeit und kann zum Teil durch diese ersetzt werden, zum anderen Teil aber ist sie zur Erwerbsarbeit komplementär. Für die Bürgerarbeit beobachtet man in der Realität ebenfalls Komplementarität, nämlich *„nicht eine schroffe Gegenüberstellung, sondern eine Verbindung von klassischer Gemeinderatstätigkeit und moderner Protestpolitik in Bürgerinitiativen, von religiös motiviertem lebenslangem Engagement in einer Kirchengemeinde und projektorientierter, mit hohen Selbstverwirklichungsansprüchen aufgeladener, neuer Ehrenamtlichkeit, von hundertjährigen Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben der Alternativszene ... Ein Beispiel gibt die Debatte über Selbsthilfeinitiativen im Gesundheitsbereich. Galten sie vielen Beobachtern noch vor kurzem als Inbegriff eines unpolitischen und selbstbezogenen Privatinteresses, so haben sich ... die Perspektiven verschoben. Als Koproduzenten gesünderer Lebensverhältnisse entlasten Selbsthilfeinitiativen nicht nur Krankenkassen, sondern sie haben die von einer professionellen, naturwissenschaftlich und kurativ orientierten Medizin geprägten Gesundheitsvorstellungen verändert (programmatisch in der ‚Ottawa-Charta‘ der WHO). Ihre fördernde Anerkennung gehört längst zum kommunalpolitischen Alltag“* (Roth 1999).

Jede der drei Arten informeller Wirtschaftstätigkeit steht auf ihre eigene Art mit der formellen Wirtschaft in Beziehung. Sowohl die kriminelle als auch die informelle Ökonomie finden zum Teil in formellen Wirtschaftsstrukturen statt. Die kriminelle Ökonomie bildet einen destruktiven Widerspruch zur formellen Wirtschaft, die informelle Ökonomie gehört der formellen gleichsam wie eine nicht legalisierte Sonderwirtschaftszone am Rande an, weil sie durch Schwächen der formellen Wirtschaft verursacht ist und, soweit diese nicht behoben werden, geduldet werden muss. Die Subsistenzökonomie dagegen, sowohl die private (Eigenarbeit) als auch die öffentliche (Bürgerarbeit), ist zur formellen Wirtschaftstätigkeit *komplementär*. Zugleich ist sie mit ihr verwoben, denn wie wir sehen werden, gibt es informelle Arbeit auch in formellen Organisationen, formelle Arbeit auch in informellen Gruppierungen, wie z.B. in manchen bürgerschaftlichen Einrichtungen.

Beide, Erwerbsarbeit und Subsistenzarbeit, tragen dazu bei, dass das formell gemessene Sozialprodukt entsteht, beide wirken auch am informellen, nicht gemessenen Sozialprodukt mit. Um die Komplexität der Wirtschaftstätigkeiten zu begreifen, muss man nicht nur nach ihrer *formellen* oder informellen Verfasstheit fragen, sondern auch danach, ob sie *mit Geldeinkommen entlohnt* werden oder nicht. Auch Tätigkeiten, auf die keines von beiden zutrifft, haben den Charakter von Arbeit, wenn sie Güter und Dienste hervorbringen, die sonst entweder gar nicht entstünden oder formell organisiert und bezahlt werden müssten. Im offiziellen Sprachgebrauch kommt das noch nicht zum Ausdruck. Wenn in Ökonomie und Politik das Wort ‚Arbeit‘ fällt, dann ist allein die formelle, durch Geldeinkommen entlohnte und dadurch auch weitgehend motivierte Arbeit, kurz: die Erwerbsarbeit gemeint, nur sie wird zur ‚Beschäftigung‘ gerechnet. Die anderen Formen der Arbeit sind kaum im offiziellen Bewusstsein. Tatsächlich werden aber, wie in 1.2.3 näher ausgeführt, in Deutschland *mehr als drei Fünftel aller Arbeitsstunden ohne formelles Einkommen geleistet*, während die durch formelle Arbeitsverträge abgeseignete Erwerbsarbeit weniger als zwei Fünftel aller Arbeitsstunden ausmacht.

1.2.2 Bezeichnungen für bürgerschaftliches Engagement

Für den Gegenstand dieser Studie, die gemeinschaftsbezogene Subsistenzarbeit, gibt es bisher keine allgemein anerkannte Bezeichnung. Man könnte zum Beispiel an „soziale Arbeit“ denken, doch das würde nur Verwirrung schaffen. *Soziales Handeln* ist nach Max Weber „seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten anderer bezogen“ (Weber 1994, § 1). *Soziale Arbeit* aber gilt als „ein Instrument moderner Gesellschaften, um Problem- und Mangellagen von Personen auszugleichen, die weder durch den Markt und private Unternehmungen noch im informellen Bereich der Familien, Nachbarschaften oder ähnlich privaten Formen ausgeglichen werden. Der Versuch des Ausgleichs solcher Problem- und Mangellagen obliegt in der Bundesrepublik Deutschland dem Staat und dem so genannten Dritten Sektor, den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, so dass mit der Rede über Soziale Arbeit das sozialarbeiterische und sozialpädagogische Handeln dieser beiden gesellschaftlichen Bereich gemeint ist“ (Klatetzki & Wedel-Parlow 2001, 358).

Ebenfalls nicht voll geeignet erscheint der von Ulrich Beck (1997) vorgeschlagene Begriff „Bürgerarbeit“ (vgl. Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘, 2002, Bd. 4, 441 ff.). Das Wort selbst ist zwar wegen seiner Prägnanz und wegen der Vergleichbarkeit mit entgegengesetzten Begriffen wie Eigenarbeit sehr attraktiv, doch hat sein Erfinder es mit Nebenbedeutungen belastet, die die Verwendung einengen. In Becks ‚Modell Bürgerarbeit‘ ist es an ein monetäres Anerkennungssystem gekoppelt und vom Bürgerengagement abgegrenzt. Dies war ein zentraler Aufhänger der umfangreichen Kritik, die ihm entgegen schlug. Auch wenn sich Beck dagegen verwahrt, Bürgergeld mit dem Zwang zu verwechseln, „dem Sozialhilfeempfänger bei der Übernahme kommunaler Arbeit jetzt überall ausgesetzt werden“ (Beck 1999, 129) – sehen Gegner des Beckschen Bürgergelds darin einen Rückschritt im Sinne einer Quasi-Verstaatlichung zivilgesellschaftlichen Engagements oder das Anliegen einer Arbeitspflicht für Empfänger staatlicher Unterstützung: Öffentliche Leistungen für Nichterwerbstätige sollen staatlich an individuelle Gegenleistungen geknüpft werden, was faktisch den Grundsatz des bedingungslosen Bürgerstatus aufkündigen würde (vgl. Klatetzki und Wedel-Parlow, 2001; Schenk 2000).

Verunklarend ist hier vor allem, dass *Entlohnung* mit *Alimentation* vermengt wird. „Anders als Bürgerengagement, das seinen Status aus der Unentgeltlichkeit empfängt, wird Bürgerarbeit durch Bürgergeld zwar nicht entlohnt, aber belohnt und auf diese Weise sozial anerkannt und aufgewertet. Geld ist in der Geldgesellschaft nun einmal der Maßstab dafür, was gilt. Das Bürgergeld meint eine auszuhandelnde Höhe, die mindestens das geltende Niveau der Arbeitslosen- und Sozialhilfe beinhaltet“ (Beck 1999, 128). Die Sozialhilfe kann weder als Ent- noch als Belohnung gelten, sie stellt ein Unterhaltsgeld auf Minimalstandard dar, eine Alimentation.

Sicher kann man Becks Argument zustimmen, dass mit der Einführung von Bürgergeld der bestehende „Mittelschicht-Bias des bürgerschaftlichen Engagements“ gebrochen werden könnte (vgl. Beck 2001). Wir folgen auch seiner Vorstellung, dass Bürgerarbeit „materiell und immateriell“ mit „Qualifikationen, Anerkennung von Rentenansprüchen und Sozialzeiten, Favor Credits“ verbunden werden sollte, dass die Bezieher von Bürgergeld nicht als „Empfänger von Sozial- und Arbeitslosenhilfe“ aufgefasst werden dürfen, „da sie in Freiwilligeninitiativen gemeinnützig tätig sind“ (Beck 1999, 133), und dass durch Förderung der

gemeinschaftsorientierten Tätigkeiten eine „*Gesellschaft politischer Bürgerarbeit als Nichtmarktgesellschaft*“ (ebenda, 144) als europäisches Vorbild erreicht werden könnte. Doch Geldzahlungen für bürgerschaftliches Engagement können nichts anderes sein als Aufwandsentschädigungen oder Unterhaltszuschüsse, sie können das selbstverständliche Minimum bereitstellen, um Einkommensschwachen die bürgerschaftliche Tätigkeit zu ermöglichen, dürfen aber nicht mit der Entlohnung für Erwerbsarbeit verwechselt werden und können auch nicht dazu dienen, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die primär auf den Gelderwerb gerichteten Interessen kann man mit minimalen Unterhaltszahlungen nicht auf Tätigkeiten umlenken, die nun einmal keinen Mehrwert haben, sondern ihren Lohn in sich tragen (siehe auch Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ 2002, Bd. 4, 423 ff.).

Kritisch sehen wir auch, dass Beck den Begriff der Bürgerarbeit auf reglementierte Tätigkeiten einengt, die „unter der Regie eines Gemeinwohl-Unternehmers“ und „abgestimmt mit dem (kommunalen) Ausschuss für Bürgerarbeit“ durchgeführt werden. „Das schließt den großen Bereich des privaten bürgerschaftlichen Engagements aus, der spontanen, unorganisierten Befassung mit mitmenschlichen, sozialen, kommunalen Problemen“ (Scherhorn, 1999, 6). Bürgerschaftliches Engagement mag früher „mit dem klassischen Ehrenamt gleichgesetzt“ worden sein, „wie es sich bis heute in bestehenden politischen Institutionen und Organisationen, auch der Arbeiterwohlfahrt, konzentriert. Mit der Zunahme unkonventioneller Beteiligungsformen seit den siebziger und achtziger Jahren sowie der Entwicklung neuer Engagementbereiche (z.B. der Selbsthilfe) hat sich indes auch die Diskussion um die Struktur und Entwicklung des Ehrenamts verändert. Neben den nach wie vor sehr wichtigen traditionellen Formen freiwilligen Engagements formulieren sich auch andere Motivations- und Handlungsansprüche. Der engagierte Bürger sucht nicht mehr nur die feste, freiwillige Mitarbeit in einer Organisation, sondern möchte vielmehr frei – und am besten spontan – über den zeitlichen Umfang und thematischen Zuschnitt seines Engagements bestimmen. Wichtig ist in erster Linie der Selbstverwirklichungsgedanke und nicht so sehr das altruistische Motiv“ (Schmidt 2002).

Deshalb verwenden wir den Begriff Bürgerarbeit unter Vorbehalt, nämlich in der gleichen Bedeutung wie die moderne Auffassung von bürgerschaftlichem Engagement, und gebrauchen beide nur solange sie breiter eingeführt sind und bessere Chancen des spontanen Verstandenwerdens haben als der Begriff der öffentlichen Subsistenzarbeit (vgl. 1.3.2), der dem in dieser Studie untersuchten Phänomen am ehesten gerecht wird.

1.2.3 Empirische Größenverhältnisse

Wie erwähnt hat diese Tätigkeit zum einen private Formen. Man bezeichnet sie als *Eigenarbeit* oder *Versorgungsarbeit* (Haushalts- und Familienarbeit, Gartenarbeit und private Kleintierzucht, Eigenproduktion von Gebrauchsgütern und Reparaturarbeiten bis hin zum Selbstbau des eigenen Hauses); im Begriff *Eigenarbeit* ist der selbstbestimmte, im Begriff *Versorgungsarbeit* der selbstversorgende Charakter der nichterwerbswirtschaftlichen Arbeit betont.

Zum anderen tritt sie in öffentlicher oder kollektiver Form auf. Dafür verwendet man Begriffe wie *Bürgerarbeit* und *Gemeinschaftsarbeit* oder auch *Freiwilligenarbeit* (Nachbar-

schaftshilfe, freiwillige Betreuung von Kranken, Alten, Behinderten, ehrenamtliche Tätigkeiten in der Kommune, in Kirchengemeinden, Vereinen, Initiativen). Im Begriff Gemeinschaftsarbeit kommt das Gemeinsame, im Begriff Bürgerarbeit das Verantwortliche dieser Arbeit zum Ausdruck, Freiwilligenarbeit entspricht dem angloamerikanischen Begriff *voluntary work* und wird von den bürgerschaftlich Engagierten selbst präferiert (nach BMFSFJ, 2001a/Freiwilligensurvey 1999), zumal er das Gewicht auf den freiwilligen, intrinsisch motivierten Charakter der Arbeit legt.

Um die Größenverhältnisse zu verdeutlichen, fassen wir die verfügbaren statistischen Daten (Teichert 2000) wie folgt zusammen (Kristof & Scherhorn 2002, 521): Die informelle Arbeit insgesamt verhält sich zur formellen Arbeit – gemessen an der Anzahl der geleisteten Stunden – etwa wie 98 zu 60 Milliarden. Das liegt vor allem an den informellen Diensten in Haushalt und Familie, denn das Verhältnis von Hausarbeit zu Berufsarbeit ist circa 83 zu 60 Mrd. Stunden. Die Eigenproduktion materieller Güter im Haushalt (Eigenbau, Reparatur, Gartenarbeit) dagegen verhält sich zur Erwerbsarbeit etwa wie 10 zu 60 Mrd., was nicht überraschen kann, nachdem die Industriegesellschaft die Güterproduktion in die Unternehmen verlagert hat. Das Bemerkenswerte daran ist, *wie viel dennoch im informellen Bereich verblieben ist.*

Die Arbeitsstunden für Bürgerarbeit schließlich verhalten sich zu den Erwerbsarbeitsstunden wie 5 zu 60 Mrd. Das sieht nach wenig aus, aber der angemessene Vergleichsmaßstab ist der Anteil derer, die gegen berufliches Entgelt gemeinschaftsbezogene Tätigkeiten verrichten, der öffentlich Bediensteten, an der Gesamtheit der formell Beschäftigten. Er liegt, der amtlichen Statistik zufolge, bei knapp 3 Millionen, das sind etwa 7 Prozent von insgesamt 38 Mill. Beschäftigten. Man darf den Schluss ziehen, dass von den im staatlichen und kommunalen Bereich Beschäftigten etwa 7 Prozent der insgesamt 60 Mrd. bezahlten Arbeitsstunden erbracht werden, das sind maximal 4,5 Mrd. Stunden. *Durch die unbezahlte Bürgerarbeit kommt mehr als das hinzu, nämlich rund 5 Mrd. Arbeitsstunden.* Folgt man den Erhebungen des Freiwilligensurveys 1999, so tragen zu dieser Arbeitsleistung bundesweit ca. zwei Drittel der Bürger bei (alte Bundesländer 68 %, neue Bundesländer 55 %, vgl. BMFSFJ, 2001a, S. 23).

Die Eigen- und Versorgungsarbeit hat also mit 83 Mrd. Stunden den anderthalbfachen Umfang der privatwirtschaftlichen Berufsarbeit mit 54,5 (60 – 4,5) Mrd., die Bürger- und Gemeinschaftsarbeit hat mit 5 Mrd. mehr als den gleichen Umfang wie die Berufsarbeit im öffentlichen Bereich mit 4,5 Mrd. Stunden. Führt man sich diese Relationen vor Augen, so kann man ein erstes Gefühl dafür entwickeln, dass die informell hervorgebrachten Güter und Dienste vielleicht hin und da, aber schwerlich in ihrer Gesamtheit von der formellen Produktion übernommen werden können. In unserer Untersuchung wird deutlich werden, dass das nicht allein an ihrem Umfang liegt oder daran, dass der Grossteil der bürgerschaftlich erbrachten Leistungen keinen monetär direkt bemessbaren Wert hat. Es liegt vor allem daran, dass sich ein großer Teil der Subsistenzarbeit nicht durch Erwerbsarbeit ersetzen lässt, selbst wenn ausreichende Gelder vorhanden wären, *wegen ihrer besonderen, anderen Qualität.*

1.3 Wissenschaftliche Grundlagen

1.3.1 Komplementäre Wirtschaftstätigkeiten

Trotz ihrer unzweifelhaften Bedeutung für Wohlstand und Lebensqualität findet die Subsistenzarbeit – weder Eigen- noch Bürgerarbeit – bisher in den Theorien des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen *mainstream* angemessene Berücksichtigung. Das ist insoweit begreiflich, als diese Theorien der industriegesellschaftlichen Tendenz verpflichtet sind, die früher am Bedarf orientierte Herstellung von Gütern und Diensten mehr und mehr durch erwerbswirtschaftliche Produktion zu ersetzen (vergleiche Scherhorn 1997, 169) – eine Produktion nämlich, die Einkommen schafft, von denen monetäre Abgaben in Gestalt von Zinsen und Steuern erhoben werden können. Damit sich die Geldwirtschaft ausbreiten konnte, ist die naturalwirtschaftliche Land- und Hauswirtschaft seit dem 16. Jahrhundert durch die Allianz von Kapital und Staat systematisch zurückgedrängt worden. Als die Ökonomie als Wissenschaft entstand, im 18. Jahrhundert, wurde die geldwirtschaftliche Verfassung der Volkswirtschaft schon als der Normalzustand vorausgesetzt; als *wertschaffend* galten nur die erwerbswirtschaftlichen, monetär entgoltenen Tätigkeiten. Das bedeutete, einen bedeutenden Teil der realen Wirtschaft auszuklammern.

Eine Alternative hätte darin bestanden, sich die Wirtschaft aus komplementären Segmenten zusammengesetzt vorzustellen und diese als ineinandergreifend aufzufassen. Solche Segmente sind die erwerbswirtschaftlichen und die bedarfswirtschaftlichen Wirtschaftstätigkeiten, die ersteren sind auf den Erwerb von Geldeinkommen gerichtet und im Prinzip expansiv, die letzteren an jeweils gegebenen Bedarfen orientiert und durch sie begrenzt. Eine Integration der Segmente ist auch bei Dominanz der Geldwirtschaft denk- und realisierbar, wie z.B. Lietars Analyse komplementärer Währungen verdeutlicht (Lietar 1999; Hubert 2004). Sie würde es ermöglichen, die Unterscheidung zwischen monetären und nichtmonetären Transaktionen und auch die zwischen formell und informell organisierten Tätigkeiten quer zu den beiden Segmenten zu legen. So könnte man der Bedarfswirtschaft z.B. geldwirtschaftliche Staatstätigkeiten oder formelle Unternehmen des Handwerks oder auch die von Sassen (2000a) beschriebenen informellen Unternehmenstätigkeiten zurechnen, so dass alle diese weniger leicht in den Bann des erwerbswirtschaftlichen Denkens gerieten als es heute der Fall ist. Umgekehrt wäre es für Unternehmen leichter, nichtmonetär bewertete Leistungen von Mitarbeitern angemessen zu würdigen (*corporate citizenship*). Stattdessen hat man sich nach Kräften bemüht, die bedarfswirtschaftlichen Tätigkeiten auszublenden, weil man sich von ihrer Betrachtung keinen zusätzlichen Beitrag zur Erklärung des modernen Wirtschaftens versprach und überdies erwartete, dass sie nach und nach zur Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpfen würden.

Diese Erwartung hat sich, wie die in 1.2 mitgeteilten Zahlen andeuten, nur zu einem Teil erfüllt. Gewiss wurde die Herstellung privater materieller Güter weitgehend von der Geldwirtschaft übernommen, heute wird sie nur noch zu einem Siebtel in den Haushalten selbst besorgt, und dieser Anteil wird sich vermutlich weiter verringern. Doch beanspruchen die subsistenzwirtschaftlichen Tätigkeiten in den privaten Haushalten – der versorgungs- und familienbezogene Teil der Eigenarbeit – noch immer 50 Prozent mehr Arbeitsstunden als die Erwerbsarbeit in den Unternehmen; auch wenn sich in den kommenden Jahrzehnten sicher

noch weitere Dienstleistungen aus den Haushalten in die Unternehmen verlagern (siehe auch Bosch & Wagner 2002), so wird das am Umfang der Eigenarbeit doch nichts Entscheidendes ändern. Und was die Bürgerarbeit betrifft, die heute schon einen größeren Umfang hat als die Erwerbsarbeit im öffentlichen Dienst, so wird sie nach aller Voraussicht sogar weiter zunehmen.

1.3.2 Modernisierung der Subsistenz

So kommt die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Theoriebildung auf Dauer nicht darum herum, der Subsistenzarbeit ihren eigenen Rang zu geben. Ansätze dazu sind bereits erkennbar. Sie entstammen verschiedenen Themenfeldern, zum einen der Entwicklungstheorie (1.3.2), zum andern der Wohlfahrtsökonomik und -psychologie sowie der Beschäftigungspolitik (1.3.3).

Den Ansatz, den wir in der Entwicklungstheorie finden, kann man als *Modernisierung der Subsistenz* bezeichnen. Er stellt eine positive Reaktion auf die Beobachtung dar, dass zwei Drittel der Menschheit noch immer überwiegend von den Früchten der Natur leben, die sie selber anbauen, also von ländlicher Subsistenz. Und er wendet sich gegen die verbreitete Praxis, die keinen besseren Weg sieht als durch Industrialisierung der Agrarwirtschaft die *Marginalisierung der Subsistenz* voranzutreiben, d.h. den großflächigen, exportorientierten Anbau von Monokulturen zu fördern. Doch bietet die teilweise sehr kritiklose Adaption westlich-europäischer Konsummuster und Lebensstile keine Zukunftsperspektive. Weil sich die Produktions- und Lebensbedingungen in den ländlichen Regionen durch lokal und regional unangepasste Strategien, verstärkt durch den Klimawandel, so weit verschlechtern, dass das individuelle und gemeinschaftliche Überleben immer stärker gefährdet ist, kommt es zu massiven Migrationsbewegungen in die marginalen Randzonen der hochverdichteten Boomtowns des Südens. Die Städte halten jedoch sehr häufig nicht das, was sie zu versprechen scheinen. Auch sie sind von einem stabilen und balancierten Austausch mit den sie tragenden ländlichen Regionen angewiesen, sie stellen vielfach nur Akkumulationsorte ländlicher und regionaler Armut dar, und zugleich sind sie regionale Fixpunkte westlich-industriell geprägter Konsummuster und Wohlstandsvorstellungen, die für die Slumbewohner nicht erfüllt werden können.

Modernisierung der Subsistenz ist demgegenüber eine positive Lösung, denn sie steigert durch kleinflächige, den klimatischen und Bodenbedingungen angepasste, nachhaltigkeitskonforme Methoden des Landbaus die Produktivität so erfolgreich, dass es den bisher ansässigen Menschen möglich wird, zu bleiben und aus eigener Kraft nicht nur sich selbst zu versorgen, sondern auch Anschluss an Tauschringe und Märkte zu finden (Pretty & Hine 2001).

Wir übertragen diesen Ansatz von der ländlichen auf die urbane Subsistenz. Das mag zunächst verwirren, weil der Subsistenzbegriff traditionell mit einer Lebensweise assoziiert ist, in der die Lebenshaltung überwiegend durch Eigenproduktion bestritten wird und Naturaltausch und Märkte nur ergänzend hinzutreten. Doch wird dabei meist eines vergessen: Zu dieser Lebensweise, und damit zum Subsistenzbegriff, gehören untrennbar die realwirtschaftlichen Tätigkeiten des Haushaltes, der Versorgung von Kindern, der Erziehung, der Pflege, der Nachbarschaftshilfe, der kommunalen Selbstverwaltung, der Mitarbeit an Gemeinschaftsgütern wie Kanalisation oder Gemeindehaus, und nicht zuletzt der aktiven Teil-

nahme an gemeinsamen Ritualen und Zeremonien. Die materiellen Güter sind in diese Tätigkeiten eingebunden, so wie die Nahrungsmittel in die zeremonielle Bekräftigung des sozialen Zusammenhalts der Familie oder Gruppe eingebunden sind. Nahezu der gesamte soziale und kulturelle Sektor, aber auch grosse Anteile der lokalen und regionalen politischen Organisation und Verwaltung werden in vielen Entwicklungsländern noch heute subsistenzwirtschaftlich getragen. Das zentrale Merkmal der Subsistenz ist nicht die Eigenproduktion landwirtschaftlicher Güter, so wichtig diese auch sein mag, sondern *die selbsttätige Versorgung mit privaten und öffentlichen, materiellen und immateriellen Gütern* (beim Güterbegriff muss man die Dienste stets mitdenken). Das Ideal der Subsistenz ist deshalb nicht die Autarkie oder *self-sufficiency*, sondern die Selbständigkeit oder *self-reliance*; und diese Vorstellung gilt keineswegs nur für die Versorgung der Menschen mit Agrarprodukten (Tudge 2004, 88), sondern ist auf die städtische Wirtschaft übertragbar. Das Wesen der *urbanen Subsistenz* sehen wir darin, dass Bürger sich selbstständig und eigenverantwortlich für die Selbstversorgung mit jenen öffentlichen und immateriellen Gütern einsetzen, die das städtische Leben ermöglichen, aber vom Markt nicht ausreichend erbracht werden.

1.3.3 Wohlfahrtsfördernde Funktionenmischung

So ist urbane Subsistenz überwiegend der Herstellung und der Vermittlung immaterieller Güter gewidmet, und sie ist nicht weniger lebenswichtig als die Erwerbsarbeit. Diese Auffassung finden wir in der psychologischen Bedürfnis- und Materialismusforschung bestätigt. Die Frustration der immateriellen Bedürfnisse nach Menschlichkeit, Gemeinschaft, selbstbestimmter Entfaltung macht krank, wenn bei steigendem Wohlstand die Wünsche einseitig auf materielle Güter fixiert bleiben. Das ist inzwischen eine durch internationale Forschung gesicherte Erkenntnis (siehe Kasser 2002). Auf materialistische Ziele – Reichtum, Ansehen, Attraktivität – fixierte Menschen haben ein *weniger* sicheres Selbstwertgefühl und sind weniger vital, ihr psychisches Wohlbefinden ist geringer, sie sind weniger zufrieden mit ihrem Leben, ihrer Familie, ihren Freunden, ihrem Einkommen, haben *mehr* Depressionen und Ängste, zeigen häufiger gestörtes Sozialverhalten, destruktive Einstellungen, Stress-Symptome und Suchterscheinungen. Das sind Symptome einer Selbstentfremdung, die daraus resultiert, dass Menschen von der Lust an der momentan reizvollen Befriedigung der materialistischen Wünsche des *Habens* dazu verleitet werden, ihre immateriellen Bedürfnisse des *Seins* – Bedürfnisse nach selbstbestimmter Entfaltung, menschlichen Beziehungen, gemeinschaftsbezogenem Handeln – auf Dauer zurückzustellen (ein Überblick bei Scherhorn 2004).

Für seelische Gesundheit kommt es also auf die Balance der Werte des Habens mit denen des Seins an, und in Analogie dazu hängt die volle Funktionsfähigkeit, d.h. die Lebendigkeit und Integrationskraft der Stadt davon ab, dass in ihr die erwerbswirtschaftlichen Tätigkeiten mit den subsistenzwirtschaftlichen in Balance sind. Daran fehlt es, weil die bedarfsorientierten Tätigkeiten vernachlässigt werden. Deshalb bedeutet *Modernisierung der urbanen Subsistenz*, die Bedingungen für die Produktivität der bedarfsorientierten subsistenzwirtschaftlichen Tätigkeiten zu verbessern. Was dazu im einzelnen nötig ist, soll in dieser Untersuchung erkundet werden.

Generell ist nötig, dass in der Stadt die Subsistenzwirtschaft als Komplement der Erwerbswirtschaft anerkannt und in einer Weise gefördert und alimentiert wird, die es ihr erlaubt, ihren selbstbestimmten, gemeinschaftsbezogenen Charakter zu bewahren. Der Gedanke taucht sowohl in haushaltswissenschaftlichen sowie in feministischen Analysen auf, die eine theoretische und politische Würdigung der derzeit ökonomisch ‚unsichtbaren‘ Hausarbeit und Versorgungsarbeit fordern, als auch in beschäftigungspolitischen Analysen, die die Bürger- oder Gemeinschaftsarbeit als komplementär zur Erwerbsarbeit betrachten (Biesecker 2000; Hildebrandt 2004). In der Auseinandersetzung mit der Beschäftigungsproblematik gewinnt der Gedanke des Wohlfahrtspluralismus an Gewicht (Evers & Olk 1996; Dahm, Fretschner, Hilbert & Scherhorn 2002), der besagt, dass das individuelle Wohlergehen ebenso wie die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens nicht von den Leistungen des Marktes allein abhängt, auch nicht von ihrem Zusammenwirken mit der Staatstätigkeit, sondern von der Balance beider mit der Bedarfs- oder Subsistenzwirtschaft.

Damit diese Balance in einer auf Erwerbsarbeit fixierten Gesellschaft erreichbar wird, müssten zwei Aufgaben lösbar werden, eine politische und eine sozialökonomische. Die Politik müsste für die Subsistenzarbeit einen Platz finden, der der Beschäftigung in der Erwerbswirtschaft sozial äquivalent ist. Und die Sozialökonomie müsste für die Produktivität der Subsistenzarbeit ein eigenes Konzept entwickeln, das der Selbstbestimmtheit und sozialen Sensibilität dieser Arbeit gerecht wird. Wenn unsere Untersuchung zur Lösung dieser Aufgaben auch nur ansatzweise beiträgt, hat sich der Aufwand gelohnt.

1.4 Planung und Ablauf

1.4.1 Drei Hypothesen

Der Aufwand war allerdings nicht unbeträchtlich. Zu Beginn des Projekts war über die Verbreitung der Subsistenzwirtschaft – insbesondere der Bürgerarbeit – in den Städten, über ihren Beitrag zur Versorgung der Bürger, ihre Abhängigkeit von den städtischen Räumen und Strukturen und ihre Verankerung in Kommunalpolitik und Stadtplanung nur wenig bekannt, und noch weniger über die wechselseitige Beziehung der urbanen Subsistenz zur sozial- und wirtschaftsräumlichen Gestalt der Städte. Die Beziehung ist wechselseitig, weil die urbane Subsistenz auf der einen Seite von den gestalteten stadträumlichen Rahmenbedingungen, den sozialen, politischen und baulichen Infrastrukturen abhängt, auf der anderen Seite aber auch selbst die Infrastruktur der Bürgergesellschaft prägt und bereichert, die städtische Funktionsvielfalt und institutionelle Landschaft erweitert. Daher der Titel „Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt.“

Die Hypothesen, die der Untersuchung zugrundeliegen, sind aus dieser Wechselbeziehung abgeleitet:

- Die *Wirkungshypothese* besagt, dass beide Formen der urbanen Subsistenz, die private wie die öffentliche, unverzichtbare Beiträge zur *Versorgung* und zum *Wohlbefinden* der BürgerInnen leisten und verfügbar machen, und dass ein besonderer Beitrag der öffentlichen Subsistenz darin liegt, das Versorgung und Wohlbefinden sichernde Netzwerk

sozialer Institutionen und Beziehungen – die soziale Infrastruktur der Stadt – zu bereichern.

- Nach der *Strukturhypothese* ist die Subsistenzwirtschaft von den gestalteten städtebaulichen und räumlichen Gegebenheiten – der materiellen Infrastruktur – abhängig. Worin die Abhängigkeit besteht, das lesen wir ab an der räumlichen Verteilung und den räumlichen Ausprägungen der bürgerschaftlichen Einrichtungen und ihrer Wirkungsräume und Einzugsgebiete, sowie an den Aussagen derer, die diese Arbeiten leisten.
- Bei der *Politikhypothese* gehen wir davon aus, dass der Bedeutung der urbanen Subsistenz eine Kommunalpolitik entsprechen müsste, die die Leistungen der privaten und öffentlichen Subsistenzarbeit in ihrer Relevanz für Sozialraum, Versorgung, Standort und Zivilgesellschaft wahrnimmt, anerkennt, zu schätzen weiß und nach Kräften fördert. Untersucht wird, wieweit dies in dem aktuellen Handeln von Stadtverwaltung und Stadtplanung seinen Niederschlag findet.

Alle drei Hypothesen beziehen sich auf beide Formen der urbanen Subsistenz, die private und die öffentliche, Eigenarbeit und Bürgerarbeit. Doch war von vornherein klar, dass der Schwerpunkt auf der Bürgerarbeit liegen würde; eine gleichgewichtige Untersuchung beider Bereiche hätte nahezu eine Verdopplung des Forschungsbudgets erfordert, die nicht möglich war. Im Projektverlauf sind auch die Möglichkeiten, dieses Manko durch Zusammenarbeit mit anderen Teilprojekten ein wenig auszugleichen (1.5), gegenüber ersten Erwartungen zusammengeschrumpft. So haben wir die Eigenarbeit nur flankierend untersucht. Frühere Untersuchungen hatten gezeigt, dass sie in nennenswertem Umfang sowohl zur Versorgung beiträgt als auch Wohlbefinden schafft (Scherhorn & Dahm 1999, Scherhorn 2000); dieser für die Wirkungshypothese relevante Befund konnte im vorliegenden Projekt noch einmal überprüft werden.

1.4.2 Der Charme der Deskription

Mit der *Wirkungshypothese* stellt sich die zentrale Aufgabe, den Beitrag von Bürgerarbeit und Eigenarbeit zu Versorgung und Wohlbefinden zu ermitteln und zu beschreiben. Für die Bürgerarbeit haben wir uns diesem Beitrag durch eingehende Analyse der Produzenten – der bürgerschaftlichen Einrichtungen – und ihrer Leistungen genähert. Eine zusätzliche Befragung der Nutzer hätte die verfügbaren Mittel weit überschritten, denn schon für das Ausfindigmachen und Befragen der bürgerschaftlichen Einrichtungen und die Analyse der Befunde hatten wir mit den verfügbaren Kräften – Stellen für zwei Halbtagsmitarbeiter und zwei studentische Hilfskräfte, verteilt auf zwei Städte – die ganzen drei Projektjahre hindurch voll zu tun.

Der Hypothese gemäß kommen die Einrichtungen der öffentlichen Subsistenz in Städten zahlreich vor, stoßen auf großen Bedarf, erbringen eine große Vielfalt an Leistungen besonderer Qualität und sind auf die freiwillige Mitarbeit vieler gegründet. In einer ersten Vollerhebung, die in Köln stattfand und zum Teil schon vor Projektbeginn vorlag (siehe 2.1.1.1), wurde diese an sich schon hohe Erwartung noch weit übertroffen. In der zweiten Vollerhebung in Stuttgart haben wir geprüft, ob es sich bei dem sehr positiven Ergebnis in Köln um einen ‚Ausreißer‘ handeln könnte. Tatsächlich aber sind auch in Stuttgart Umfang und Verbreitung der öffentlichen Subsistenz sehr hoch, und die Gesamtheit der Einrichtungen ist

in den beiden Städten nach Einrichtungstypen, Zielgruppen, Angeboten und Leistungen ähnlich zusammengesetzt, ebenso in Berlin, wo wir zwei Quartiere in Friedrichshain und Pankow untersucht haben. Schon dies zeigt, wie interessant, aufschlussreich und weiterführend eine deskriptive Analyse sein kann.

Die *Strukturhypothese* gilt dem interdependenten Zusammenhang mit den sozial- und wirtschaftsräumlichen Gegebenheiten der Stadt. Wir gingen zum einen davon aus, dass die Stadtplanung einen großen Einfluss darauf hat, ob sich in einem Quartier Einrichtungen der öffentlichen Subsistenz ansiedeln können oder nicht. Einrichtungen der öffentlichen Subsistenz werden weder in reinen Wohnsiedlungen noch in reinen Industriegebieten gedeihen; nur wo die Funktionen der Erwerbsarbeit, des Wohnens und des Einkaufens sich mischen, werden sie sich ansiedeln, und am dichtesten dort, wo die Bevölkerung auch sozial gemischt ist. Zum anderen leitete sich aus dem komplementären Charakter der Subsistenz die Erwartung ab, dass die Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements auch selbst zur Infrastruktur – und damit zur Lebendigkeit und Anpassungsfähigkeit – der Stadt beitragen. Und wenn man beiden Vermutungen weiter nachgeht, wird das deskriptive Material sich zu der in 1.3.3 skizzierten Idee verdichten, dass die Bürgerarbeit sich in die städtischen Funktionen einreicht, auf deren Mischung die Funktionsfähigkeit der Stadt und die Wohlfahrt ihrer Bewohner beruht.

In der Untersuchung der *Politikhypothese* wurde geprüft, wieweit in Gemeinderat, Stadtverwaltung und Stadtplanung die Akzeptanz und die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit sowie ihrer Plattformen, der bürgerschaftlichen Einrichtungen, verankert ist, und in welcher Abhängigkeit das Vorkommen urbaner Subsistenz zu ihnen steht. Die dieser Hypothese gewidmeten Recherchen nahmen keinen zeitlich abgegrenzten Abschnitt in der Untersuchung ein; sie ergaben sich meist beiläufig im Zug der ohnehin geführten Gespräche und Erkundungen. Die Hypothese schließt ein, dass man in der Kommunalpolitik durchaus hohe Erwartungen an das bürgerschaftliche Engagement stellt, sich sich aber wenig Gedanken darüber macht, welche sozialräumlichen, wirtschafts- und kommunalpolitischen Strukturen und Vorgaben die Bürgerarbeit ermöglichen und auf welche Förderung sie angewiesen ist. Sie impliziert auch, dass das Besondere, Unersetzliche an den bürgerschaftlichen Leistungen wohl erst dann gewürdigt werden kann, wenn es nicht durch die Brille geld- und erwerbswirtschaftlicher Vorstellungen und monetärer Wertschöpfungsketten gesehen wird.

Nicht nur bei der Untersuchung der dritten Hypothese, auch bei den beiden anderen ist uns immer wieder bewusst geworden, in welchem hohem Maß die ‚Unsichtbarkeit‘ der informellen, nichtmonetären, bedarfsorientierten Tätigkeiten darauf beruht, dass der Blick für die besondere Qualität dieser Tätigkeiten versperrt ist. *Besonders* sind sie ja nicht immer im Sinne der *besseren*, sondern der *eigenen* Qualität, deren zentrale Merkmale wir in den Abschnitten 1.2 und 1.3 skizziert haben: Sie dienen der selbsttätigen Versorgung mit privaten und öffentlichen, materiellen und immateriellen Gütern, sie sind komplementär zur Erwerbswirtschaft und zugleich mit dieser verwoben, sie brauchen und schaffen ihre eigene Infrastruktur, die die erwerbswirtschaftliche ergänzt und bereichert. Deshalb wollen wir die Ergebnisse unserer Untersuchung auch daran messen, wieweit es uns gelingt, das Besondere, Unwechselbare und Unersetzliche dieser Tätigkeiten deutlich zu machen.

Im Projektverlauf ist es uns mehrfach gelungen, die Deskription zu verfeinern. So wurde für die Strukturhypothese ein besonderes Analyseinstrument, die Erhebung von institutionellen Netzwerkbeziehungen mittels mental maps, entwickelt und eingesetzt. Im Zusammenhang mit der Politikhypothese erprobten wir die Idee, die kommunale Effizienz der Bürgerarbeit mit einem ‚Wohlfahrtsmultiplikator‘ zu messen.

1.5 Zusammenarbeit mit anderen

Unsere Zusammenarbeit mit den anderen Teilprojekten des Projektverbunds EVALO war zeitaufwendig, aber produktiv. Sie hat sich vor allem in zwei gemeinsamen Arbeitspapieren niedergeschlagen, die hier nicht behandelt werden, weil sie in den Bericht über den Gesamtverbund als zwei Kapitel eingegangen sind: Kapitel III „Zivilgesellschaft und anpassungsfähige Stadtquartiere“ und Kapitel X „Nahversorgung und Tätigkeitsgesellschaft.“

Bei der Untersuchung der privaten Subsistenz, also der Eigen- und Versorgungsarbeit, war die Zusammenarbeit mit den Teilprojekten ‚Kids im Quartier‘ und ‚Nahrungsmittel in der Stadt‘ hilfreich. Die beiden Projekte haben einen Teil unserer Fragen in ihre Erhebungen eingestellt, wir haben in eigenen Erhebungen einen Teil ihrer Fragen berücksichtigt. Allerdings erwies sich die Agenda jedes einzelnen Teilprojekts als so umfangreich, dass die Chance, Themen anderer Teilprojekte mitzuberücksichtigen, schließlich doch recht gering blieb. Beispielsweise konnten in die Erhebungen des Nahrungsprojekts Fragen zur Eigenarbeit nur mit Bezug zur Eigenproduktion und zum Selbstzubereiten von Nahrung eingestellt werden, für weitere Fragen zu anderen Formen der Eigenarbeit (Werken, Reparieren, Renovieren) oder zur Bürgerarbeit reichte die Interviewzeit nicht aus.

Über die Kooperation mit den Teilprojekten des EVALO-Forschungsverbundes hinaus haben wir im Projektverlauf mit verschiedenen Institutionen zusammengearbeitet. Im Rahmen der Kölner Befragungen trat das Büro für Bürgerengagement der Arbeiterwohlfahrt hilfreich im Bereich der Adressrecherche hervor. Im Rahmen der vorausgegangenen Dissertation von Daniel Dahm mit der Fallstudie Köln ist die beratende Zusammenarbeit mit Herrn Pfarrer Franz Decker, Direktor des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V und mit der Geschäftsführerin des Kölner Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement (KA:BE!), Frau Cornelia Harrer besonders hervorzuheben. In Berlin war das Forschungsprojekt über Daniel Dahm im Fachforum ‚Zukunft der Arbeit‘ des Runden Tisches Agenda21 der Stadt Berlin repräsentiert. Über diese Kooperation wurden die Zwischenergebnisse des Projektes über Vorträge und Textbeiträge gegenüber interessierten Einrichtungen und Personen kommuniziert. Weiterhin wurden einige politische Empfehlungen ausgesprochen, die u.a. darin mündeten, dass für Berlin der stadtweite Aufbau einer bezirksweiten Infrastruktur von ‚Häusern und Gärten der Eigenarbeit‘ als Agenda21-Leitprojekt über das Abgeordnetenhaus angestoßen und verwirklicht werden soll. Im Projektverlauf entstanden darüber hinaus zwei bemerkenswerte Diplomarbeiten. Einmal im Fachbereich Geographie der Humboldt-Universität zu Berlin die Diplomarbeit ‚Der Beitrag Bürgerschaftlichen Engagements zur lokalen Standortqualität – exemplarische Betrachtung eines Quartiers in Berlin-Friedrichshain‘ von Melanie Menge, 2003. Zweitens die spannende Diplomarbeit von Olaf Quiring an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund mit dem Titel ‚Urbane Subsistenz als Chance für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung?‘, 2004. Über den gesamten Projektverlauf wurden intensive und re-

gelmässige Kontakte mit in Berlin ansässigen bürgerschaftlichen Einrichtungen unterhalten, und die Ergebnisse des Projektes im laufenden Prozess rückgekoppelt.

In Stuttgart hat uns die Stadtverwaltung z.B. mit Auskünften über die stadträumlichen und städtebaulichen Merkmale der einzelnen Quartiere geholfen, Kartenmaterial vermittelt und Veröffentlichungen im Amtsblatt Stuttgart über das Projekt veranlasst. Der Ehrenamtsbeauftragte der Stadt hat eine Informationsveranstaltung organisiert, in der wir über die Ergebnisse der Studie berichtet haben. Die Bürgerstiftung Stuttgart hat dafür den Veranstaltungsort bereitgestellt, das Generationenhaus Stuttgart-West. Der Gemeinderat hat einen schriftlichen Bericht entgegengenommen und sich in einer Arbeitsgruppensitzung mündlich erläutern lassen.

Generell haben an allen drei Projektstandorten viele Institutionen eine hohe Bereitschaft zu Kooperationen gezeigt, die aber aus Kapazitätsgründen sowohl innerhalb der Institutionen wie innerhalb des Forschungsprojektes meist nicht vertieft werden konnten.

2. Umfassende Darstellung des Teilprojektes

2.1 Methoden der Datengewinnung

2.1.1 Erhebungen zur bürgerschaftlichen Subsistenz

2.1.1.1 Recherchen

In *Köln* und *Stuttgart* haben wir je eine Vollerhebung des bürgerschaftlichen Subsistenzsektors in der Gesamtstadt durchgeführt, in *Berlin* je eine in zwei Stadtteilen, Friedrichshain und Pankow. In Stuttgart wurden zudem die Einrichtungen in einem Stadtteil, dem Stuttgarter Westen, eingehender untersucht. Weder in Köln noch in Stuttgart und Berlin stand eine vollständige und aktuelle Adresssammlung bürgerschaftlicher Institutionen zur Verfügung. Für Köln war zwar in einem vorangegangenen Forschungsprojekt des Wuppertal Instituts eine Adressliste bürgerschaftlicher Einrichtungen erstellt worden, doch sie erwies sich als aktualisierungsbedürftig.

Untersucht wurden Einrichtungen (Initiativen, Arbeitskreise, Vereine), die ihren Schwerpunkt in der ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Arbeit haben und weitgehend selbstbestimmt und selbstorganisiert arbeiten. Einrichtungen mit anderem Schwerpunkt, z.B. Sportvereine, wurden nicht einbezogen. Auch in ihnen gibt es ehrenamtliche Arbeit, doch wird diese von den Freizeit-Zielen der Einrichtungen bestimmt. Ebenso wurden kirchliche Träger und die großen Wohlfahrtsverbände nicht aufgenommen, da sie hoch formalisiert sind und ihr Schwerpunkt in der hauptamtlichen, finanziell abgesicherten Tätigkeit liegt. Vergleiche hierzu Abb. 1.

Die Auswahl erklärt sich daraus, dass das Untersuchungsinteresse auf dem Kernbereich bürgerschaftlich getragener Formationen lag, auf Einrichtungen mit hohem Informalitätsgrad und mit gemeinschaftsbezogener Orientierung sowohl in der Arbeit wie der Produktion. Konkret verlangte dies die Suche nach informell initialisierten Einrichtungen mit einem deutlich überwiegenden Anteil unbezahlter, ehrenamtlicher MitarbeiterInnen, selbstbestimmten und selbstorganisierten Arbeitsstrukturen, flachen Hierarchien, ehrenamtlicher Steuerung der institutionellen Entscheidungen und Zielsetzungen und – von besonderer Relevanz – mit Gemeinschaftsorientierung der Produktion und des Angebots ohne Gewinnerzielungsabsicht. Überschusserzielung zum Zwecke des Einrichtungserhaltes oder der Erweiterung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit und des Angebotes war von der letzteren Einschränkung ausgenommen.

Jedenfalls war ein Begleitumstand dieser Wahl und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes, dass ein großer Anteil der zu erfassenden Einrichtungen weder über Telefonbücher noch über frei zugängliche Adresssammlungen und -verzeichnisse ermittelbar war. Es gab und gibt auch nach Projektabschluss in den wenigsten Kommunen eine Erfassung der bürgerschaftlichen Institutionen, die im Stadtraum aktiv sind. Dies liegt einerseits an der unzureichenden Kenntnis, Wahrnehmung und Wertschätzung ihrer infrastrukturellen und standortbezogenen (Dienst-)Leistungen in den Bereichen Kultur und Soziales seitens der Kommunen. Andererseits liegt dies auch an den bürgerschaftlichen Einrichtungen selber, die eine

Transparenz gegenüber öffentlichen Behörden häufig nicht wünschen, um administrative und politische Hemmnisse zu umgehen, die ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen würden.

Schon dies zog einen erheblichen, fast detektivischen Rechercheaufwand nach sich, um zu verlässlichen und vollständigen Angaben über Umfang und Art der Einrichtungen innerhalb einer Kommune zu gelangen. Hinzu kam erschwerend die hohe räumliche und zeitliche Fluktuation und Wandlung der bürgerschaftlichen Institutionen, die es notwendig machten, die Datengrundlage der ermittelten Einrichtungen permanent aktuell zu halten – besonders kleinere Einrichtungen änderten häufig ihre Adresse, Telefonnummer, Internetadressen, manchmal ihren Namen, erweiterten oder verringerten ihre Angebote, etc. Jeder Untersuchungsort hatte dabei seine eigenen Vorzüge wie Schwierigkeiten, so dass für Köln, Stuttgart und Berlin jeweils andere Verfahren der Recherche / Adresssammlung verwendet wurden

In **Köln** hat sich die Erhebung der bürgerschaftlichen Einrichtungen als sehr zeitaufwendig erwiesen. Ein Teil davon war bereits in den Jahren 1999 und 2000 geleistet worden, im Rahmen des Projekts ‚Förderung formeller Beschäftigung durch informelle Arbeit‘ im Forschungsverbund ‚Zukunft der Arbeit II‘ des Wuppertal Instituts und des Instituts für Arbeit und Technik, Gelsenkirchen. Zuvor hatte es für Köln keine Adressensammlung dieser Einrichtungen, keinen Ehrenamtsführer, keine Internetseite oder ähnliches gegeben. Der einzige Weg, an die Adressen zu gelangen, war das bottom up-Verfahren, bei dem bereits bekannten Einrichtungen zu beginnen und über eine Vielzahl von persönlichen und Telefon-Gesprächen an weitere Adressen zu kommen. Manche Einrichtungen gaben Einblick in ihre Adressverteiler, andere stellten Broschüren zur Verfügung, wo beispielsweise für Obdachlose Adressen von Einrichtungen zusammengestellt waren, die Notschlafstellen, Essensausgaben, Beratung und medizinische Betreuung vermitteln oder anbieten. Nützlich erwies sich die Adressensammlung der ‚Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe‘ (KISS), die einen Selbsthilfeführer herausgibt, in dem eine recht große Zahl von Adressen verzeichnet sind. Über den ‚Katalyse e.V.‘ wird der ökologische Stadtführer Köln heraus gegeben, der einige Adressen zu Umwelt- und Naturschutzgruppen für Köln enthält. Hilfreich waren auch die Adressensammlungen von ‚Köln-Appell e.V.‘, die viele aktuelle Adressen zu Einrichtungen und Gruppen, die sich der Thematik Ausländer, Asylanten, Immigranten, politisch Verfolgte, kulturelle Identitäten und ähnliches enthielten. Eine weitere nützliche Quelle war die Sammlung von Adressen von ‚SchuLz e.V.‘ (Schwulen- und Lesbenzentrum Köln), die einen wichtigen Teil der Adressen von Einrichtungen vor allem zur Homo- und Bisexualthematik enthielt.

Als wir aber 2002 mit dem Projekt ‚Urbane Subistenz‘ an die Erhebung in Köln anknüpfen wollten, war ca. ein Drittel der früher gesammelten Adressen und Telefonnummern schon nicht mehr aktuell. Und dieses Drittel zu aktualisieren, war nicht gerade einfach, denn viele Einrichtungen sind nicht im Telefonbuch verzeichnet, manchmal unter dem Namen und der Adresse eines oder mehrerer (Vorstands-)Mitglieder, manchmal gar nicht. So musste die Liste von rd. 900 Adressen, die 1999 gesammelt worden waren und vom Wuppertal Institut in das EVALO-Projekt eingebracht wurden, im Projekt noch einmal überprüft, korrigiert und ergänzt werden, weil sich inzwischen so vieles schon wieder verändert hatte. Bei der Aktua-

lisierung konnten wir von der Dissertation von Daniel Dahm profitieren, der auch die Kartierung der Kölner Einrichtungen entnommen ist.

Ein wesentlicher Arbeitsschritt war die Entwicklung einer Datenbank, die Adressen, Telefonnummern, E-Mail, Ansprechpartner, Untereinrichtungen und -abteilungen der betreffenden Einrichtungen erfassen konnte. Ein wichtiges Element dieser Datenbank ist die Codierung der Einrichtungen nach Angebot, Zielgruppe und Einrichtungstyp, sowie verschiedene ergänzende Kommentierungen. Diese lassen sich über verschiedene miteinander kombinierbare Suchfunktionen anzeigen und in Gruppen zusammenfassen. Die Angleichung der Systematisierungskriterien (nach Einrichtungstypen, Zielgruppen, Angebotskategorien) und der notwendigen Datenbankeigenschaften erfolgte laufend über den gesamten Projektzeitraum. Parallel wurde für die empirische Auswertung der erfassten bürgerschaftlichen Einrichtungen eine Verknüpfung mit einer Excel-Tabellenkalkulation erstellt und diese ebenso laufend angepasst. Die resultierenden Excel- und FileMaker-Datenbanken haben wir dann auch für Stuttgart und Berlin verwendet. Über Zielgruppen- und Angebotsorientierung wurden auf diesen Grundlagen Überblicksdiagramme zum inhaltlichen Spektrum des bürgerschaftlichen Subsistenzsektors der Vergleichsstädte erstellt. Auf diese Weise wurde eine optimale Vergleichbarkeit der Ergebnisse wie auch der Arbeitseffizienz erreicht.

Auch in *Stuttgart* haben wir als erstes recherchiert, wie viele Einrichtungen der selbstbestimmten Bürgerarbeit es gibt und welchen Problemen sie gewidmet sind. Adressen und sonstige Auskünfte wurden in der Datenbank festgehalten, die sämtliche Organisationen, Gruppen und Initiativen Stuttgarts enthält, in denen sich Menschen bürgerschaftlich engagieren. Wir begannen mit der Auswertung des Ehrenamtsführers für Stuttgart, der von der Stadtverwaltung aufgrund von Selbstauskünften der Einrichtungen angelegt worden war, aber keine Adressen enthielt und in zeitraubender Arbeit aktualisiert und ergänzt werden musste. Zur Vervollständigung der Daten diente eine intensive und ausführliche Internetrecherche nach Vereinen, Gruppen, Initiativen und Selbsthilfegruppen in Stuttgart sowie die Kontaktaufnahme mit Politikern, Verwaltungsangestellten und Koordinationsstellen. Die räumliche Verteilung der Einrichtungen wurde kartiert.

Als zweites war zu ermitteln, welche Leistungen die Einrichtungen erbringen, wie sie sich finanzieren und welche Probleme sie haben. Um die Einrichtungen nach Inhalt, Zielgruppe, Organisationstyp, Stadtbezirk und Leistungsspektrum kategorisieren zu können, wurden sie telefonisch kontaktiert. Dies war sehr zeitraubend, weil die Mitarbeiter oft nicht zu erreichen oder zu beschäftigt sind, um Fragen zu beantworten, weshalb mehrmals nachgefasst werden musste. Am Ende hatten wir aus einer Gesamtheit von ca. 3000 Einrichtungen (Initiativen, Arbeitskreise, Vereine) 606 Einrichtungen ermittelt, die ihren Schwerpunkt in der ehrenamtlichen gemeinschaftsorientierten Arbeit von Bürgern haben, deren ehrenamtliche Mitarbeiter weitgehend selbstbestimmt und selbstorganisiert arbeiten und die einen hohen Anteil ehrenamtlicher Mitarbeiter aufwiesen.

Darunter waren 109 Einrichtungen im Stuttgarter Westen. Sie wurden gefragt, ob sie sich uns für weitere Auskünfte zur Verfügung stellen würden. Aus 39 auskunftswilligen Einrichtungen haben wir 10 ausgewählt, um sie in Intensivinterviews näher kennen zu lernen. Dabei haben wir darauf geachtet, ein möglichst breites Spektrum von Schwerpunktthemen abzudecken: Alle wichtigen Zielgruppen, Leistungsangebote und Einrichtungstypen sollten

enthalten sein, Themen wie Kultur, Frauen, Kinder, Gesundheit, Umwelt, Familie und lokale Initiativen sollten abgedeckt werden.

In *Berlin* begannen wir mit einer allgemeinen Bestandsaufnahme und Sichtung der spezifischen Berliner Situation. Die Exploration der urbanen Infrastruktur der Subsistenz erfolgte zunächst breitgefächert auf gesamtstädtischer Ebene. Es wurden stadtweit Adressen bürgerschaftlicher Einrichtungen gesammelt und bezüglich ihrer inhaltlichen Schwerpunkte gesichtet. Diese wurden in die erstmals für Köln entworfene Datenbank eingegeben und inhaltlich katalogisiert. Das Projekt stellte sich auf verschiedenen Tagungen und Workshops im Berliner Raum mit seinem Untersuchungsanliegen vor und war im engen Austausch mit Vorständen, Schlüsselpersonen, bürgerschaftlich Engagierten, hauptamtlichen Mitarbeitern, Nutzern bürgerschaftlicher Einrichtungen, Lokalpolitikern, Unternehmern und Berliner Wissenschaftlern. Es wurden eine Reihe von vorbereitenden Kurzinterviews zur Ermittlung der Rahmenbedingungen/-situation des subsistenzwirtschaftlichen Sektors in Berlin geführt. Das Projekt war im ständigen Dialog mit lokaler Landes-, Kommunal- und Bezirkspolitik. Eine Vielzahl der Gespräche mit VertreterInnen der Einrichtungen behandelte sozioökonomische Rahmenbedingungen und institutionelle Anbindungen der Einrichtungen, Motivationen und Bedarfslagen für und nach informeller Arbeit, fördernde und hemmende Faktoren für die Entwicklung, Ausbildung, Etablierung und Funktionsfähigkeit urbaner Subsistenz. Im Mittelpunkt vieler Gespräche mit VertreterInnen von Politik und Wirtschaft wurden die Komplementaritäten zwischen Markt und Subsistenz thematisiert und deren Beiträge zur Entwicklungsfähigkeit der Stadt diskutiert. Hier tauchten auch immer wieder die Fragen nach Finanzierungsoptionen und –alternativen für das zivilgesellschaftliche Spektrum Berlins auf.

Die Auswahl der Untersuchungsquartiere gestaltete sich wegen der Grösse Berlins als sehr aufwendig. Hier kollidierte der Anspruch auf Repräsentativität und Übertragbarkeit der Gesamtprojektergebnisse mit der teilweise sehr speziellen Sonderrolle, die Berlin als größte deutsche Metropole in neuer Hauptstadtfunktion und in der Rolle des *Gate-way* zwischen Ost und West zukommt. Die desolote Haushaltsslage und die politischen Umwälzungen der jüngsten Zeit trugen auch nicht dazu bei, der stadträumlichen, politischen und funktionalen Heterogenität zu mehr Struktur zu verhelfen. Gleichzeitig hob die Relevanz innovativer sozioökonomischer und stadtplanerischer Ansätze für einen lebendigen und kreativen Standort Berlins als Wissens- und Kulturmetropole die Bedeutung des Untersuchungsfokus ‚Urbane Subsistenz‘ hervor.

In der ersten Projektphase wurden deshalb zunächst 6 Berliner Quartiere (Buckower Quartier/ Berlin-Marzahn; Boxhagener Quartier/Berlin-Friedrichshain; Schlosspark Quartier/ Berlin-Pankow; Bergmannkiez/Berlin-Kreuzberg; Victoria-Luise Quartier/Berlin-Schöneberg; Brannitzer Quartier/Berlin-Westend) für die Auswahl genauer betrachtet und gegeneinander abgewogen. Für alle 6 Quartiere, drei im Osten der Stadt und drei im Westen, wurden Steckbriefe mit sozial-, wirtschafts- und weiteren stadträumlichen Parametern erstellt und ausgewertet. Weiterhin wurden verschiedene bürgerschaftliche Einrichtungen in den Auswahlquartieren mehrfach besucht. In diesem Rahmen wurden Haus- und Geländebegehungen durchgeführt, die Verfügbarkeit von Flächen und Nutzgebäuden, sowie technischer und administrativer Infrastruktur ermittelt.

Die Wahl fiel schließlich auf 2 Quartiere im Osten der Stadt, Friedrichshain und Pankow. Die Gründe hierfür lagen in der Einsicht, dass nicht ohne weiteres zwei Stadtteile aus Osten und Westen des ehemals geteilten Berlins miteinander verglichen werden können, da die unterschiedlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu unterschiedlichen Ausprägungen zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge geführt haben könnten. Um eine generellere Aussage über Ost-West-Unterschiede im Zusammenhang städtischer Subsistenz treffen zu können, hätten wir mehrere Stadtteile parallel untersuchen müssen. Das war im Rahmen dieses Projektes nicht finanzierbar, weshalb wir uns dafür entschieden, entweder zwei Quartiere im Westen oder zwei im Osten einander gegenüber zu stellen. Letztlich ausgewählt wurden Friedrichshain und Pankow im Berliner Osten, wegen des hohen infrastrukturellen und sozioökonomischen Aufbaubedarfes und der, im Vergleich zum Westen, noch etwas höheren stadträumlichen Gestaltbarkeit. Nicht alle sozialen und ökonomischen Nischen sind bereits von Markteinrichtungen okkupiert, und die soziale und kulturelle Mischung befindet sich in einem sehr dynamischen Prozess. Die Steckbriefe aller ursprünglich diskutierten 6 Quartiere sind im Materialband zum Meilenstein-Bericht zu finden. Mit der Quartierserhebung wurde in Friedrichshain begonnen, in Berlin-Pankow wurde anschließend analog verfahren.

Für Berlin-Friedrichshain wurden in einem aufwendigen Prozess alle bürgerschaftlichen Einrichtungen recherchiert. Was die Übersicht über die bürgerschaftlichen Einrichtungen betrifft, so trafen wir in Friedrichshain eine ähnlich intransparente Situation an wie in Köln. So mussten die bürgerschaftlichen Einrichtungen auch hier in aufwendigen bottom-up-Verfahren recherchiert werden. Über eine Vielzahl von Flyern, lokalen Stadtteilzeitungen, Programmheften und Informationsbroschüren wurden Adressen von Einrichtungen im Quartier gesammelt. Die Einrichtungen wurden kontaktiert und nach weiteren ihnen bekannten Einrichtungen befragt. Ergänzt wurde die Recherche mit einer Quartiersbegehung und die Sichtung sämtlicher Klingelschilder, Hausbriefkästen, Hinterhöfe, Hinter- und Seitenhäuser. Aussortiert wurden hieraus, soweit dies bei angemessenem Aufwand möglich erschien, 35 Einrichtungen kirchlicher Träger, 31 Einrichtungen der großen Wohlfahrtsverbände, die Berufsverbände sowie Parteien und sonstige stark formalisierten Organisationen und Thematiken. Ebenso umfasst diese Zahl nicht den Bereich von Hobby-, Muße- und im weiteren Sinne Freizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen, die sich ausschliesslich dem Bereich Kunst und Kultur widmen.

Zum Abschluss der Recherchen im Mai 2003 wurden im Ergebnis für das Auswahlquartier Boxhagener Platz/Samariterstraße in Friedrichshain 295 bürgerschaftliche Einrichtungen ermittelt. Diese wurden nach Zielgruppen- und Angebotstypen in der Datenbank codiert und komplett hausnummerngenau kartiert. Während der Recherche der bürgerschaftlichen Einrichtungen wurde die Erhebungen ausgeweitet. So wurden sämtliche Gewerbe- und Teilgewerbeleerstände über Quartiersbegehungen und, wo möglich, Befragungen recherchiert. Außerdem wurden sämtliche Stadtbrachen im Quartier in die Datenbank eingetragen. Darüber hinaus wurden die marktlichen Einrichtungen des Alltagsbedarfes für das Quartier erhoben. Hier unterschieden wir zwischen Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie. Weiterhin wurden alle städtischen Einrichtungen in der Datenbank erfasst. Diese städtisch-öffentlichen Einrichtungen, ebenso wie (Teil-)Gewerbeleerstände, Bracheflächen, Einzel-

handelsgeschäfte und marktlichen Dienstleistungseinrichtungen des Alltagsbedarfes wurden mitkartiert.

2.1.1.2 Kartierung

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde erstmalig der städtische bürgerschaftliche Subsistenzsektor vergleichend kartiert. Auf der Grundlage der Adressdatenbanken wurden ortsgenaue gesamtstädtische Kartierungen der bürgerschaftlichen Einrichtungen für Köln und Stuttgart durchgeführt.

Für *Köln* wurde die räumliche Verteilung der bürgerschaftlichen Einrichtungen in der Dissertation von Daniel Dahm erstmals kartographisch dargestellt (siehe Abb. A 1, A 2 und A 4 im Anhang). Die kartographische Darstellung der bürgerschaftlicher Subsistenzeinrichtungen für eine Großstadt war in Deutschland bisher nicht erfolgt, auch in Europa ist keine solche Kartierung bekannt. Für die Kartierung wurde eine Maske in Makromedia FreeHand erstellt. Bei räumlichen Überschneidungen sind mehrere Einrichtungen mit größeren Punkten gekennzeichnet. Die fertigen Freehand-Ebenen mit allen Einrichtungen wurden zusammen mit der entsprechenden Karte als EPS-Dateien exportiert und nach Adobe Photoshop importiert. Dort konnten sie grafisch weiter aufbereitet werden. Unterschieden wurde in der Kartierung zwischen bürgerschaftlichen Einrichtungen und Bürger- bzw. Kulturzentren, welche in der Regel mehrere bürgerschaftliche Einrichtungen unter ihrem Dach vereinigen und meistens überwiegend städtisch getragen sind. Zum Vergleich mit den formellen Strukturen wurden die öffentlichen kommunalen Einrichtungen, die äquivalente oder zumindest ähnliche Angebote im sozialen Bereich wie aus bürgerschaftlicher Subsistenz erbringen (und ein weites Spektrum administrativer Dienste), mit kartiert. Die einzelnen Einrichtungen wurden in einem umfassenden Index numerisch gelistet, so dass sie in den Karten identifizierbar sind. 1028 recherchierte bürgerschaftliche Einrichtungen wurden im Maßstab 1:25 000 auf dem Kölner Schwarzplan weitgehend ortgenau kartiert (soweit dies der Maßstab zulässt), wobei besonders im innerstädtischen Bereich einige Einrichtungen aus Maßstabsgründen übereinander liegen. Die Kartengrundlage basiert auf dem digitalisierten Kölner Stadtplan 1:25 000 von 2001 des Amtes für Liegenschaften, Vermessung und Kartaster der Stadt Köln. Die Methoden für Köln bildeten das Vorbild für die Stuttgarter Kartierung.

Der Kartierung lag der Recherchestand von März 2002 zugrunde, bis Frühjahr 2004 wurde die Zahl von 1028 Subsistenzeinrichtungen aufgrund verschiedener Kriterien auf 996 reduziert, die raumanalytischen und theoretischen Folgerungen werden hiervon jedoch nicht berührt. Auf Grundlage der Kartierung wurden in der Dissertation von Dahm noch Cluster gebildet, soweit dies bei der flächigen Verteilung möglich war, und kartographisch in Form einer Dichtedarstellung umgesetzt (vgl. Dahm 2003, 333-347). Auch diese Karte ist im Anhang dargestellt (Abb. A 3 und A 5).

Für *Stuttgart Gesamtstadt* haben wir die in der Datenbank registrierten 606 bürgerschaftlichen sowie einschlägige öffentliche Einrichtungen in die digitale Karte Stuttgarts (Abb. A 6 im Anhang) übertragen, um deren stadträumliche Verteilung in Vergleich zu Köln interpretieren und auf Korrelationen überprüfen zu können.

Für die *Berliner Auswahlquartiere Pankow und Friedrichshain* (siehe Abb. A 8 und A 9 im Anhang) und das *Stuttgarter Auswahlquartier Stuttgart-West* (siehe Abb. A 10 im Anhang) wurden die bürgerschaftlichen Einrichtungen komplett und hausnummerngenau kartiert, ausserdem sämtliche öffentlichen Einrichtungen. Zusätzlich wurden anhand repräsentativer Kartenausschnitte pro Quartier sämtliche gewerblichen Einrichtungen, unterteilt nach Gastronomie, Einzelhandel, Dienstleistungen, sowie Gewerbeleerstände und städtische Branchen kartiert. Für die Berliner Auswahlquartiere mussten hierfür die Kartengrundlagen angeglichen werden (da teilweise noch auf Grundlage alter DDR Schwarzpläne, Strassennamen und Hausnummern stimmten teilweise nicht mehr). In Stuttgart und Berlin waren diese Ausschnitts-Kartierungen mit detaillierten Quartiersbegehungen verbunden, um die Kartierungselemente und stadträumlichen Spezifika im Untersuchungsgebiet umfassend zu identifizieren, auf dieser Grundlage repräsentative Auswahl Ausschnitte zu wählen und diese dann exakt und vollständig kartografisch zu erfassen. Es wurden sämtliche Gewerbe- und Teilgewerbeleerstände über Quartiersbegehungen und, wo möglich, Befragungen recherchiert. Außerdem wurden sämtliche Stadtbranchen im Quartier in die Datenbank eingetragen. Darüber hinaus wurden die marktlichen Einrichtungen des Alltagsbedarfes für das Quartier erhoben. Hier unterschieden wir zwischen Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie. Weiterhin wurden alle städtischen Einrichtungen in der Datenbank erfasst.

Die Erstkartierungen für die Quartiere erfolgten direkt auf dem Kartenblatt während des Kartierungsprozesses. Im Anschluss wurde ein digitales Kartierungsverfahren in Makromedia Freehand entwickelt, das es möglich macht, alle erhobenen bürgerschaftlichen, gewerblichen und städtischen Einrichtungen sowie Leerstände und Branchen in einer Karte darzustellen, dabei aber die unterschiedlichen Signaturebenen, wie bei übereinander liegenden Folien, ein- und auszublenden. Auf diese Weise wurde die interpretative Arbeit an den Karten erst möglich, da sonst die Signaturendichte zu hoch gewesen und es zu zuvielen Überlagerungen im Kartenblatt gekommen wäre. Auch hier wurden die Karten, dazu alle verschiedenen Ebenen separat wie auch in unterschiedlichen Kombinationen, exportiert und für die weitere grafische Nachbearbeitung nach Adobe Photoshop importiert. Auch dieser Kartierungsprozess erwies sich als arbeitsintensiver als erwartet, ging es doch darum, z.B. in den Berliner Quartieren allein für Friedrichshain insgesamt über 1200 und für Pankow über 550 erfasste Raumeinheiten ortsgenau mit unterschiedlichen Signaturen zu kartieren und zudem noch über eine Legende namentlich im Kartenblatt nummeriert zuzuordnen, um so die Benutzerfreundlichkeit und weitere Anwendbarkeit der Kartenblätter zu optimieren (zu diesem Zeitpunkt im Projektverlauf hätten die ProjektmitarbeiterInnen es nicht für möglich gehalten, dass die Publikation der Forschungsergebnisse durch das BMBF nicht ergänzend gestützt werden würde. Dies stellte sich erst bei Projektabschluss als faktisch gegeben heraus). So sind alle bürgerschaftlichen Einrichtungen in der Karte nummeriert und über einen ergänzenden Index identifizierbar. Ebenso wurde mit den städtischen Einrichtungen verfahren.

2.1.1.3 *Quantitative Befragung*

In Köln wurde eine quantitative Befragung in den bürgerschaftlichen Einrichtungen durchgeführt. Hierzu wurde ein erster Fragebogen entwickelt, der in Pretests überprüft, angepasst und verbessert wurde. Mit dem resultierenden Fragebogen (siehe Fragebogen „Urbane Subsistenz“ im Anhang) wurden postalisch, per Fax, telefonisch und persönlich detaillierte Be-

fragungen durchgeführt. Der inhaltliche Schwerpunkt des Fragebogens lag einerseits in der flankierenden Unterstützung der Empirie, die über die qualitativen Interviews und Mental Maps generiert werden sollte (s.u.). So wurden beispielsweise Fragen nach den räumlichen Wirkungsebenen der bürgerschaftlichen Einrichtungen gefragt und deren Einzugsgebieten. Hauptschwerpunkte der quantitativen Befragungen lagen auf dem Spektrum gemeinschaftsbezogener Angebote und der inhaltlichen Ausrichtung der Einrichtungen, sowie fördernden und hemmenden Faktoren für deren Leistungsfähigkeit. Weiterhin wurde grosses Gewicht auf die Ermittlung des Verhältnisses von bezahlter zu unbezahlter Arbeitsleistung in bürgerschaftlichen Einrichtungen, deren Finanzierung und Finanzierungsquellen gelegt. Auf der Grundlage des Fragebogens wurde eine FileMaker-Datenbank für die Eingabe und Ergebnisverwertung entwickelt und mit einer dafür erstellten Excel-Datenbank verknüpft.

Die quantitative Befragung erwies sich als äusserst problematisch. Die Faktoren, die bereits die reine Recherche und Adressermittlung der bürgerschaftlichen Einrichtungen erschwerten, liessen die Fragebogenerhebung zur reinsten Sysiphus-Arbeit werden. *Erstens* war die schlichte Kontaktaufnahme häufig bereits ausgesprochen schwierig, da viele Einrichtungen nicht regelmässig besetzte Büros haben oder diese häufig ausserhalb der normalen Erwerbsarbeitszeiten geöffnet sind, aus der Sicht von Ehrenamtlern durchaus logisch, sind diese ja meist ausserdem noch erwerbstätig. Dies verlangte oft unkonventionelle Arbeitszeiten der ProjektmitarbeiterInnen, und ständig wiederholtes Neukontaktieren.

Zweitens stellte sich schon während der Kontaktaufnahme immer wieder heraus, dass doch wesentliche Informationen aus der Adressdatenbank nicht mehr aktuell oder ergänzungsbedürftig waren, was eine laufende Korrektur der Adressdatenbank während oder nach der Kontaktaufnahme verlangte, was viele Arbeitsprozesse verlangsamte.

Drittens sind die bürgerschaftlichen Einrichtungen und deren MitarbeiterInnen oftmals derart von der Erbringung ihrer gemeinschaftsbezogenen Dienstleistungen, der Deckung des Bedarfs nach ihren Angeboten, in Anspruch genommen, dass weder Lust noch Zeit bleibt, einen umfangreichen Fragebogen zu beantworten, zumal dieser als sehr abstrakt und wenig praxisorientiert wahrgenommen wurde. So blieb der Fragebogen einfach liegen oder verschwand in Papierbergen, und musste teilweise vier-, fünfmal versandt werden, bis er beantwortet wurde.

Viertens besteht ein erhebliches Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen, unter denen auch Universitäten und Forschungseinrichtungen subsummiert werden. Da über den Fragebogen auch eine Zahl durchaus sensibler Informationen erfragt wurden, waren häufig grössere Überredungskünste vonnöten, um die Schlüsselpersonen der Einrichtungen zur vollständigen Beantwortung des Fragebogens zu bewegen.

Fünftens kamen die üblichen Schwierigkeiten im Rahmen von quantitativen Befragungen hinzu, im Sinne von Verständnisschwierigkeiten, Falschantworten, logischen Unstimmigkeiten etc., welche viele Befragungen unbrauchbar machten.

Sechstens stellte sich heraus, dass in der Summe dieser Schwierigkeiten ein Zeitaufwand mit den Befragungen verbunden war, der den Projektrahmen weit überforderte. Um damit fertig zu werden, haben die verantwortlichen Projektmitarbeiter in erheblichem Umfang unbezahlte Mehrarbeit geleistet; dennoch mussten wir an einigen Stellen Abstriche vom ursprünglichen Plan machen. So konnte die quantitative Befragung in Stuttgart und Berlin nicht im

selben Umfang durchgeführt werden. Doch haben unsere Erhebungen über Angebots- und Zielgruppenorientierung der Einrichtungen aus der gesamtstädtischen Recherche für Stuttgart und den Quartiererhebungen für Berlin die Allgemeingültigkeit der Befragungsergebnisse von Köln und deren Übertragbarkeit auf andere Städte bestätigt.

2.1.1.4 *Qualitative Befragung / Interviewführung*

In Ergänzung und Vertiefung zu den quantitativen Erhebungen wurden in Stuttgart und vor allem Berlin qualitative Erhebungen in Form von leitfadengestützten qualitativen Interviews in ausgewählten bürgerschaftlichen Einrichtungen durchgeführt. Diese folgten einer neuen, für dieses Forschungsprojekt erstmalig entwickelten und in dessen Rahmen erprobten Methodik. Die ProbandInnen waren RepräsentantInnen der Einrichtungen, also Schlüsselpersonen, die über die Einrichtung gut Bescheid wussten und in derselben schon länger aktiv waren.

In *Stuttgart* wurde als ein näher zu untersuchender Stadtteil der Stuttgarter Westen ausgewählt, da er im Vergleich zu den anderen Stadtteilen die höchste Zahl von bürgerschaftlichen Einrichtungen aufweist (vgl. Abb. A 7 im Anhang). Den Einrichtungen im Stuttgarter Westen wurde im Vergleich zu Gesamt-Stuttgart ein etwas umfangreicherer Fragebogen per Post zugesandt, synonym dem Kölner Fragebogen. Hier wurden entsprechend nicht nur Einrichtungstyp, Zielgruppe, Angebot und Probleme abgefragt, sondern gezielter nach vergleichbaren Leistungen, Infrastruktur, Voraussetzungen der informellen Arbeit und dem Einsatz informell Beschäftigter / Ehrenamtlicher gefragt.

Das Ziel, möglichst alle 88 Einrichtungen im Westen zu befragen, hat sich angesichts der Arbeitsüberlastung der Einrichtungen als unerreichbar erwiesen. Sie wurden alle mehrfach telefonisch und schriftlich angesprochen, aber nur 39 haben unsere Fragen schriftlich beantwortet. Doch wurde das dadurch ausgeglichen, dass wir durch Vergleich mit den Ergebnissen in Köln die Verlässlichkeit der Stuttgarter Befunde nachprüfen konnten. In 10 Einrichtungen wurden Intensivinterviews durchgeführt.

Für *Berlin-Friedrichshain* wurden über eine Reihe von telefonischen und persönlichen Vorgesprächen 25 repräsentative bürgerschaftliche Einrichtungen ausgewählt. Die Einrichtungen sollten einerseits Kriterien von thematischer Repräsentanz bezüglich Einrichtungs- und Angebotstypen und Zielgruppen erfüllen, die nicht nur ‚berlinspezifisch‘ sind, und andererseits Kriterien wie ‚räumliche Verteilung‘ und ‚Lage im Quartier‘ repräsentativ wiedergeben. Sie sollten möglichst das Gesamtspektrum der lokalen bürgerschaftlichen Einrichtungen repräsentativ vertreten können. Über die Vorgespräche wurde das Einverständnis von Schlüsselpersonen aus den Einrichtungen zu einem etwas aufwendigeren Interviewprozess eingeholt und Zielsetzung und Verlauf der qualitativen Befragung vermittelt. In einem zweiten Schritt wurde den ausgewählten Einrichtungen ein für diese Befragung etwas verkürzter (auf der Kölner gesamtstädtischen Befragung basierender) quantitativer Fragebogen zugesendet. Über diesen wurden Grunddaten und allgemeine Informationen zu den Einrichtungen abgefragt, die nicht spezifisch Gegenstand des Interviews sein sollten, z.B. in welchem Verhältnis Erwerbsarbeit und Subsistenzarbeit zueinander stehen, wieviele Mitglieder die Einrichtung hat, welche Angebote und Leistungen sie im Detail erbringt und einiges mehr. Der Verschickung des Fragebogens an die Einrichtungen gingen jeweils mehre-

re vertiefende Telefonate voran, über die das Forschungsanliegen vermittelt, Misstrauen abgebaut und Fragen zu Fragebogen und Interview geklärt wurden. Auf dieser Grundlage wurde dann ein Termin für das Interview abgestimmt, teilweise wurde das Interview wegen des Zeitaufwandes auf zwei Termine verteilt.

Die Interviews wurden leitfadengestützt (siehe „Interview & Mental Map“ im Anhang, Leerzeilen verkürzt) durchgeführt und mittels Mitschrift und Tonaufnahmen festgehalten. Es ging dabei um die Erfassung der sozialräumlichen Wirkungen, Vernetzungen und Verortungen der bürgerschaftlichen Einrichtungen in ihrem Stadtquartier. Weiterhin geht aus den Interviews umfassend hervor, welche spezifischen Mangelsituationen auf administrativer, politischer, ökonomischer und städtebaulicher Ebene wahrgenommen werden und wieweit und auf welche Weise diese Mängel die Arbeit und die Leistungen der Einrichtungen beeinträchtigen. Insbesondere wurden die Einzugsbereiche ihrer NutzerInnen erfasst, sowie Kooperationsbeziehungen mit anderen bürgerschaftlichen, aber auch marktlichen und öffentlich-kommunalen Institutionen. Ein besonderes Gewicht lag auf genutzten und aktivierten städtischen Strukturen im öffentlichen Raum. Weiterhin wurden Wünsche zur zukünftigen Nutzung von Gebäuden und Freiflächen erfasst. Die Interviews wurden mit dem Mental Map-Verfahren kombiniert (vergleiche 2.1.1.5), das eine Ergänzung zu den Interviews und didaktisches Mittel darstellt. Im Verlauf der zweieinhalb- bis fünfstündigen Interviews wurden von den Probanden Mental Maps angefertigt, welche unter anderem die lokalen Kooperationen und Vernetzungen visualisieren. Im Interview dienten sie als Medium, um einen engeren Bezug zur Raumebene zu erreichen. In der Auswertung veranschaulichten sie die infrastrukturellen Leistungen bürgerschaftlicher Einrichtungen für das Quartier. Von den Interviews wurden auf Grundlage der Tonaufzeichnungen und Mitschriften neu gegliederte Interviewprotokolle angefertigt und redaktionell überarbeitet. Die Protokolle erläutern und ergänzen auch die zugehörigen Mental Maps, wo diese nicht schon für sich sprechen. Fünf der Interviewprotokolle und Mental Maps finden sich exemplarisch im Anhang.

2.1.1.5 *Mental Maps*

Im Rahmen der qualitativen Interviews wurden auf einer dafür erstellten laminierten Kartengrundlage des Stadtteiles, mit dem Untersuchungsquartier im Zentrum, Mental Maps erstellt und diese erläutert. *Mental Maps* stellen subjektive Karten sozialräumlicher Handlungsmuster, Interaktionen und Wahrnehmungen dar. Traditionell wurden Mental Map-Verfahren besonders für den Bereich der Wahrnehmungsgeographie verwandt. Für unsere Zwecke haben wir das Mental Map-Verfahren verändert und neu entwickelt. Im Vorfeld wurde entschieden, was Sinn macht, von den InterviewpartnerInnen in einer Quartierskarte einzeichnen zu lassen und was nicht. Da eine Mental Map immer eine subjektive Karte darstellt, also erst über die Erläuterungen aus den Interviewmitschriften wirklich Sinn erhält und verständlich wird, musste der Leitfaden für die mündlichen Interviews eng an das Mental Map-Verfahren angelehnt sein.

In den Interviews wurden die verschiedenen infrastrukturellen Mängel erfragt, von den administrativ-politischen Voraussetzungen über die marktökonomischen Voraussetzungen, Kooperationen bis hin zu den städtebaulichen und räumlichen Voraussetzungen. Dem standen Fragen zu Verbesserungsoptionen gegenüber, die je nach Bereich differenziert erläutert werden. Die Mental Maps ergänzten diese Fragen. Auf ihnen zeichneten die InterviewerIn-

nen nach den Angaben der Befragten das jeweilige Einzugsgebiet der NutzerInnen der betreffenden Einrichtung ein, ferner Regionen besonderer Aktivitäten im Quartier, institutionelle Kooperationspartner und das Kooperationsnetz, die weitere genutzte Infrastruktur im Stadtraum sowie erwünschte Nutzungen, die gegenwärtig nicht möglich sind. Parallel zum Prozess des Zeichnens wurde erläutert, was dargestellt wird, und welche Bedeutungen und Funktionen mit dem Dargestellten verbunden sind.

Die Mental Maps erwiesen sich als wichtiges und sehr hilfreiches Medium für die Interviews, da sie den Raumbezug der ProbandInnen erhöhten und als Anregung für den Interviewprozess dienten. Außerdem visualisieren sie sehr gut die subjektiven Kooperationsnetze und Interaktionsmuster im Quartiersraum. Das Mental Map-Verfahren wurde von den InterviewpartnerInnen sehr positiv aufgenommen, und häufig musste die zunächst geplante Interviewzeit von ca. 2 Stunden vom Interviewer stark überzogen werden.

Für die kombinierte Auswertung von Interviews und Mental Maps wurde zunächst eine eigene Digitalisierungsmethode erarbeitet, die es möglich macht, die Mental-Maps übersichtlich darzustellen und gleichzeitig wieder verschiedene Ebenen in der Darstellung ein- und auszublenden. Abschliessend wurden sie grafisch nach bearbeitet und mit einander kombiniert. Über die Kombination von mehreren Mental Maps zueinander kommt man dann zu sozialräumliche Korrelationen, Synchronizitäten und Netzwerkbeziehungen, welche die infrastrukturelle und räumliche Analyse der Quartiere empirisch und visuell unterstützen.

Jede Mental Map ist ein subjektiver Stadtplan. Er stellt eine dokumentarische Ergänzung der Interviews dar und muss in diesem Kontext betrachtet und interpretiert werden. In Stuttgart haben wir 10, in Berlin 25 Mental Maps angefertigt (siehe beispielhaft im Anhang).

2.1.2 Erhebungen zur privaten Subsistenz

Als private Subsistenz betrachten wir Eigenproduktion und Eigenversorgung in Haushalt und Familie, also Eigenarbeit und Versorgungsarbeit, sei sie *handwerklich* (reparierend, werkend), *künstlerisch* (dekorativ, expressiv), *gärtnerisch* (Anbau von Obst, Gemüse etc.), *züchterisch* (Kleinvieh), *pflegerisch* (Alte, Kranke), *haushälterisch* (Kochen, Backen, Versorgung, Erhaltung) oder *erzieherisch* (Betreuung der Kinder).

Eine eigene Erhebung zur privaten Subsistenz wurde in Berlin-Friedrichshain durchgeführt. Sie sollte Aussagen darüber ermöglichen, inwieweit die private Subsistenz von den stadträumlichen, insbesondere baulichen und planerischen Gegebenheiten der materiellen Infrastruktur abhängt, aber auch von Aspekten der immateriellen Infrastruktur, z.B. von sozialen Kontakten, von Kooperationen und Kommunikation zwischen Bürgern, Politik, Institutionen, Unternehmen.

In Friedrichshain wurden im Sommer 2002 insgesamt 150 Haushalte telefonisch befragt. Zu diesem Zweck mussten wir zunächst aus allen in den relevanten Postleitzahlenbereichen gemeldeten 13.795 Telefonanschlüssen die auf den gleichen Haushalt vergebenen Zweit- und Drittanschlüsse sowie die geschäftlich genutzten Anschlüsse herausfiltern. Um eine Zufallsstichprobe zu gewinnen, haben wir von den verbleibenden 12.787 insgesamt 2.000 Telefonnummern per Zufallsgenerator ausgewählt. Diese Anschlüsse wurden die zu unterschiedlichen Tageszeiten von Interviewerinnen angerufen, die wir dafür besonders geschult hatten. Befragt wurden nur Personen, die maßgeblich an der Haushaltsführung beteiligt wa-

ren. Die Ansprechpersonen waren meist erst nach vielen wiederholten Anrufen zu erreichen. Zudem hat sich der besondere Umstand, dass Friedrichshain ein bevorzugtes Ziel für zahlreiche Marketingumfragen bildet, sich auf die Bereitschaft der erreichten Personen, unsere Fragen zu beantworten, negativ ausgewirkt. Das waren die Gründe dafür, dass wir das ursprüngliche Ziel, 250 Haushalte zu befragen, schließlich auf die Anzahl von 150 reduziert haben, um einen vertretbaren Kosten- und Zeitaufwand einzuhalten. In Pankow, wo die Untersuchung wiederholt wurde, kamen ebenfalls nur 150 Befragungen zustande.

Im Teilprojekt „Lebensmittel in der Stadt“ wurde eine spezielle Form der Eigen- und Versorgungsarbeit untersucht, die Selbstzubereitung von Speisen und die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln, in vier Kasseler Quartieren, Vorderer Westen, Helleböhn, Süsterfeld und Kaufungen Mitte (die Fragebögen sind dokumentiert in: Böge & Fuhr 2004, Materialband S. 35ff.). Erhoben wurde, wie intensiv und wie häufig diese Formen der Selbstversorgung genutzt werden, welche Lebensmittel selbst produziert werden (Obst, Gemüse, Kräuter, Kleintiere), und wieweit die Mittel dazu verfügbar sind, also ein eigener Garten (am Haus oder Kleingarten) und geeignete Räumlichkeiten (Küche, Keller, Arbeitsflächen am Haus, Durchgänge dorthin).

In Friedrichshain und Pankow haben wir all dies in vergleichbarer Form ebenfalls erhoben, zusätzlich aber haben wir die Beteiligung an anderen Formen der Eigenarbeit, wie Reparieren, Werken, Tauschen und Teilen (z.B. Car Sharing oder das Teilen von Werkzeug) mit Nachbarn und Bekannten abgefragt, sowie Fragen zur Beteiligung an sozialer, ehrenamtlicher Arbeit gestellt. Außerdem sollten die Befragten Angaben darüber machen, inwieweit Subsistenz eingeschränkt oder durch bezahlte Dienste ersetzt wurde oder werden soll, welches Realeinkommen sie durch Subsistenz erwirtschaften, welchen sozialen Beziehungen Subsistenz dient und welche infrastrukturellen (räumlichen, personellen und finanziellen) Voraussetzungen vorhanden sind (vergleiche Fragebogen „Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt – Telefonische Befragung zum Thema „Eigenarbeit““ im Anhang). Leider hat es sich als nicht möglich erwiesen, die Berliner Fragen auch in die Kasseler Erhebungen einzubauen, was diese für das Subsistenzprojekt erst interessant gemacht hätte.

In Kooperation mit dem Teilprojekt „Kids im Quartier“ untersuchten wir die für Kinderbetreuung aufgewandte Elternarbeit. Hier ging es speziell um die elterliche Betreuungsarbeit, von der wir annahmen, dass sie sich in der Reaktion auf ihre gesellschaftliche Vernachlässigung zunehmend in Unter- und Überbetreuung polarisiert: Auf der einen Seite Schlüsselkinder, auf der anderen Seite Kinder, die mit dem Auto zur Schule, zum Ballettunterricht, zum Spielen gefahren werden, weil der Straßenverkehr zu gefährlich ist. Festgestellt werden sollte, um wieviel die Zeitaufwendungen in verschiedenen Familien auseinanderklaffen, und wieweit es zutrifft, dass sich die Wohn- und Einkommensverhältnisse auf das Bestreben einer Gruppe von Eltern, die Betreuungsarbeit zu intensivieren, und auf das Bestreben einer anderen Gruppe, sie von sich abzuwälzen oder ganz zu unterlassen, erkennbar auswirken. Hierzu wurden vom Projekt „Kids im Quartier“ in den Städten Kassel, Herthen und Velbert und vom Projekt „Urbane Subsistenz“ in Berlin Friedrichshain Eltern bzw. Elternteile nach ihrem zeitlichen Betreuungsaufwand für ihre Kinder an einem normalen Tag befragt.

Die verwendeten standardisierten Fragebögen wurden in Abstimmung mit den beteiligten Teilprojekten entwickelt. Die demographischen Merkmale sind von allen Teilprojekten, die Befragungen durchführen, in gleicher Weise abgefragt worden, so dass die Vergleichbarkeit der Erhebungen im EVALO-Forschungsverbund gewährleistet war.

2.2 Ergebnisse zur bürgerschaftlichen Subsistenz

2.2.1 Die Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements

2.2.1.2 Eine kurze Beschreibung der Einrichtungen

Bürgerschaftliche Einrichtungen stellen Plattformen für gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit dar. Sie werden auf der Grundlage eines gemeinsamen, zivilgesellschaftlich getragenen Interesses gegründet und sind Umsetzungsorte für gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit und Anlaufstellen für interessierte und beteiligungswillige Menschen. So bilden sie Institutionen der Bürgergesellschaft und sind Produktionsstellen von sozialem Kapital über vielfältige Aktivitäten. Gleichsam sind sie auch Kernzellen kooperativer und kommunikativer Netzwerke von der lokalen bis zur globalen Ebene, wie in den anschließenden Kapiteln noch deutlicher werden wird. Sie sichern über ihre Reproduktionsleistungen partizipative und solidarische zivile Strukturen, sie ermöglichen und gewährleisten Demokratie, soziale Sicherheit und Lebensqualität. Über die Bündelung von Einzelinteressen innerhalb eines organisatorischen Rahmens, und die Umsetzung und den Transport künstlerischer, schöpferischer, kreativer und innovativer Leistungen, Ideen und Impulse werden soziale Partizipation und kulturelle Entwicklungsfähigkeit dynamisiert und kanalisiert. Sie liefern Information und Bildung und schaffen auf diese Weise die vitalen Grundlagen einer wohlständigen und zukunftsfähigen Gesellschaft, dies wird im folgenden noch exemplarisch verdeutlicht. Bürgerschaftliche Einrichtungen stellen ein Phänomen des 20. und 21. Jahrhunderts dar, sie prägen zivilgesellschaftliche Strukturen mittlerweile in allen post-industriellen Gesellschaften ebenso wie auch in den Entwicklungsländern. Nach Rifkin erfüllen die bürgerschaftlichen Einrichtungen ein breites Spektrum an Funktionen: *„Sie sind Brutkästen für neue Ideen und bieten Foren, auf denen soziale Missstände angeprangert werden können. Sie haben zur Integration der Einwandererströme beigetragen. Sie reichen den Armen und Hilflosen eine helfende Hand. [...] Viele Menschen lernen im Dritten Sektor die Spielregeln der Demokratie kennen und handhaben. Hier sucht man Gesellschaft und findet Freunde. Hier gibt es Raum und Zeit für spirituelle Erfahrungen. Religiöse und therapeutische Organisationen bieten Millionen Menschen die Gelegenheit, die weltlichen Belange des Alltagslebens hinter sich zu lassen“* (Rifkin 1997, 185 ff.).

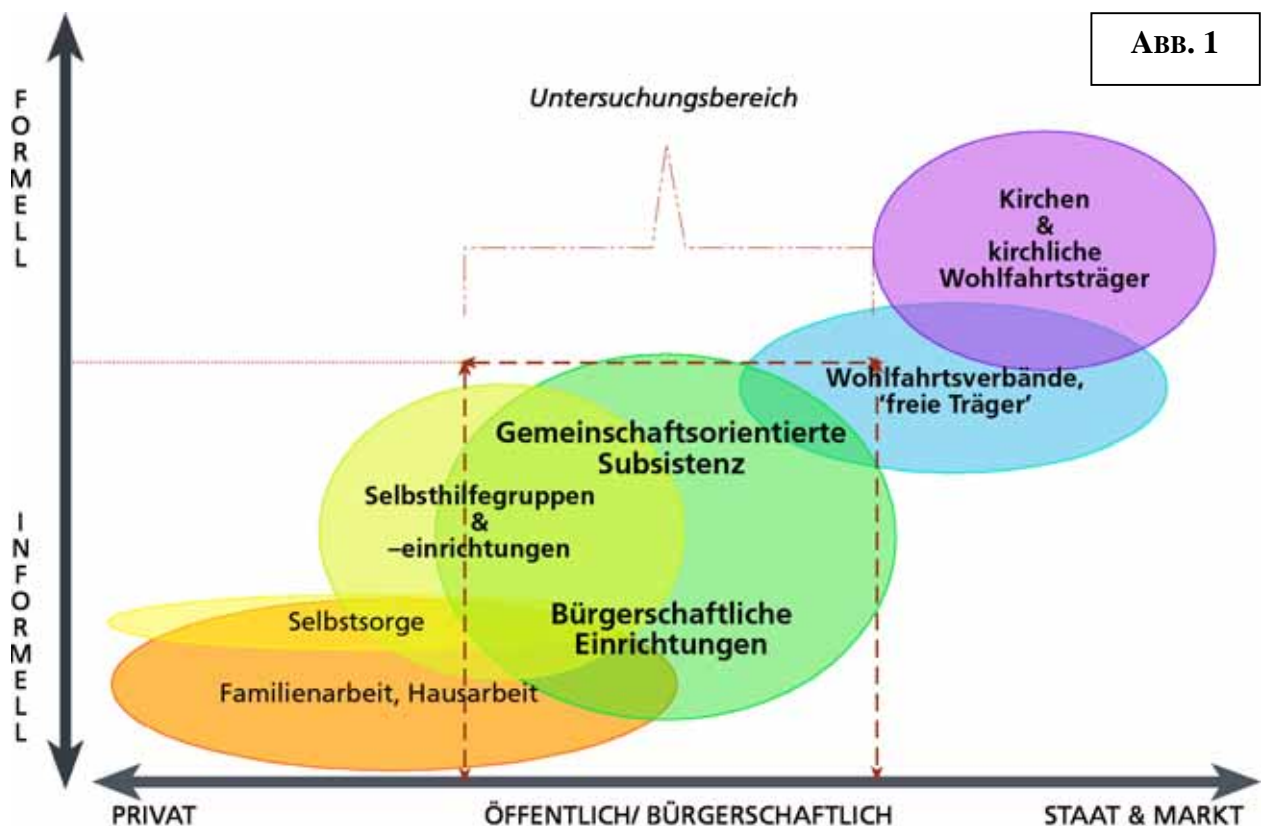
Bürgerschaftliche Einrichtungen lassen sich über folgende Hauptkriterien gut eingrenzen:

- Informelle Initialisierung auf Grundlage von Eigenmotivation und Selbstorganisation;
- das Übergewicht informeller Subsistenzarbeit gegenüber formeller Arbeit;
- die Zweckorientierung überwiegt gegenüber den institutionellen Wirtschaftsinteressen;
- sie sind überwiegend informell, bürgerschaftlich getragen, weisen kooperative und hoch partizipative Entscheidungs- und Arbeitsstrukturen auf;
- sämtliche Gewinne und Überschüsse fließen in die Zweckbestimmung zurück;

- sie stellen einen aktiven und integrativen Bestandteil der Bürgergesellschaft dar, und verfolgen gemeinschaftsorientierte Interessen.

Das letztgenannte Kriterium schließt beispielsweise Einrichtungen und Organisationen aus, die die Schädigung eines (bürger)gesellschaftlichen Zusammenhaltes, von Solidaritäten und Kooperationen auf zivilgesellschaftlicher Ebene zum Zweck haben. Dies beträfe z.B. terroristische Gruppierungen und kriminelle Zusammenschlüsse ebenso wie fremdenfeindliche und rechtsextremistische Strömungen. Dieses Kriterium schließt nicht jene aus, die sich zwar nicht als zur Bürgergesellschaft zugehörig fühlen (wollen), es aber dennoch sind. So kann der Punker im nachbarschaftlich besetzten Haus ein äußerst vitales Element der Bürgergesellschaft sein, auch wenn dieser diese Zuschreibung vielleicht ablehnt. Erst wenn er und/oder eine Gruppe den bürgerlichen Grundwerten des Respekts, der Toleranz, der Anerkennung und des Respektes des Rechtes auf Freiheit, Gleichheit und Unversehrtheit des Gegenübers den Rücken kehrt und sich in irgendeiner Form organisiert und in diesem Geiste eine Einrichtung bildet, kann sie nicht mehr als bürgergesellschaftlich betrachtet werden.

Nach dieser Definition gehören also weder Kirchen und kirchliche Wohlfahrtsträger zu bürgergesellschaftlichen Einrichtungen, da sie streng hierarchisch organisiert und hoch formalisiert sind (es gibt eine Kirchensteuer; die Konfession steht in Geburtsurkunde und Pass; Mitbestimmungsstrukturen sind gering ausgeprägt). Und auch die großen Wohlfahrtsverbände zählen im strengen Sinne nicht zu den bürgergesellschaftlichen Einrichtungen. Diese so genannten ‚freien Träger‘ sind in Form von Wohlfahrtsverbänden zusammengeschlossen und nehmen wesentliche tragende Aufgaben in der Erbringung sozialer Dienste wahr; die Entscheidung, ob Leistungen zu erbringen sind, liegt dagegen allein in der Verantwortung der öffentlichen Instanzen (in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege sind folgende Spitzenverbände: Diakonisches Werk der Ev. Kirche in Deutschland, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohl-

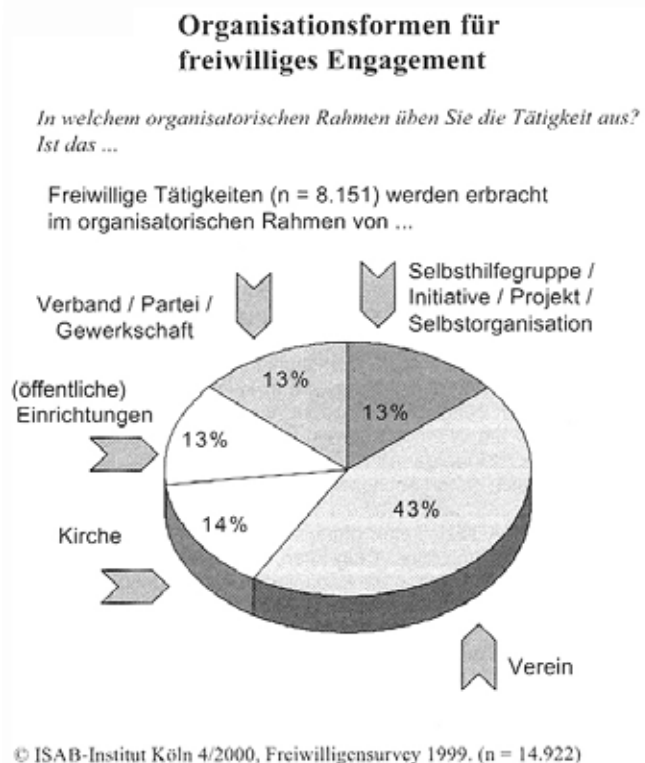


fahrt und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. In Abgrenzung gegenüber den bürgerschaftlichen Einrichtungen gelten die freien Träger als intermediäre Hilfs- und Dienstleistungsorganisationen zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft, jedoch in einem deutlich stärker formalisierten Rahmen. Die Organisationsstrukturen sind stark formalisiert und meist sehr hierarchisch, ähnlich wie Marktunternehmen und institutionell wenig flexibel. Sie stellen mit den Kirchen die klassischen Domänen der ehrenamtlichen Arbeit dar, verlieren aber zunehmend freiwillig Engagierte an die wesentlich informeller und partizipativer gestalteten bürgerschaftlichen Einrichtungen (vgl. Pott 2002, 4). In den großen Wohlfahrtsverbänden stehen Restrukturierungen an, denn die Engagementformen befinden sich im Wandel und richten sich nun eher auf die informelleren und selbstbestimmteren bürgerschaftlichen Einrichtungen (so wird im Sozialbericht des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt 2001 angesichts des Attraktivitätsverlustes für EhrenamtlerInnen ein Wandel in den großen Wohlfahrtsverbänden hin zu demokratischeren, etwas weniger formalisierten Beteiligungsstrukturen gefordert).

ABB. 2

Folgerichtig zählen wir zu den bürgerschaftlichen Einrichtungen nur die öffentlichen, vorwiegend informellen und durch gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit geprägten bürgerlichen Gruppen, Organisationen und Institutionen (vgl. Abb. 1), dies entspricht ca. 56 % der Organisationen innerhalb derer ehrenamtliche Tätigkeiten erbracht werden (vgl. Abb. 2). Man hat es also keineswegs, wie oft vermutet wird, mit kleinen Zusammenschlüssen am gesellschaftlichen Rande zu tun, wenn man die bürgerschaftlichen Einrichtungen untersucht.

Hier einmal Stuttgart als Beispiel: Der Größe nach sind die erfassten 665 Stuttgarter Einrichtungen breit gestreut, es gibt gleich viel kleine, mittlere und große. Acht Prozent haben 1 bis 10 Mitglieder, elf Prozent mehr als 500, und auch die Größenordnungen dazwischen sind annähernd gleich besetzt. Zusammen genommen haben sie in Stuttgart rd. 44.500 passive und rd. 10.500 aktive Mitglieder, insgesamt etwa 57.000. Das ist ein Zehntel der Stadtbevölkerung. Hierüber wird unmissverständlich, welche soziale Relevanz diesen zivilen Organisationen zukommt. Organisiert sind die meisten Einrichtungen in Stuttgart als Bürgerinitiativen oder Bürgervereine (30 %), als soziale Treffpunkte (20



Vereine sind die Regelorganisation für freiwilliges Engagement im Bereich „Sport und Bewegung“ (vgl. Abb. 2 3). Mehrheitlich spielen sich freiwillige Tätigkeiten auch in „Kultur und Musik“, „Freizeit und Geselligkeit“ sowie in „Umwelt, Naturschutz / Tierschutz“ im Vereinsrahmen ab. In fünf weiteren Bereichen sind ein Viertel bis ein Drittel der Engagements im Verein verortet. Lediglich in der „Politik und politischen Interessenvertretung“ und im „kirchlichen / religiösen Bereich“ spielt die Vereinsform so gut wie keine Rolle.

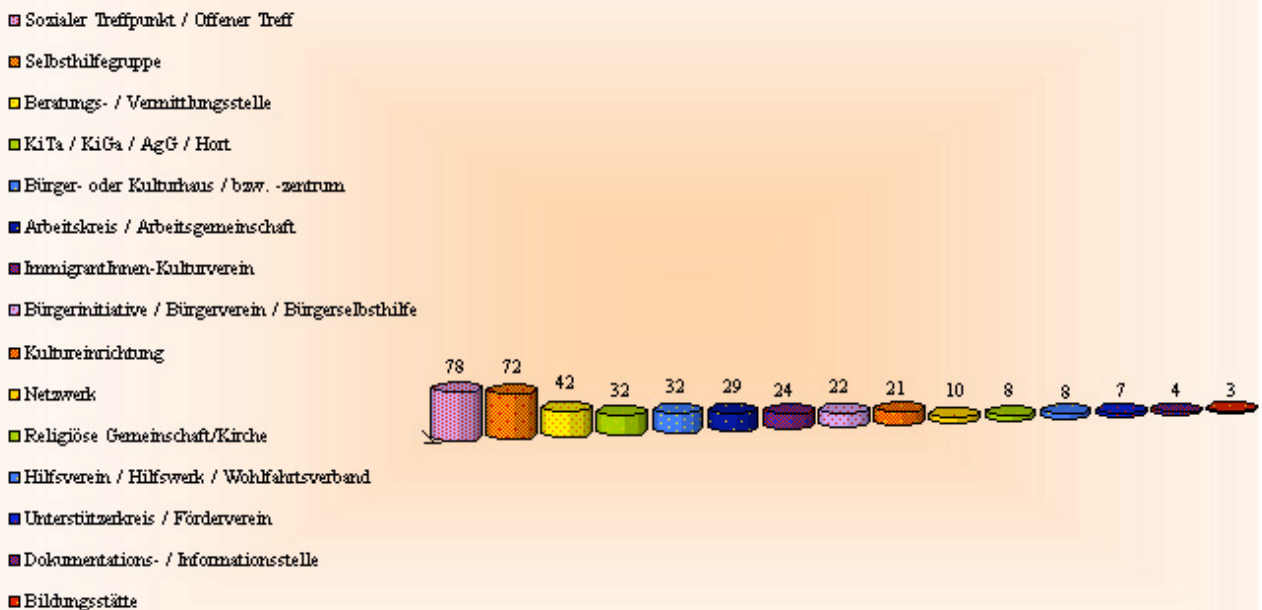
und als Arbeitskreise (20%). 13 % sind Selbsthilfegruppen, 11 % Kulturvereine von EmigrantInnen. Es folgen mit abnehmender Häufigkeit von 7 bis 2 %: Beratungsstellen, Kindergruppen, Kultureinrichtungen, Bürgerhäuser, Netzwerke, Fördervereine, Hilfswerke, Informationsstellen, Religiöse Gemeinschaften, Bildungsstätten (Abb. 3). Hier zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen; im Stuttgarter Westen z.B. gibt es relativ mehr Bürgerinitiativen und Bürgervereine und Beratungsstellen als in der Gesamtstadt. Es macht es nicht einfacher, dass die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der institutionellen Formen der urbanen Subsistenz sehr hoch ist. Planung wie Politik verlangen zu häufig immer noch nach mechanistischen starren Strukturmerkmalen um oftmals ebenso starren und mechanistischen Förderstrukturen entsprechende Anknüpfungsstellen bieten zu können.

Auf den folgenden Seiten werden die bürgerschaftlichen Einrichtungen als Initialzellen und Motoren gemeinschaftsorientierter Subsistenz, ihre Leistungen und räumlichen Ausbreitungsmuster weiter beleuchtet und analysiert.

ABB. 3

Einrichtungstypen bürgerschaftlicher Einrichtungen

N = 603 / alle für Stuttgart erfassten bürgerschaftlichen Einrichtungen



2.2.1.2 Zur räumlichen Verbreitung der Einrichtungen

Weil sich die Befunde in den untersuchten Städten gleichen, wollen wir die gesamtstädtische Verbreitung der bürgerschaftlichen Einrichtungen am Beispiel Kölns behandeln.

Insgesamt wurden in Köln 1097 Einrichtungen ermittelt. Das ist etwas mehr als eine Einrichtung pro 1.000 Einwohner. Betrachtet man die Karten Köln und Köln Innenstadt (im Anhang) fällt zunächst das ungleiche Verhältnis von bürgerschaftlichen Einrichtungen gegenüber den öffentlichen Einrichtungen ins Auge. Allein 18 von den 40 öffentlich-kommunalen Einrichtungen liegen im direkten Einzugsbereich des Kölner Innenstadtringes, also nahezu die Hälfte der öffentlichen Einrichtungen. Hier spiegelt sich die funktionale Entmischung der Stadt. Von öffentlich-kommunaler Seite werden Dienstleistungen für die

Bürger Kölns primär in der Innenstadt zentralisiert angeboten. Das erscheint unproblematisch, weil die Leistungen aus kommunalen Einrichtungen im Vergleich zu den bürgerschaftlichen ein relativ enges Spektrum umfassen und nicht so häufig pro BürgerIn in Anspruch genommen werden. Die restlichen 22 kommunalen Einrichtungen finden sich in den Subzentren der verschiedenen Stadtteile.

Dem gegenüber sind die bürgerschaftlichen Einrichtungen weit über das Stadtgebiet verstreut. Auch hier gibt es Ballungen im innerstädtischen Raum, doch ist die eigentliche City wohl wegen der hohen Mieten nicht sehr dicht besetzt; die Einrichtungen der Bürgerarbeit ballen sich eher auf der äußeren Seite der die City begrenzenden Ringstraße. Weitere Verdichtungen liegen entlang der größeren Ausfallstrassen und Einkaufsstrassen in den innenstadtnahen Wohngebieten im Nippeser Teil der Neusserstraße, entlang der Venloerstraße in Ehrenfeld bis kurz vor die Äußere Kanalstraße, und zwischen Zülpicherstraße und Berrenrather Straße in Sülz bis etwa zum Sülzgürtel. Weitere Verdichtungen finden sich im Bereich des Agnesviertel und des Eigelsteins in der Neustadt Nord und auch in der Altstadt Süd. Im rechtsrheinischen innenstadtnahen Bereich bzw. in Innenstadtrandlage ist eine Ansammlung von Einrichtungen um die Deutzer Altstadt festzustellen sowie – schon weiter außerhalb – um den Clevischen Ring, nahe des Wiener Platzes in Mühlheim. Weiter entfernt sind kleinere ‚Subsistenz-Subzentren‘ in Chorweiler um den Pariser Platz identifizierbar, in Kalk nördlich und südlich der Kalker Hauptstraße, in Ostheim und weiter nach Süden in Gremberghoven im Bereich Humboldt Straße / Bergerstraße, in Porz in der Umgebung des Friedrich-Ebert-Platzes. Die restlichen Einrichtungen sind über das gesamte Stadtgebiet verstreut; es gibt wenige Wohngebiete, die nahezu keine bürgerschaftlichen Einrichtungen in ihrer Nachbarschaft haben.

So wird anschaulich, dass nahezu das gesamte Stadtgebiet flächendeckend mit bürgerschaftlichen Einrichtungen besetzt ist, und das naturgemäß mit von innen nach außen abnehmender Dichte. Dies deckt sich mit Kartierungen zu Flächenutzungen in Köln (vergleiche hierzu Blenck et al. 2002). Überall dort, wo der überwiegende Anteil funktionsgemischter Gebiete liegt, sind auch die höchsten Dichten von bürgerschaftlichen Subsistenzeinrichtungen zu finden. Vielleicht kann man darin eine Bestätigung der These sehen, das Zusammenspiel von Arbeiten und Wohnen werde besonders ausgeprägt über gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit gefördert (Dahm et al. 2004b) denn Subsistenzarbeitsmöglichkeiten für bürgerschaftlich Engagierte entstehen an den Lebensorten der Menschen, weil bürgerschaftliches Engagement sich primär im nachbarschaftlichen Kontext entfaltet – allerdings nicht so sehr in reinen Wohngebieten als vielmehr dort, wo sich wenigstens zwei der drei Funktionen Arbeiten, Kaufen, Wohnen mischen. Nachfrage und Angebot kommen dort am leichtesten zusammen, wohin die Menschen ihr Weg auch aus anderen Gründen führt.

Eine Ausnahme bilden die Einrichtungen, die Minoritäten im Stadtraum ansprechen, und für deren NutzerInnen die Inkaufnahme längerer Wege akzeptabel erscheint, denn ein wichtiger Teil bürgerschaftlicher Einrichtungen wendet sich an sehr spezifische Bevölkerungsgruppen. Beispielsweise ist derjenige, welcher einer kulturellen Randgruppe angehört, etwa aus Kiribati stammt, sicherlich ohne weiteres bereit, dafür zum kiribatischen Kulturverein nach Porz zu fahren. Oder eine Selbsthilfegruppe, die sich Betroffenen von Schuhgrößen über 52

widmet, kann auch mal in Chorweiler liegen. Bei Themen zu Eltern-Kind-Beziehungen, zu Integrationsfragen bei Ausländern, Homosexuellen, Menschen unterschiedlicher Lebensentwürfe und -stile handelt es sich dagegen um Bereiche, die große Teile der Zivilgesellschaft betreffen. Erst recht trifft dies auf soziale Leistungen für Kranke und Behinderte zu, für Alte und Jugendliche oder bei Betreuungen von Kindern, welche in allen Bevölkerungsgruppen und Sozialräumen von unersetzbarer Bedeutung sind.

Vergleicht man die Verteilung bürgerschaftlicher Einrichtungen mit der sozialräumlichen Gliederung Kölns von Zehner (in Blenck et al. 2002, vgl. Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht Köln 2000), ist ein Zusammenhang der stadträumlichen Verteilung der Arbeitslosenquoten mit der urbanen Subsistenz nicht erkennbar. Dies verwundert wenig, denn bürgerschaftliches Engagement wird vorwiegend von Personen in Erwerbstätigkeit erbracht, weniger von Erwerbslosen (BMFSJ/Freiwilligensurvey 2001b, 42 ff.). Deren Motivationen zu Arbeit sind, aufgrund der prekären Einkommenssituation, weitgehend monetär fixiert, und deren bürgerschaftliche Integration ist meist schlechter als die derer, die über das Erwerbsparadigma mehr soziale Anerkennung erfahren und so auch mehr Lust haben, sich bürgerschaftlich zu engagieren und außerdem mehr Glauben an ihre eigenen Fähigkeiten, ihren eigenen gesellschaftlichen Nutzen haben. So ist in einigen Stadtteilen mit der höchsten Arbeitslosigkeit eher wenig bürgerschaftliche Subsistenz festzustellen, doch finden sich auch Stadtteile wie Altstadt-Nord und Altstadt-Süd oder Ehrenfeld mit relativ hohen Arbeitslosenquoten von 12 bis 16 %, in denen zugleich auch viele bürgerschaftliche Einrichtungen liegen. Ebenso ist die räumliche Verteilung der ausländischen Mitbürger zwar positiv mit der Verteilung der Arbeitslosigkeit korreliert, aber nicht mit der Verteilung urbaner Subsistenz.

Im innerstädtischen Raum sind zwei von drei Haushalten Ein-Personen-Haushalte (Blenck et al. 2001, 54) unterschiedlichster Alters-, Herkunfts- und Einkommensgruppen. Diese nehmen zum Stadtrand hin anteilmäßig ab. Hier ist eine deutliche Übereinstimmung mit der Verteilung der bürgerschaftlichen Einrichtungen zu erkennen. Möglicherweise äußert sich die hohe Pluralität von Lebensstilen in einer sich zunehmend individualisierenden Gesellschaft auch in der räumlichen Verteilung von Subsistenzeinrichtungen, die ja häufig Interessensvertretungen unterschiedlichster gesellschaftlicher Akteure darstellen. In ihnen bilden sich Gemeinschaften, und Menschen werden gesellschaftlich integriert, besonders für Einzelpersonen sehr bedeutsam. Außerdem sind sie Anlaufstellen in der erwerbsfreien Zeit, bieten Kommunikation und Kooperation, was gerade für Menschen wertvoll ist, die keine enge familiäre Anbindung haben oder über diese nicht alltäglich verfügen können.

Vergleicht man die Karte der bürgerschaftlichen Subsistenz mit dem Zentrengefüge Kölns (Blenck et al. 2002), liegen die Ansammlungen bürgerschaftlicher Einrichtungen weitgehend im Umfeld der Geschäftscity, als auch in den Mittelbereichszentren. Teilweise trifft dies auch auf die Nahbereichszentren zu, obwohl die Kartierung des Zentrengefüges die Einzelzentren recht grob verortet. Die Bezirkszentren und Bezirksteilzentren decken sich nicht klar mit den Verdichtungen bürgerschaftlicher Einrichtungen. Ob dies an der vergrößernden Mittelung der Bezirkszentren liegt, ist nicht eindeutig, aber die Einrichtungscluster liegen überwiegend in ihrer unmittelbaren Nähe, seltener genau in ihnen. Das ist wenig verwunderlich, denn in den Geschäftszentren sind eben vorwiegend Geschäfte angesiedelt, es

sind Marktorte und die Mieten sind hoch. Im nahen Umfeld, in Laufweite, liegen dann die bürgerschaftlichen Einrichtungen häufig in kleineren Seitenstrassen oder in ruhigeren Strassenabschnitten. Insgesamt ist jedoch die größte Ballung entlang des Kölner Innenstadtringes festzustellen, also nicht direkt in der im Zentrengefüge verzeichneten Geschäftscity.

Es ist bemerkenswert, dass offensichtliche Übereinstimmungen in der sozial- und wirtschaftsräumlichen Lage von Subsistenzeinrichtungen und marktwirtschaftlichen Einrichtungen bestehen, obwohl doch die ökonomischen Ausgangsvoraussetzungen für bürgerschaftliche Einrichtungen, zumindest was die finanzielle Ausstattung betrifft, deutlich ungünstiger sind. Dennoch weichen die Einrichtungen nicht in die sozial- und wirtschaftsräumliche Peripherie aus, sondern siedeln sich dort an, wo die städtischen Funktionen zusammenfließen. Diese Befunde werden durch die stadtweite Kartierung bürgerschaftlicher Einrichtungen in Stuttgart bestätigt und differenziert. Verteilungsmuster, wirtschaftsräumliche Komplementaritäten und funktionelle Vergesellschaftungen subsistenzwirtschaftlicher, marktlicher und öffentlich-kommunaler Institutionen entsprechen den Kölner Ergebnissen (vergleiche Kartierungen Abb. A 1, A 2, A 4 und A 6 im Anhang).

Auch in Stuttgart ist die selbstbestimmte Bürgerarbeit viel weiter verbreitet als meist angenommen wird. In Stuttgart haben wir über 600 Einrichtungen identifiziert, das ist mindestens eine Einrichtung auf 1000 Einwohner, ebenso wie in Köln. Wir nehmen an, dass diese Faustregel auch für andere Städte gilt. Die räumliche Verteilung der Einrichtungen gibt die Karte der Stuttgarter Stadtbezirke (Abb. A 7 im Anhang) wieder; sie zeigt wie in Köln, dass die inneren Stadtbezirke Stuttgart West, Mitte und Ost dichter besetzt sind als die äußeren, dass aber auch die cityfernen Stadtteile mit eigenen Einrichtungen der Bürgerarbeit versehen sind. Genauer kann man auf dem Stadtplan Abb. A 6 im Anhang verfolgen, wie mit der Entfernung von der City die Ballung dünner wird, die Streuung aber gleichmäßig bleibt.

Bei kleinräumlicher Betrachtung öffentlicher urbaner Subsistenz finden wir diese Zusammenhänge differenziert und unterstrichen, wie sich über die Quartiersbetrachtungen in Stuttgart und Berlin zeigt, vergleiche auch hierzu die Kartierungen im Anhang für Stuttgart-West (Abb. A 10) sowie für Berlin-Friedrichshain und –Pankow (Abb. A 8 und A 9). Für Friedrichshain wie für Pankow wurden die bürgerschaftlichen Einrichtungen in den Auswahlquartieren Boxhagener Platz / Samariterstrasse und Schlosspark / Vinetastrasse kartografisch dargestellt. Die Verteilungsmuster der Einrichtungen, ihre quartiersräumliche Einbindung und Clusterbildungen entsprechen den bereits für Köln und Stuttgart dargestellten gesamtstädtischen Ergebnissen und – offensichtlich – Regeln. Die Berliner Quartiere sind im folgenden exemplarisch beschrieben.

2.2.1.3 Zur Mischung der städtischen Funktionen

Im Berlin-Friedrichshainer Quartier haben wir es mit der bemerkenswerten Zahl von 295 bürgerschaftlichen Einrichtungen öffentlicher Subsistenz zu tun. Diesen Einrichtungen stehen 445 gewerbliche Unternehmen im Bereich Dienstleistung, Gastronomie und Einzelhandel gegenüber, die sich Themen des alltäglichen Bedarfs widmen. Bemerkenswert ist hierbei der hohe Anteil von 197 Gastronomieunternehmen. Weiterhin wurden 104 Einrichtungen von 38 öffentlich-städtischen Trägern und ihren Unterabteilungen erhoben. Vervollständigt wurde die Erhebung durch 358 (Teil)Gewerbeleerstände und 29 Bracheflächen. Allein die-

ses Zahlenverhältnis zeigt sehr prägnant, welche schon allein quantitative Bedeutung den öffentlichen Institutionen urbaner Subsistenz für das Quartier zukommt.

Wie für Friedrichshain wurde auch für das Auswahlquartier im Pankower Quartier verfahren. Hier wurden 117 bürgerschaftliche Einrichtungen ermittelt, codiert und kartiert. Diesen stehen 244 gewerbliche Einrichtungen gegenüber, davon 48 der Gastronomie. 74 Einrichtungen stehen in Pankow unter öffentlich-kommunaler Trägerschaft. Weiterhin finden sich in Pankow 100 (Teil)Gewerbeleerstände und nur 9 Bracheflächen. Aussortiert wurden 17 Einrichtungen unter kirchlicher Trägerschaft und 26 Einrichtungen der grossen Wohlfahrtsverbände.

Bei erster vergleichender Betrachtung beider Berliner Kartierungen ist der enorme Leerstand und der verhältnismäßig geringe Anteil marktlicher Einrichtungen augenfällig. Es wird prägnant deutlich, wie dicht die Verteilung von öffentlichen Subsistenzeinrichtungen in beiden Berliner Auswahlquartieren, insbesondere im Boxhagener / Samariter-Quartier ist. Weiterhin ist das sehr ungleiche Verhältnis öffentlich-kommunaler zu bürgerschaftlichen Einrichtungen auffallend. Schaut man auf die Verteilungsmuster, sind auch hier deutliche Korrelationen zwischen Clustern bürgerschaftlicher Institutionen und gewerblicher Unternehmen unabweisbar, es bestehen funktionale Abhängigkeiten bzw. zumindest Vergesellschaftungen. Während sich die öffentlich-kommunalen Institutionen an wenigen zentral gelegenen Orten bündeln, z.B. im Bezirksamt Friedrichshain an der Frankfurter Allee, siedeln sich bürgerschaftliche und gewerbliche Einrichtungen in naher Nachbarschaft zueinander an. Dies wird besonders in Friedrichshain um den Boxhagenerplatz deutlich, in der Nachbarschaft zur Simon-Dach-, Boxhagener- und Grünbergerstrasse ebenso wie entlang der Kopernikus- / Wühlischstrasse. Im Norden zeigt sich dies im Umfeld von Samariter- sowie im Bereich Schreiner- und Rigaerstrasse. Auch in Pankow finden sich diese Signifikanzen zwischen funktionaler Vielfalt und urbaner Subsistenz wieder, die die Komplementarität und wechselseitige Abhängigkeit zwischen marktlichen und subsistenzwirtschaftlichen Aktivitäten und Einrichtungen anhand ihrer räumlichen Verteilungen und Vergesellschaftungen zeigen. Hier finden sich die überwiegende Zahl bürgerschaftlicher Einrichtungen zwischen Breite Strasse und Wolfshagener Strasse. Weder in den reinen Wohngebieten, noch direkt im Bereich der Einkaufsstrassen sind die Mehrzahl der Einrichtungen lokalisiert. Auch die Karte des Stuttgarter Westens (Anhang, Abb. A 10) veranschaulicht, dass reine Wohngebiete und reine Industriegebiete so gut wie keine bürgerschaftlichen Einrichtungen aufweisen, und zeigt damit noch einmal auf, wie wichtig die Mischung der städtischen Funktionen für das Gedeihen der Zivilgesellschaft ist.

Bezieht man die Ergebnisse der Vielzahl von telefonischen und persönlichen Einzelgesprächen wie auch der Interviews im Rahmen der Mental Map-Erstellungen mit in die Analyse ein, kann davon ausgegangen werden, dass *erstens* gewerbliche wie bürgerschaftliche Einrichtungen sehr häufig ähnliche Standortfaktoren schätzen, so z.B. günstige Verkehrsanbindungen, hohe Laufdichten, unmittelbare Anbindung an öffentliche Plätze und belebte Strassen.

Zweitens scheint es – zumindest in Pankow und Friedrichshain, eine zeitliche Reihenfolge der Quartierserschliessung zu geben (insbesondere nach dem Mauerfall 1989). Aus der grossen Zahl von themenbezogenen Gesprächen und Recherchen ist davon auszugehen, dass zu

Beginn der 1990er Jahre die bürgerschaftlichen Institutionen – nicht nur, aber auch im Gefolge der zuziehenden ehemaligen Westdeutschen – Pionierfunktion für viele Kieze hatten. Friedrichshain ist bis heute von der ‚alternativen Szene‘ geprägt, die in den frühen 1990ern ganze fast leerstehende Strassenzüge als HausbesetzerInnen eroberte und so das lokale Leben vitalisierte und bis heute wesentlich mit gestaltet. So entstanden in diesem Umfeld eine Vielzahl von informellen Bars, Clubs, kleinen Konzerthallen, aber auch Ateliers, Theater und gemeinnützigen – bürgerschaftlichen – Institutionen. Bis heute finden unangemeldete Konzerte und Feste im öffentlichen Raum statt, die wesentlich zur Standortattraktivität beitragen, so dass Friedrichshain 2003 den höchsten Zuzug von JungakademikerInnen in ganz Berlin verzeichnen konnte. So waren die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die sich zunehmend in bürgerschaftlichen Einrichtungen bündelten und kristallisierten, die Wegbereiter für viele Standorte und Quartiere Ost-Berlins. In ihrem Gefolge rückten Imbissbuden und gastronomische Einrichtungen nach, und dann zögerlicher auch der Einzelhandel. Die Dichte von Einzelhändlern ist – verglichen mit den Westberliner Stadtteilen noch relativ gering, nimmt aber infolge der Konsumgewohnheiten der nachziehenden Bevölkerung langsam weiter zu.

Als *dritter* Faktor, der auf die Standortentscheidungen wichtigen Einfluss hat, wirkt die Entwicklung der Mieten. Mit der steigenden Attraktivität der Quartiere haben in den letzten Jahren die Mietpreise stark angezogen, was wiederum zur Verdrängung ansässiger besonders ostberliner Bevölkerung führt, aber auch dazu, dass viele Räumlichkeiten und Lagen für bürgerschaftliche Einrichtungen immer unerschwinglicher und diese in die Peripherie der Quartiere abgedrängt werden. Dass hier natürlich auch gegenwärtige konjunkturelle Bedingungen bremsende Wirkungen haben, und so diesen Prozess entschleunigen, ändert am Sachverhalt nichts.

Nimmt man den in Berlin aussergewöhnlich hohen Leerstand vor allem im Bereich gewerblicher Flächen hinzu, und bezieht mit ein, dass gerade diese Leerstände häufig eine ausgesprochen günstige Lage mit Strassenanbindung haben, muss die Frage gestellt werden, weshalb ein Großteil dieser ungenutzten Flächen eher jahrelang leer bleiben und zunehmend verkommen, als dass diese für gemeinnützige kulturelle und soziale Einrichtungen verfügbar gemacht werden, die offensichtlich zur Stärkung des Standortes wesentliche Beiträge leisten. Diese Problematik stellt auch die immer häufiger thematisierte Frage nach dem Umgang mit und zwischen privaten und gemeinschaftlichen Gütern in den Vordergrund. Denn die Qualität vieler öffentlicher Wege und Räume wird durch verwahrloste Leerstände von meist nicht vor Ort lebenden Privateigentümern und Bauspekulanten deutlich herab gesetzt. Es kann in Berlin eindeutig, und auf Grundlage der hier dargestellten Kartierungen ganz anschaulich diagnostiziert werden, dass es nicht an Raum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten und auch nicht an der Bereitschaft zu gemeinschaftsorientierten Handeln fehlt, sondern dass über die bestehenden Besitzverhältnisse und Schutzmechanismen für Privateigentum die soziale, kulturelle und auch die Standortqualität verringert wird. Dass dabei noch viele Flächen im kommunalen Besitz sind, zeigt, wie unverstanden das Wechselspiel zwischen Zivilgesellschaft und Standortqualität im politischen und wirtschaftlichen Bewusstsein unserer Gesellschaft ist.

Auffällig ist bei zusammenfassender Interpretation der Kartierungen, dass die bürgerschaftlichen Einrichtungen sich zwar meist im nahen Umfeld von auch gewerblichen Einrichtungen finden, sie sich jedoch fast nie in unmittelbarer Nachbarschaft zu Zentren marktlicher Aktivitäten verorten. Auch in reinen Wohngebieten sind bürgerschaftliche Einrichtungen kaum vorhanden – wenn überhaupt, so sind sie überwiegend auf den häuslichen Bedarf und die Nachbarschaftshilfe ausgerichtet. Sie siedeln sich vor allem in funktionsgemischten Gebieten an, was sich aufgrund räumlicher Verteilung als auch der Analyse von Stadtteilen und Postleitzahlen erschließt. Bürgerschaftliche Einrichtungen liegen eigentlich fast immer in Bereichen höchster funktionaler Vielfalt im städtischen Raum, nämlich in den Schnittstellen und Übergangsbereichen zwischen Wohnen, Versorgen und Arbeiten, selten in monofunktional strukturierten Gebieten und erhöhen auf diese Weise die funktionelle Vielfalt der Stadt. In Mischgebieten finden sich auch überwiegend die Einrichtungen mit stadtteilübergreifendem Einzugsbereich. Fast ausschließlich in gemischten Gebieten finden sich bürgerschaftliche Einrichtungen von Migranten als auch Nutzungen, die gemeinhin als problematisch gelten oder auch auf Anonymität angewiesen sind (z.B. Aids-Hilfe, Drogenkontaktladen, Wohnprojekte für Straffällige, Asylbewerber). Manche sehr spezialisierte Nutzungen (z.B. Moscheen) siedeln sich abseits in Gewerbegebieten an, ohne in einen stadträumlichen Zusammenhang eingebunden zu sein. Die Quartierskartierungen in Berlin und Stuttgart können diese Ergebnisse auch kleinräumlich für die Lage entlang bestimmter Straßenabschnitte und Häuserblocks bestätigen. Stadtentwicklungspolitisch wäre es eine wirksame Förderung urbaner Subsistenz, in den Flächennutzungsplänen eine Vielfalt von Nutzungsoptionen auszuweisen.

Urbane Subsistenz ist für die Vielfalt von Alltagsversorgung und Wohlfahrtsangeboten unerlässlich. Ohne sie ist die zukunftsfähige Stadt nicht mehr denkbar. Bürgerschaftliche Einrichtungen erhöhen massiv, wie auch noch in den folgenden Kapitel deutlicher werden wird, die funktionale Vielfalt des Quartiers. Die lokale Lebensqualität wird durch die Angebote und Leistungen aus den Einrichtungen bereichert. Im Alltag sind die bürgerschaftlichen Aktivitäten in den Quartieren ständig präsent, durch Kultur- und Straßenfeste, durch Bildungsveranstaltungen, soziale Fürsorge, Existenzgründerhilfen, Infostände, Faltblätter, Plakate, politische Arbeit, Hundekotsammelaktionen, Lesungen, Vorträge, Kunst und Musik, Stadtteilgestaltungen und vieles mehr. Bürgerschaftliche Einrichtungen prägen im hohen Maße städtische Sozial- und auch Wirtschaftsräume, dies wird über die Kartierung der urbanen Subsistenz prägnant ersichtlich. Sie bilden einen eigenen infrastrukturellen Bereich der Stadt – *die Infrastruktur der urbanen Subsistenz*. Vor allem räumlich-funktional gibt es zwei auffällige Korrelationen. Einerseits siedeln sich Subsistenzeinrichtungen im näheren Wohnumfeld an, andererseits liegen ihre genauen Standorte meistens zugleich im nahen, wenn auch nicht unmittelbaren Umfeld zu Geschäftszentren, städtischen Subzentren, Zonen stärkerer Mobilität und öffentlicher Virilität. Lebensnähe und funktionelle Vielfalt sind Standortfaktoren für urbane Subsistenz– und umgekehrt erhöht urbane Subsistenz lokal und regional die Lebensqualität und die funktionale Vielfalt. Dies entspricht der aufgestellten Strukturhypothese und wird in den anschließenden Kapiteln noch weiter verdeutlicht.

2.2.2 Die Leistungen der bürgerschaftlichen Subsistenz

2.2.2.1 Das Miteinander der Systeme

In urbaner Subsistenz werden zivilgesellschaftliche Kräfte gebündelt, eine eigenverantwortliche Selbstversorgung mit Wohlfahrtsleistungen wird organisiert. Die erbrachten Leistungen werden direkt wieder in die Zivilgesellschaft eingebracht, und so werden rückwirkend Solidargemeinschaften gestützt und Kooperationsnetze gefördert. Das sind wichtige Beiträge zum Gemeinschaftsleben.

Manche von ihnen werden zwar teilweise auch am Markt angeboten oder von Staat und Kommune besorgt. Doch reicht das, was der Markt und die öffentliche Hand übernehmen können, bei weitem nicht aus, denn es könnte von den Konsumenten bzw. den Steuerzahlern nicht finanziert werden, schon gar nicht in guter Qualität. Vielmehr wird der größere Teil des Bedarfs von der öffentlichen Subsistenzarbeit gedeckt, und das zu günstigeren und vielfach auch zu angemesseneren Bedingungen. Dies wird deutlicher, wenn wir unseren Blick auf die Funktionen und Mechanismen der Zivilgesellschaft lenken. Die Zivilgesellschaft hat ihre stillschweigenden Eigengesetzlichkeit, welche auch die ihr eigene ökonomische Ordnung – eine ‚zivile Ökonomie‘ – prägt: Sie folgt nicht der Logik des Geldkapitals, der Konkurrenz und des Wettbewerbsdrucks, und sie ist in der Regel nicht angebotsgesteuert, sondern bedarfsorientiert. Ihre Triebkräfte gründen sich auf die Kooperation, das solidarische Miteinander und die innere Motivation der Beteiligten.

Das Spektrum bürgerschaftlicher Einrichtungen und ihre ökonomische und soziokulturelle Dimension sind gewaltig – sie braucht sich in ihrer Bedeutung keinesfalls hinter marktlichen und staatlichen Versorgungssystemen verstecken. Die selbst gestellten Aufgabe werden entweder durch Sachprobleme wie z.B. den Umweltschutz oder durch das Interesse einer Gruppe definiert. Die Gruppe, das ist eine Nachbarschaft, das sind Menschen mit gleichen Merkmalen (z.B. Alter) oder Problemen (z.B. Krankheit), das ist der Stadtteil oder die Gemeinde; nicht selten ist die öffentliche Subsistenz noch größeren Gruppierungen gewidmet, etwa wenn sie politischen Interessen oder Nord-Süd-Beziehungen gilt.

Die Menschen, die die Leistungen erbringen, gehören meist, aber nicht immer der Gruppe an, für deren Wohl sie arbeiten; Obdachlosenhilfe z.B. wird auch von Menschen geleistet, die nicht obdachlos sind. Die Leistungen werden freiwillig und ohne Entlohnung erbracht. Das schließt nicht aus, dass Kosten erstattet oder Unterhaltszuschüsse gezahlt werden. Es schließt auch nicht aus, dass die ehrenamtlichen Leistungen durch hauptamtliche Mitarbeiter koordiniert werden; in größeren Einrichtungen der öffentlichen Subsistenz werden fortlaufende Arbeiten wie Terminplanung oder Buchführung meist regulär entlohnt.

Hier ein Beispiel aus Stuttgart: Von den aktiven Mitgliedern in Stuttgart arbeiten über 9.000 ehrenamtlich; sie werden von über 1.500 hauptamtlich Tätigen unterstützt, die die ehrenamtliche Arbeit organisieren und ergänzen. Die hauptamtlichen Mitarbeiter haben Voll- oder Halbtagsstellen, die ehrenamtlichen sind jeweils mehrere Stunden pro Woche tätig. In Stuttgart-West sind 86 % der aktiven Mitarbeiter ehrenamtlich, 14 % hauptamtlich tätig. Nicht alle, sondern 60 % der Einrichtungen können sich einen oder mehrere – im Durchschnitt 4 – hauptamtliche Mitarbeiter leisten, die im Durchschnitt 25 Wochenstunden arbeiten, zusammen also 100 Wochenstunden, und von 22 ehrenamtlichen Mitarbeitern mit je 2

Wochenstunden unterstützt werden, zusammen also 88 Wochenstunden. Die übrigen 40 % der Einrichtungen sind vollständig auf ehrenamtliche Arbeit aufgebaut, was nur in kleineren Gruppierungen möglich ist. In ihnen arbeiten durchschnittlich 7 ehrenamtliche Kräfte je 5 Wochenstunden, zusammen leisten sie also 35 Wochenstunden.

Gemeinschaftsorientierte Subsistenz ist nicht alleine in der Lage, ihre positiven gesellschaftlichen Wirkungen zu entfalten. Dies findet sich auch in der ‚klassischen‘ traditionell verstandenen Subsistenz wieder, so z.B. bei den alaskischen Inuiten: *„Participation in the market sector of the economy through the commercial sale of fish and furs and through remunerative employment enables the hunter to participate in subsistence activities“* (Wolfe 1986, 109). Dettling hebt hervor, dass der Sozialstaat einerseits wesentlich abhängig von einer leistungsfähigen Bürgergesellschaft, diese aber umgekehrt auf seine fördernde und aktivierende Funktion angewiesen ist: *„So wie es Grenzen des Staates und Grenzen des Marktes gibt, so gibt es auch Grenzen der Bürgergesellschaft. Sie ist kein Ersatz für den Sozialstaat. Sie kann, ja sie muss zum einen den Sozialstaat ergänzen, und es lassen sich zum anderen aus dem normativen Konzept der Bürgergesellschaft Leitlinien für eine Reform des Sozialstaates ableiten: Wie muss er sich verändern, damit er zur Aktivierung der Menschen beiträgt und nicht gegen seine Absicht in eine Kultur der Abhängigkeit führt?“* (Dettling, 2000, S. 21).

Urbane Subsistenz ist auf die Verbundenheit und Vernetzung mit den Leistungen von Markt und Staat angewiesen, braucht die Unterstützung und Förderung beider Sektoren ebenso, wie diese auf eine stabile, kooperative und innovative Bürgergesellschaft angewiesen sind. So kann die Bürgergesellschaft auf Dauer nicht die ausfallenden sozialen und monetären Leistungen kompensieren, ohne in ihrer eigenen besonderen Qualität geschwächt zu werden. Evers macht darauf aufmerksam, dass gerade in der Übernahme (städtischer) Versorgungsfunktionen durch die bürgerschaftlichen Einrichtungen Quellen für deren ‚Wert und Potenzial‘ zu finden sind; selbst in den bislang staatlich dominierten Kernbereichen wie Schulen und Universitäten müssten mehr Gelegenheiten für freies Engagement geschaffen werden, um auch die gesellschaftliche Bedeutung dieser öffentlichen Einrichtungen wachsen zu lassen. Die Vorbedingungen hierfür liegen in einer höheren politischen Kooperationsbereitschaft sowie gestärkten gegenseitigen Vertrauen. Eine wichtige Voraussetzung erkennt Evers darin, dass für einen ‚mixed welfare‘ die Rolle der Zivilgesellschaft nicht rein ‚versorgungstechnisch‘ verengt werden darf (dies bezieht Evers auf einen marktlich-staatlichen Versorgungsbegriff, nicht auf den in dieser Studie von den Autoren kontrastierten erweiterten Versorgungsbereich besonders auch immaterieller, nichtkäuflicher Güter), also die Leistungen der Bürgergesellschaft nicht dafür missbraucht werden dürfen, ausfallende Leistungen aus staatlichen oder marktlichen Quellen zu ersetzen. Die gesellschaftliche Bedeutung und die erbrachten Qualitäten der bürgerschaftlichen Subsistenzproduktion reichen weit über ein eingegrenztes, marktlich determiniertes Versorgungsverständnis hinaus (vgl. Evers 1998, 18).

Genausowenig ist es möglich, von Seiten staatlicher oder marktlicher Institutionen zu erwarten, dass soziale Leistungs- und Einkommensausfälle dauerhaft über soziokulturelle Systeme abgefangen werden können, ohne dass dadurch die soziokulturelle Grundlage der Gemeinschaft geschädigt würde (siehe hierzu auch Enquete Kommission ‚Zukunft des Bür-

gerschaftlichen Engagements' 2002, 579 ff.), was sich dann beispielsweise im Absinken von Bildungsniveaus, Verlust von Standortattraktivitäten für international nomadisierende Wissenseliten, in mangelnder Innovationsfähigkeit und soziopolitischer Reformschwäche äußert. Denn „*das Ehrenamt kann [...] kein Ersatz für die Einbettung des Einzelnen in den Raum privater Beziehungen und für seine Partizipation am wirtschaftlichen und am politischen Leben der Gesellschaft sein; vielmehr bedingen sich diese Elemente wechselseitig*“ (Eberling, Grabow und Henckel, 1999, S. 144). Es muss für eine zukunftsfähige Gesellschaft also darauf ankommen, ihre gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Anforderungen und Bedarfslagen über eine Mischökonomie zwischen staatlicher, marktlicher und zivilgesellschaftlicher Produktion zu decken. In der Debatte der letzten Jahre zur Zukunft des ‚Wohlfahrtsstaates‘ wurde immer wieder, teilweise sehr kontrovers, die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements zur Wohlfahrtsproduktion diskutiert.

Im Gegensatz zum staatlichen Wohlfahrtsmonopol und der damit einhergehenden Überforderung der staatlichen Institutionen in quantitativer wie besonders auch qualitativer Hinsicht – bedingt durch die desolante Finanzsituation der staatlichen wie kommunalen Kassen – wird in einer gemischten Wohlfahrtsproduktion die Subsistenzproduktion prinzipiell einbezogen. Evers sieht in einer „*neuen Sensibilität für den Wert sozialer Bezüge und Assoziationsformen*“ (Evers 1998, 2) das Argument für die Zivilgesellschaft und fordert eine stärkere Zuwendung zu gemeinschaftlichen Bezügen und „*gesellschaftlichen Assoziations- und Solidarformen*“ (ebenda). Wenn die Zivilgesellschaft im Grunde ein gleichrangiger Akteur der Wohlfahrtsproduktion ist, so sei in Bezug auf die reale „*mixed economy of welfare*“ die Rede vom „*Wohlfahrtspluralismus*“ (Evers 1998, 11) berechtigt. Zu Anteilen geschieht die strategische Nutzung gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit bereits gezielt. Vor allem im sozial-fürsorgenden und -pflegerischen Bereich der klassischen großen Wohlfahrtsverbänden sind die wechselseitigen Synergien zwischen ehrenamtlich und hauptamtlich Beschäftigten schon länger bekannt. Die engere Kooperation zwischen Staat, Markt und Bürgerarbeit – beispielsweise im Pflegebereich – „hat die Bedeutung von Eigenarbeit und informeller Ökonomie jedoch keineswegs geschmälert, zum Teil sind dadurch ihre Voraussetzungen sogar verbessert worden. Nach wie vor ermöglicht die informelle Ökonomie einen höheren Lebensstandard, der nicht erreichbar wäre, wenn die Haushalte ihre Wohnungs- und Güterversorgung allein mit dem Geld bestreiten müssten, das ihnen aus der Lohnarbeit [...] zur Verfügung steht. Eigenproduktion und selbstorganisierte Dienstleistungen tragen also durchaus, trotz allen Wandels, zur Erhöhung der Wohlfahrt bei. Und, was besonders wichtig ist, die Eigenarbeit hat humane Qualitäten, die in der durchrationalisierten und fremdkontrollierten Lohnarbeit selten sind. Gerade auf diese Qualität setzten solche Strategien, die in der Förderung von informeller Ökonomie den Ansatz für den Aufbau einer anderen Gesellschaft sehen“ (Häußermann und Siebel 1997, 178).

Der Wandel vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft (in der Literatur z.B. bei Hasse und Michels 1998 mit Begriffen wie Ende oder Umbau der Arbeitsgesellschaft, verändertes Geschlechterverhältnis, Individualisierung, Heterogenisierung sozialer Milieus, demographischer Wandel, defizitäre öffentliche Haushalte usw. verknüpft) birgt freilich auch die Gefahr, dass der Subsistenzsektor, wie schon oft, als Ziel, bzw. als ‚Senke‘ sozialer Folgekosten der ‚Emissionsquelle‘ Markt missbraucht wird.

Denn dass die Kompensationsleistungen des bürgerschaftlichen Subsistenzsektors bzw. des bürgerschaftlichen Engagements so oft als alleiniges Argument für dessen Förderung hervorgehoben werden, deutet schon darauf hin, dass hier die Idee eines billigen ‚Sozialkostendlagers‘ wohl in einigen Politiker-, Wirtschafts- und Wissenschaftshirnen herumspukt. *„Die heutige, vor allem soziologische Renaissance derartiger Vorstellungen unter Begriffen wie ‚Eigen-/Bürgerarbeit‘, ‚Neue Ehrenamtlichkeit‘ und Wohlfahrts-gesellschaft wird von den Themen eines in die Krise geratenen Sozialstaates bestimmt“* (Nullmeier, 1998, S. 51 ff).

All dies zeigt, dass wir es in der Realität mit einer Mischung von Versorgungssystemen zu tun haben. Die Subsistenzwirtschaft tritt neben die Marktwirtschaft und die Staatswirtschaft, sie bildet soziales Kapital und nährt sich aus ihm und stärkt so die bürgerschaftliche Basis. Und alle drei durchdringen sich gegenseitig – formelle und informelle Tätigkeitsbereiche überschneiden sich und es bestehen enge wechselseitige Abhängigkeiten und Funktionsteilungen zwischen ihnen. In der Markt- und Staatswirtschaft werden Leistungen im Rahmen formeller Arbeitsverträge erbracht und formell entlohnt, in der Subsistenzwirtschaft nur ausnahmsweise. Die Leistungen der Marktwirtschaft werden über den Preis finanziert, in der Staatswirtschaft über Steuern und Anleihen, in der Subsistenzwirtschaft über freiwillige Beiträge. Welche das sind, wie diese gestaltet sind und an wen sie sich richten, wird über die Stadtbeispiele Köln, Stuttgart und Berlin transparent.

2.2.2.2 Die Vielfalt der Bürgerarbeit

Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich in einer grossen Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Arbeitsformen, Institutionen und erbrachten Arbeitsleistungen und erhöht die breite Vielfalt städtischer Lebensformen und Versorgungsleistungen. Besonders die gemeinschaftsorientierte Subsistenz ist wegen der Heterogenität ihrer Erscheinungen und ihrer Integrationsleistungen interessant. Die Vielfalt an Leistungen und deren hohe Qualitäten, die aus bürgerschaftlicher Subsistenzarbeit hervorgehen, reichen weit über das hinaus, was hauswirtschaftliche Eigenarbeit leisten kann. *„Bürgerschaftliches Engagement ist ein konstitutives Element im Kulturbereich“* (Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ 2002a, 167 ff.)

Vor allem die komplexen Kooperations- und Partizipationsstrukturen, die bürgerschaftliche Arbeit wesentlich prägen, ermöglichen umfassende Arbeits- und Funktionsteilung. So können sehr hochwertige arbeits- und kapitalintensive Dienstleistungen und Aktivitäten über längere Zeiträume hinweg auch für größere Personengruppen erbracht werden, was private bzw. häusliche informelle Tätigkeiten nicht leisten können. Geleistete Arbeiten, die dem öffentlichen Wohl dienen (z.B. im sozialen Bereich wie der Altenpflege) sind weiterhin dazu dienlich, das eigene soziale Prestige in der Gemeinschaft und das Vertrauen in der Bürgergesellschaft als Ganzes zu erhöhen (was wiederum auch die individuelle Altersvorsorge sichern zu helfen vermag). Über Arbeitsteilung, Kooperation und ein weites Spektrum unterschiedlicher, sich ergänzender Kompetenzen wird eine hohe Effizienz der eingesetzten Arbeitszeit erreicht (vgl. 2.2.3.2 und 2.2.3.3). Während auf der hauswirtschaftlichen Ebene der direkte private, familiäre und häusliche Bereich angesprochen wird und erst in zweiter Linie die nachbarschaftlichen kommunalen Belange eine Rolle spielen, wird auf der bürgerschaftlichen Ebene gerade der Bereich des Gemeinschaftlichen gefördert.

Neben der bürgerschaftlichen Subsistenzarbeit, die in Gruppen und Organisationen geleistet wird, und die in dieser Studie im Zentrum des Interesses steht, gibt es auch gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit, die von Einzelnen völlig eigenmotiviert und selbstbestimmt verrichtet wird, sei es, dass jemand sich regelmäßig um Obdachlose zu Weihnachten kümmert, in dem sie oder er Kekse oder Punsch zubereitet und diese verteilt, oder sei es, dass Einzelne anderweitig institutionslos gemeinschaftsorientiert arbeiten, indem sie beispielsweise das Klettergerüst auf dem Nachbarspielplatz reparieren. Das Ausmaß dieser gemeinschaftsorientierten Tätigkeiten von Einzelpersonen ist erheblich, aber bisher nicht erfasst und erhoben. Hier besteht noch hoher Forschungsbedarf.

Für unseren Forschungsprozess war es bedeutsam, dass die gemeinschaftsorientierte, kooperative Subsistenzarbeit der Erwerbsarbeit ähnlicher ist als die Eigenarbeit, weil sie wie diese in (wenn auch minder formalisierten) Organisationen angesiedelt ist und ein höheres Maß an verbindlicher Selbstverpflichtung und Kooperation benötigt. So lassen sich Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit vergleichend gegenüberstellen und in ihren komplementären Aspekten herausarbeiten. Außerdem hat ‚soziale Bürgerarbeit‘ eine wichtige mittelbare Funktion bei der Bewältigung der strukturellen Arbeitslosigkeit, indem sie nicht nur sinnvolle Arbeit bietet und leistet, sondern auch dazu beiträgt *„Menschen Sinn und Integration zu vermitteln und die Pluralisierung der sozialen Sicherung zu fördern“* (Hradil 2001, 649). Bürgerarbeit prägt den städtischen Sozialraum durch Kooperation und organisiert sich in Institutionen – bürgerschaftlichen Einrichtungen – die damit eine eigenständige Subsistenzinfrastruktur der Stadt bilden. Der Aufbau von Solidaritätsnetzwerken, Kooperations-, Kommunikations- und Partizipationsstrukturen ist dabei ein zentrales Anliegen bürgerschaftlicher Aktivitäten. *„Subsistence activities, with their emphasis upon local production and consumption, enhance social relationships within a local community“* (Government of Japan 1992, 2). Die Zweckbestimmung richtet sich in der Regel auf größere Personengruppen, und es findet sich meist eine themen- bzw. gruppenspezifische Angebotsorientierung, häufig mit lokalem Bezug – gegenüber dem Bereich der Eigenarbeit, der sich häufig in einem eher engeren orts- und personen(gruppen)spezifischen Bezug findet – wie z.B. der Lebensraum und die soziale und räumliche Mobilität einer Person oder Kleingruppe (wie einer Familie).

Die selbstbestimmte Bürgerarbeit ist gemeinschaftsorientierte Arbeit für die Probleme und Bedarfslagen der Bürger, die diese allein nicht befriedigen bzw. lösen können. Die bürgerschaftlichen Einrichtungen schaffen vor allem Gelegenheiten zu Erfahrungsaustausch und Selbsthilfe, Kommunikation und Vernetzung, Beratung und Information, Begleitung, Betreuung und Pflege, Bildung und Qualifikation, Integrationshilfe und kulturelle Identität, wie das Verteilungsbild aus der Kölner Gesamterhebung anschaulich macht:

In welchem Sinn sie dadurch die allgemeine Wohlfahrt erhöhen, wird in Kapitel 2.2.3 vertieft behandelt. Die Einrichtungen bieten den Nutzern Räume, Kommunikation, Kooperation, Information, Partizipation, Soziale Sicherung, Fürsorge. *Hier noch einmal das Stuttgarter Beispiel:*

- *Räume:* Von 23 % der Einrichtungen im Stuttgarter Westen werden Räume für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt, von 15 % Cafés, Gemeinschaftsräume, Treffpunkte, von 10 % Werkstätten, von 8 % Gesprächs- und Arbeitsräume, von 8 % Räume für Kin-

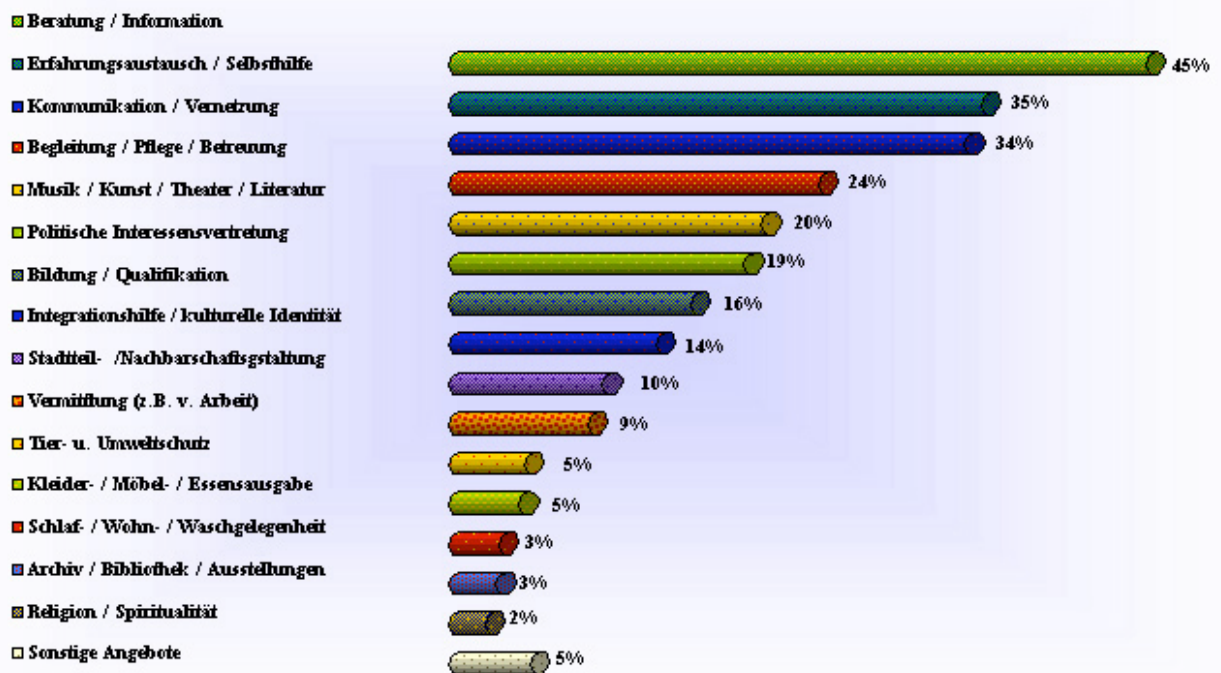
der, von 4 % Spielplätze, von 4 % Proberäume, von 3 % Wohn- und Schlafräume, von 3 % Ausstellungsräume, von 2 % Ateliers.

- **Kommunikation:** 25 % der Einrichtungen ermöglichen Erfahrungsaustausch, 21 % Vorträge und Lesungen, 20 % Gesprächskreise und Diskussionsrunden, 17 % Konferenzen, Tagungen, Workshops, 13 % Rundbriefe und 2 % Telefonketten.
- **Kooperation:** 19 % fördern in Selbsthilfe in besonderem Maß, 18 % Netzwerke, 13 % Arbeitsgruppen, 6 % vermitteln Kooperation, 6 % dienen Nachbarschaftsprojekten, 3 % sind Nahrungsmittelkooperative.
- **Information und Bildung:** 29 % erstellen und verteilen Informationsbroschüren und andere Publikationen, 22 % machen Informationsveranstaltungen, 19 % Plakataktionen und Informationsstände, 19 % gewähren Beratung, 11 % sind besonders in der Kinder- und Jugendförderung tätig, 10 % veranstalten Ausstellungen und Dokumentationen, 9 % Aus- und Weiterbildungskurse, 7 % bieten ein Infotelefon, 5 % Recherchedienste.
- **Partizipation:** 10 % veranstalten Bürger- und Nachbarschaftsfeste, 8 % Theater, Kunst, Musik, Literatur, 7 % interkulturelle Projekte und Aktionen, 5 % versenden Bürgerbriefe und Unterschriftenlisten, 4 % widmen sich dem Tierschutz oder Umweltschutz, 2 % Friedensinitiativen.
- **Fürsorge:** 12 % bieten Betreuung und Begleitung, 4 % Pflege, 4 % Suchtberatung und -prävention, 3 % geben Kleider und Sachmittel, 2 % Schlaf- und Waschgelegenheit, 1 % Essensausgabe, 1 % Nord-Süd-Kooperation.

Man ersieht aus dieser bunten Aufzählung vor allem eines: Bereitgestellt werden soziale Dienste und Gelegenheiten, und sie alle erfüllen Bedarfe, die vom Markt nicht oder nicht zu erschwinglichen Preisen gedeckt werden. Das geht auch aus den Antworten auf gezielte

Angebote bürgerschaftlicher Einrichtungen
100 % = alle für Köln erfassten bürgerschaftlichen Einrichtungen

ABB. 4



Fragen hervor. Gefragt, ob vergleichbare Leistungen auch von anderen Einrichtungen erbracht werden als der ihren, sagten 58 % ja, aber von diesen meinten nur 14 % marktwirtschaftliche Angebote, die übrigen bezogen sich auf andere bürgerschaftliche oder kommunale Einrichtungen, und wenn sie an Marktleistungen dachten, so betrachteten sie diese nicht als Konkurrenz.

Das wird durch die Kölner Erhebungen bestätigt (Abb. 5). In Frage 8 des Fragebogens wurde danach gefragt, ob vergleichbare Leistungen auch von anderen Einrichtungen erbracht werden. In 192 Fällen wurde dies bejaht. In 44 Fällen wurde angegeben, dass eine Konkurrenzsituation zwischen der eigenen Einrichtung und einem Alternativenbieter besteht. Näher erläutert wurde die bestehende Konkurrenzsituation in 38 Fällen. Danach beruhen bestehende Konkurrenzverhältnisse im wesentlichen auf der Konkurrenz um Finanzierungen und Fördergelder (26 Nennungen). Nur 10 Nennungen lassen auf eine Konkurrenz um die Nutzer schließen.

Insgesamt weisen die Untersuchungsergebnisse darauf hin, dass das Thema Konkurrenz für den größten Teil der befragten Einrichtungen keine oder nur eine untergeordnete Rolle zu spielen scheint. Wenn, dann wird vor allem um die Akquisition von Fördergeldern konkurriert (auch das Konkurrieren um Nutzer und Besucher, die ja unter anderem benötigt werden um Fördergelder akquirieren zu können, lässt sich in diesem Kontext verstehen). Dieses ist vor dem Hintergrund der immer knapper werden den öffentlichen Mittel und des engen finanziellen Rahmens, in dem die meisten Subsistenzeinrichtungen wirtschaften müssen, nicht weiter verwunderlich. Im Verhältnis zu den anderen Einrichtungen, die gleiche oder ähnli-

Werden vergleichbare Leistungen auch von anderen Einrichtungen erbracht?

100 % = alle befragten bürgerschaftlichen Einrichtungen

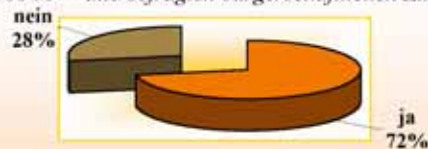
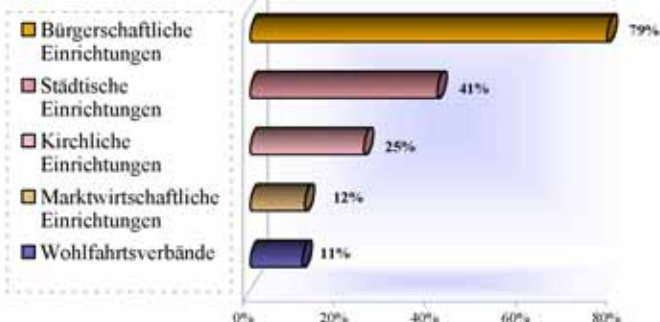


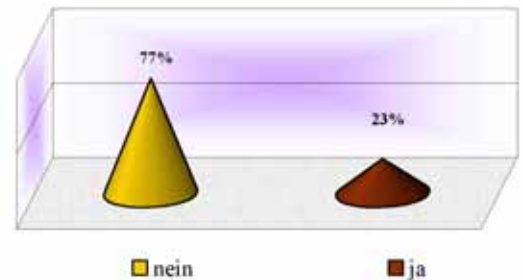
ABB. 5

Die Prozentangaben in den unteren beiden Grafiken beziehen sich auf die Anteile derjenigen, die angegeben haben, dass vergleichbare Leistungen auch von anderen Einrichtungen erbracht werden (100% entsprechen 72% aller befragten Einrichtungen).

Durch welche Art Einrichtungen?



Werden die anderen Anbieter als Konkurrenz empfunden?



che Angebote und Leistungen anbieten, überwiegen demgegenüber eher Kooperationsverhältnisse. Lediglich im Verhältnis der kleinen zu den großen Institutionen scheint Konkurrenz ein Thema zu sein. So wurde mehrmals erwähnt, dass die größeren Institutionen nicht kooperativ seien und von daher eine ‚künstliche‘ Konkurrenzsituation schafften.

Über den Markt sind die Leistungen, um die es hier geht, für einen großen Teil der Stadtbevölkerung zu teuer, und wenn sie durch Rationalisierung verbilligt würden, so verlören sie ihr wichtigstes Qualitätsmerkmal, die Zeit für Zuwendung, die bei marktwirtschaftlich kalkulierenden Anbietern sehr teuer bezahlt werden muss.

Vor allem aber zeichnet sich die Qualität der bürgerschaftlich erbrachten Leistungen durch ihren Ursprung aus intrinsischer Motivation aus, welche sich nicht durch die extrinsische Entlohnung mit Geld ersetzen lässt (vgl. 2.2.3.1). Im Gegenteil, nur die Freiwilligkeit der Leistungen ermöglicht die personenbezogene Qualität der Arbeit. Auch ist bei einem großen Anteil der Leistungen der offene Zugang, ohne monetäre Inwertsetzung und damit verbundener ‚Bezahlungskultur‘ für das NutzerInnenverhalten relevant. Die Spontanität der Inanspruchnahme der Leistungen führt zu einem völlig anderem NutzerInnenverhalten, als dies beim Einkaufen im Supermarkt geschieht, wo die Leistung direkt durch den Verkauf abgegolten wird. So kommt es aber im bürgerschaftlichen Bereich zu mittelbaren Tauschbeziehungen, und soziale Verbindlichkeiten und Kooperationsbindungen werden erzeugt, eine Integration der NutzerInnen ebenso wie der Anbietenden im gemeinschaftlichen Subsistenzsektor erfolgt im Geleit.

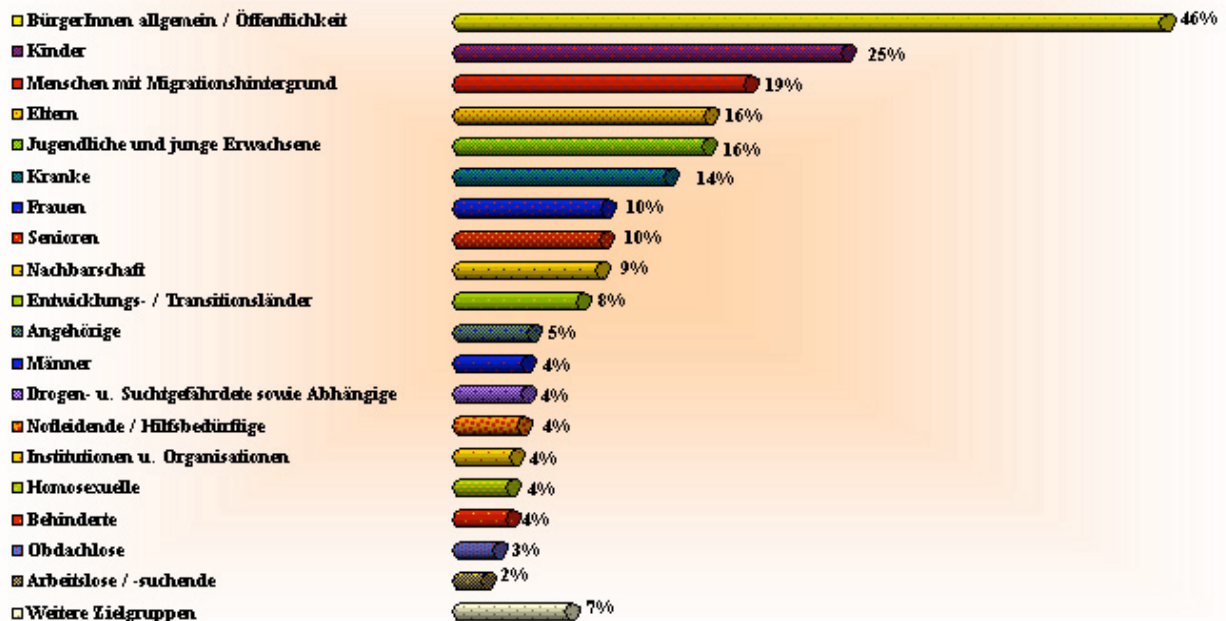
2.2.2.3 *Der Beitrag zur Infrastruktur*

Insgesamt ist das Spektrum der erbrachten Leistungen aus dem bürgerschaftlichen öffentlichen Subsistenzbereich enorm. Es werden eigentlich alle Bevölkerungsgruppen erreicht, besonders auch jene, welche sonst häufig unter Randgruppen und Minoritäten subsummiert und gesellschaftlich wenig wahrgenommen werden. Dies wird deutlich, wenn man sich die Zielgruppenorientierung der Einrichtungen vor Augen führt, siehe Abb. 6, Beispiel Köln.

Schaut man dann noch einmal auf die Angebotspalette (Abb. 4), wird unabweisbar, dass besonders dort, wo die marktlichen Versorgungsstrukturen aus mangelndem ökonomischen Interesse gar nicht erst auf den Plan treten, die Versorgungsinfrastruktur der urbanen Subsistenz zum Tragen kommt. Eine besondere Leistung des städtischen Selbstversorgungssektors ist dabei, dass quartiersräumliche Spezifika wie Alters- und Sozialstruktur der Bewohner deren besondere Interessen, Probleme und Bedürfnisse sich in den Angeboten der bürgerschaftlichen Einrichtungen direkt widerspiegeln. Dementsprechend hat jedes Quartier sein eigenes Profil an selbstbestimmter Bürgerarbeit. Im Stuttgarter Westen finden sich z.B. relativ mehr Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Eltern (vergleiche Abb. A 18 im Anhang) und es werden relativ häufiger Beratung, Betreuung, Qualifikation und Selbsthilfe in kulturellen und künstlerischen Fragen angeboten als in der Gesamtstadt (vergleiche Abb. A 19 im Anhang). In Berlin-Friedrichshain sind die Angebote besonders auch an Alleinerziehende gerichtet, kulturelle und politisch-partizipative Einrichtungen sind hier relativ häufiger, was dem hohen Anteil von StudentInnen und jungen Erwachsenen entspricht.

Zielgruppen bürgerschaftliche Einrichtungen

100 % = alle für Köln erfassten bürgerschaftlichen Einrichtungen



N= 996

Dass auf diese Weise die Attraktivität innerstädtischer gemischter Quartiere zunimmt, was sich z.B. in den relativ hohen Zuzugsraten der ostberliner Stadtteile Friedrichshain, Mitte und Prenzlauer Berg zeigt, wird über die Stadtentwicklungspolitik und städtische Wirtschaftspolitik bisher nur unzureichend rezipiert. Aber es ist zumindest in Berlin wenig umstritten, dass im Zuge der ‚Eroberung‘ der ostberliner Stadtteile Beginn der 1990er Jahre durch junge ‚alternative‘ Erwachsene eine grosse Zahl an gastronomischen Marktunternehmen nachzogen, und heute an der Grenze zwischen Friedrichshain und Kreuzberg sich ‚Mediaspree‘ entwickelt, MTV und Universal-Musics, sowie eine rasant steigende Zahl von Dienstleistern im Bereich Film, Musik und Kultur, Design investiert und den Standort auch marktwirtschaftlich anreichert. Ohne die bürgerschaftlichen Pioniere – die Freaks und Punks, die jungen Kreativen, die Bohèmeiens und Entrepreneurs – wären diese städtischen Standorte nicht in so kurzer Zeit erschlossen worden. Und dass heute diese Stadtteile als besonders kinderfreundlich gelten, ist primär eine Leistung der hohen Zahl von Kindertagesstätten und Jugend- und Kindereinrichtungen aus bürgerschaftlichem Engagement.

Über den Umfang bürgerschaftlicher Subsistenz werden städtische Standorte, Stadtquartiere und die unmittelbare Nachbarschaft der Menschen aufgewertet. Die Lebensqualität und die Angebotsvielfalt wird in städtischen Räumen deutlich erhöht und es werden städtische Lagen für Menschen, für demokratische zivilgesellschaftliche Austauschprozesse und Beziehungsnetze, und in der Folge für marktliche Unternehmen attraktiv und zukunftsfähiger.

Bürgerschaftliche Einrichtungen schaffen eine eigene urbane Infrastruktur, die mit den marktlichen und kommunalen Institutionen zusammen wirkt. Mittels ihrer dichten Beteiligungsstrukturen und flachen Hierarchien, dem selbstorganisierten, solidarischen und bedarfsorientierten Charakter des bürgerschaftlichen Engagements stellen bürgerschaftliche Ein-

richtungen quasi die ‚Unternehmen der Bürgergesellschaft‘ dar. So werden in der Bürgergesellschaft wesentlich die Grundlagen von Demokratie und Kooperationsfähigkeit, von soziokultureller Anpassungsfähigkeit, Integration, Partizipation, Kooperation und kultureller wie sozialer Innovation gebildet (vgl. Hall & Pfeiffer 2000, 24.). Diese Potentialität sozialer und kultureller Werte wird häufig mit dem Begriff des ‚Sozialen Kapitals‘ umschrieben (Coleman 1988; Putnam 1993). *„Darüber hinaus stiftet soziales Kapital sozialen Frieden, weil Regeln, Normen und Werte eine Kultur der Konfliktregulierung und Kompromissfindung begründen sowie Verfahrensweisen der Teilhabe am öffentlichen Leben hervorbringen.“* (Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ 2002, 414).

Zwar muss die begriffliche ‚Kapitalisierung‘ sozialer Beziehungen mit Vorsicht verwendet werden, damit sie nicht nahelegt, gleiche oder ähnliche Kausalzusammenhänge für Handlungen und Kooperationen wie bei denen des Marktes zu vermuten. Aber über die Begrifflichkeit wird deutlich, dass eine Wertschöpfung über soziokulturelle Beziehungsmuster entsteht, die durchaus dem monetären Kapital gegenüber steht, ja eigentlich von diesem nicht getrennt werden kann. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass es auch in den industrialisierten Ländern einen leistungsfähigen ökonomischen ‚Apparat‘ gibt, der eben nicht monetär- sondern motivations-, sinn- bzw. bedarfsgesteuert dynamisiert wird, und auf den nicht verzichtet werden kann. Und dies deshalb, weil er in komplementärer, wechselseitiger Ergänzung und Bereicherung zu den üblicherweise als produktiv anerkannten marktlichen und staatlichen Strukturen steht. Umgekehrt aktiviert und stärkt soziales Kapital wieder die Bürgergesellschaft, und reichert sich so, wenn ausreichend gefördert und nicht einseitig übernutzt, immer weiter an. *„Wie auch konventionelles Kapital tendiert Sozialkapital dazu, sich immer mehr zu akkumulieren ... Die meisten Formen von Sozialkapital [sind] Ressourcen, deren Angebot im Laufe der Nutzung steigt statt zu sinken und das sich erschöpft, wenn es nicht genutzt wird. Je mehr zwei Menschen sich aufeinander verlassen, desto größer wird ihr gegenseitiges Vertrauen ... Auch andere Formen von Sozialkapital wie soziale Normen und Netzwerke nehmen mit der Nutzung zu und sie nehmen ab, wenn sie brach liegen.“* (Putnam 1993, 167-170, in: Hall & Pfeiffer 2000, 246).

Putnam hat 1995 anhand von Fallstudien eine Analyse vorgelegt, die immer noch eine zentrale Säule der Debatte um Zivilgesellschaft und soziales Kapital bildet. Ihr zufolge verschaffen horizontal strukturierte Netzwerke gleichberechtigt kooperierender Gesellschaften sozioökonomische Vorteile gegenüber hierarchisch strukturierten Systemen. *„Der Begriff ‚Sozialkapital‘ umfasst Merkmale des gesellschaftlichen Lebens (wie Netzwerke, Normen, Vertrauen), die die Menschen befähigen, gemeinsam effektiver zu handeln und gemeinsame Ziele zu verfolgen. Ähnlich dem konventionellen Kapital für den konventionellen Kreditnehmer dient Sozialkapital als eine Art Sicherheit, steht aber auch jenen zur Verfügung, die keinen Zugang zu normalen Kreditmärkten haben. Da diese Menschen über keinerlei materielle Vermögenswerte verfügen, die als Sicherheiten dienen könnten, verpfänden sie im Grunde ihre sozialen Beziehungen. So kann Sozialkapital das Kreditwesen in den Gemeinschaften ausdehnen und die Effizienz, mit der die Märkte dort arbeiten, erhöhen“* (ebenda, 245f.).

Es sollte aber anerkannt werden, dass es eine Vielzahl von Überschneidungen zwischen Gemeinschaftsorientierung und Individualinteressen gibt, man kann hier auch von mittelbaren Tauschverhältnissen sprechen. Denn wenn Arbeit in gemeinschaftliche Ressourcen wie soziales Kapital einfließt, wird dieses gestärkt und trägt umgekehrt auch wieder den sozialen Kontext des Einzelnen, bettet ihn quasi in die Bürgergesellschaft ein (*„Bürgerschaftliches Engagement entwickelt sich pfadabhängig, d.h. einmal entwickelte Formen werden aufgegriffen und umgestaltet, neue kommen hinzu“* (Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘, 2002, S. 399), *und fördert die eigene soziale Sicherheit. Und obwohl „ein spezielles Merkmal von Sozialkapital ... darin [besteht], dass es meist ein öffentliches Gut darstellt, während konventionelles Kapital meist Privatgut ist“* (ebenda, 246), kann öffentliches Kapital natürlich dem privaten Nutzen dienen.

Das soziale Kapital der Bürgergesellschaft bilden soziale Netzwerke. Mit dem Begriff des sozialen Netzwerks werden kooperative soziale Beziehungen als Ressourcen zu entweder gemeinsamer oder individueller Zweckverfolgung begriffen: *„Netzwerke sind das Ergebnis einer Vielzahl individueller Entscheidungen, die aber wieder teilweise von den Gelegenheitsstrukturen für bestimmte Kontakte im jeweiligen Kontext abhängen“* (Pappi 2001, 612, siehe auch Coleman 1995). Innerhalb dieser Netzwerke bilden bürgerschaftliche Einrichtungen als Plattformen gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit zentrale Knotenpunkte und Katalysatoren. Sie schaffen und bilden auf diese Weise eine eigene Infrastruktur – die Infrastruktur der urbanen Subsistenz.

Infrastruktur wurde in der Literatur lange mit dem Begriff der Infrastruktur die bauliche und technische Infrastruktur gleichgesetzt. Heute wird der Infrastrukturbegriff weiter und komplexer verstanden. Nach Scheele ist unter Infrastruktur die Gesamtheit *„der materiellen, institutionellen und personellen Anlagen, Einrichtungen und Gegebenheiten, die den Wirtschaftseinheiten im Rahmen einer arbeitsteiligen Wirtschaft zur Verfügung stehen“* (Scheele 1993 28) zu verstehen. Wir fassen hier die rechtlichen, institutionellen und personellen Infrastrukturen erweitert unter dem Begriff der immateriellen Infrastruktur zusammen. Dieser deutet schon daraufhin, dass für die Sicherstellung einer dauerhaften und erfolgreichen sozioökonomischen Ordnung viel weitreichendere Voraussetzungen benötigt werden, als nur materielle Versorgungssicherheiten. Wie bereits zuvor eingeleitet wurde, bildet und entwickelt die öffentliche gemeinschaftsorientierte Subsistenz besonders immaterielle – institutionelle und personelle – Infrastrukturen und befördert hierüber vor allem immaterielle Güter – Dienstleistungen, Wohlbefinden, Sinnfindung, im weitesten Sinne Wohlstand.

Wir haben die infrastrukturellen Beiträge zur Stadt über die Netzwerkbeziehungen zwischen den bürgerschaftlichen Einrichtungen visualisiert. In Mental Maps wurden von 25 Einrichtungen in Berlin-Friedrichshain und von 10 weiteren in Stuttgart ihre bestehenden institutionellen Kooperationen eingezeichnet. Weiterhin wurden das Haupteinzugsgebiet ihrer NutzerInnen (unterschieden zwischen einem inneren und einem äusseren Einzugsgebiet), sowie besondere (öffentliche) Räume und Flächen, die im Quartier mitgenutzt – aktiviert – werden, dargestellt. In Ergänzung hierzu wurden noch Gebäude und Flächen im öffentlichen

Raum markiert, die optional für zukünftige Nutzungen gewünscht würden – sofern dies kommunal, bezirklich oder über die Eigentümer ermöglicht würde.

2.2.2.4 Ein Beispiel: ‚Das Haus – Begegnungsstätte für Kindheit e.V.‘

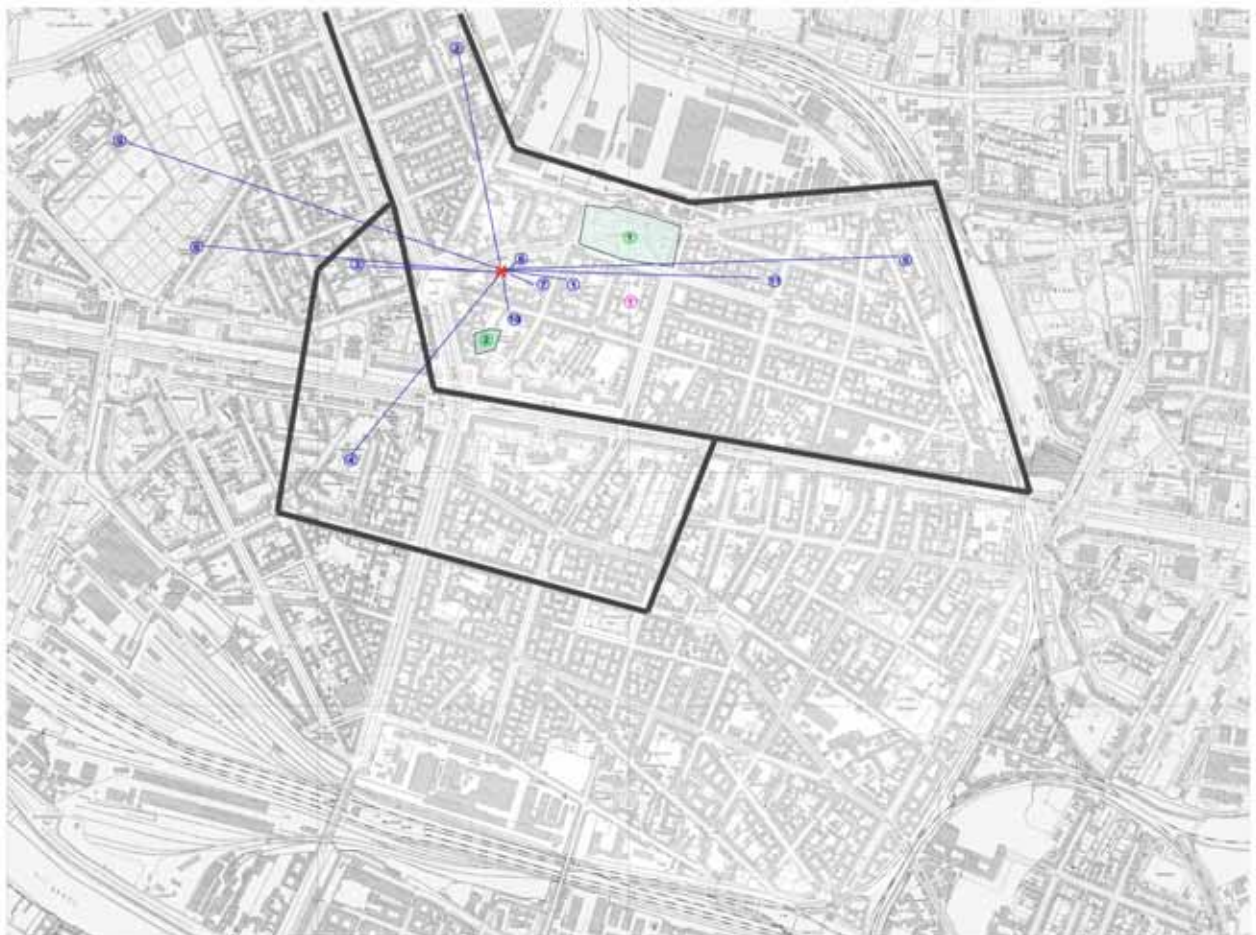
Beispielhaft werden im folgenden die Angebote und infrastrukturellen Leistungen einer Friedrichshainer bürgerschaftlichen Einrichtung mit ihren räumlichen, baulichen und institutionellen Rahmenbedingungen dargestellt. ‚Das Haus‘ hebt sich schon durch seine bunte und phantasiereiche Bemalung von seiner Umgebung im Nordosten des Friedrichshainer Quartiers deutlich ab. Im Zentrum der Arbeit steht das Thema ‚Kindheit‘, die kreativen Angebote sind durch Spiel und Kunst bestimmt. Das Interview, während dem die Mental Map gezeichnet wurde, fand am 9.10.02 statt; außer der Geschäftsführerin der Einrichtung, Frau Bosse, nahmen noch zwei weitere Mitglieder der Einrichtung an ihm teil.

ABB. 7

MENTAL MAP

BERLIN - FRIEDRICHSHAIN : BOXHAGENER - / SAMARITER - QUARTIER

Das Haus - Begegnungsstätte für Kindheit e.V.



LEGENDE:

X Standort der Einrichtung

① weitere Räumlichkeit, zugehörig zur Einrichtung

① kooperierende Einrichtung/ Institution

① Flächen und Infrastrukturen, die von der Einrichtung genutzt werden

① Flächen und Infrastrukturen, die von der Einrichtung gerne genutzt würden

① Einzugsgebiet der NutzerInnen der Einrichtung

① Region besonderer Aktivität

① Netzwerk urbaner Subsistenz

Hervorgegangen aus einem anfangs kleinen pädagogischen Projekt bei einer Hausbesetzung an anderer Stelle im Quartier, besuchen zehn Jahre nach Vereinsgründung rund 10 000 Kinder und Jugendliche jährlich ‚Das Haus‘. So hat die Begegnungsstätte für Kinder und Jugendliche sich in der soziokulturellen Kinder- und Jugendarbeit zu einem Vorzeigeprojekt des Stadtteils entwickelt, und ist ein wichtiges, stark nachgefragtes Zentrum für Familien mit Kindern innerhalb des Stadtteils.

Für die Standortwahl innerhalb des Quartiers waren sowohl infrastrukturelle wie auch sozialräumliche Gründe Ausschlag gebend. Der Weidenweg als wichtige verbindende Straße ist direkt erreichbar, dabei aber nicht zu stark befahren. Über die Anbindung an den ÖPNV (Karl-Marx-Allee, Petersburger Strasse) ist eine gute Erreichbarkeit gewährleistet. Die im Nordwesten des Quartiers gelegene Einrichtung ist von Kindern gut zu Fuß erreichbar. Das quartiersnahe Einzugsgebiet umfasst die Gegend östlich des Bersarinplatz, nördlich der Frankfurter Allee und südlich der Eldenaerstraße (siehe Abb. 7). Die zweiminütige Laufzeit zum Abenteuerspielplatz am Forckenbergplatz (aktivierte Fläche 1 in der Mental Map) sowie zu einem kleineren weiteren Spielplatz neben dem Seniorenheim an der Liebigstr. (aktivierte Fläche 2), die beide von der Einrichtung – zusätzlich zum eigenen kleinen Garten und Hof – bespielt werden, ist günstig. Im näheren und mittleren Umfeld liegen viele Kindertagesstätten und Schulen, mit denen ‚Das Haus‘ zusammenarbeitet.

Das kompakte fünfgeschossige gründerzeitliche Hinterhaus ist nach umfangreichen Sanierungs- und Umbauarbeiten in einem guten Zustand. Es beherbergt neben der Einrichtung ‚Das Haus‘ zehn weitere bürgerschaftliche und gewerbliche Institutionen, und hat besonders auch aufgrund der Raumangebote für andere Einrichtungen eine wichtige Schlüsselfunktion für die quartiersnahe städtische Selbstversorgung. Die baulichen Voraussetzungen spielen für ‚Das Haus‘ eine besondere Rolle, weil ein entscheidender Anteil der erbrachten Leistungen aus räumlichen Angeboten besteht und - auch gemäß des Selbstverständnisses - alle Aktivitäten der Einrichtung im Rahmen und unter genauer Berücksichtigung ihrer spezifischen räumlichen Situation entwickelt werden. (Für einen Eindruck der Räumlichkeiten siehe: <http://520088559228-0001.bei.t-online.de>.) Bevor der Verein seinen heutigen Standort hatte, litt er aufgrund wachsender Nachfrage bis 1992 unter zunehmenden räumlichen Einschränkungen. So gesehen hat die Einrichtung – vom ehemals selbst ausgebauten besetzten Haus zu einem Vorzeigeprojekt des Stadtteils – eine auch baulich überaus positive Entwicklung genommen. Dazu gehört etwa, dass heute die alten Risiken durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse noch während der Umbauphase längst vorbei sind. Im Wesentlichen ist das Haus heute in einem Zustand, der entsprechend den eigenen Arbeitsanforderungen umgebaut worden ist. 680 qm Raumfläche des Hauses entfällt auf die Eigennutzung; rund 300 qm sind in Fremdnutzung durch die anderen, im selben Gebäude tätigen Institutionen.

Seine besonderen räumlichen Angebote bilden den Kern der Arbeit von ‚Das Haus‘. Die Einrichtung spricht von einem ‚betreuten Raumangebot‘, das sie für Kinder, Jugendliche, deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigten sowie andere Interessierte und Institutionen anbietet. Regelmäßig finden im Rahmen des Konzeptes ‚Begegnungsstätte für Kindheit‘

Fremdveranstaltungen in Räumen von ‚Das Haus‘ statt. Mit Blick auf die inhaltliche Arbeit versteht ‚Das Haus‘ öffentlich zugängliche, variable ‚Kommunikationsräume‘ – so zum Beispiel das u.a. als Galerie und Treffpunkt dienende Café im Erdgeschoss – als die Arbeitsbereiche verbindende Elemente. Es will vor allem Raum für kreative Freizeitgestaltung geben. Hierzu zählt z.B. das freie Spielen, etwa von Kindern aus der Nachbarschaft, wofür ‚Das Haus‘ öffentlich zugängliche Räumlichkeiten bereit stellt.

Betrachtet man, neben den räumlich-baulichen Angeboten, das Dienstleistungsangebot, wird ein überaus breites Angebotsspektrum erkennbar. Dazu zählen Kurse für Interessierte in den Bereichen Theater, bildende Kunst, Musik und Tanz; offen nutzbare betreute Computer- und Keramikwerkstätten, offene, nicht kursgebundene Aktivitäten wie Basteln und schauspielerisches spielen. Das ‚Kinderbüro‘ gibt mit einer festen Redaktionsgruppe von Kindern regelmäßig die Stadtteilzeitung F-times heraus (www.dashaus-ftimes.de). Zudem bietet ‚Das Haus‘ Lesungen und Diskussionen zu Aspekten von Kindheit sowie zu unterschiedlichsten Themen an, als auch psychosoziale Beratungen für Eltern und Jugendliche. Die Angebote werden überwiegend innerhalb der eigenen Räumlichkeiten geleistet, dabei primär für wechselnde BesucherInnen, aber auch für feste Gruppen. Einzelne Aktivitäten spielen sich draußen, auf zwei umliegenden Freiflächen und auf dem eigenen Hofgrundstück ab. Eine sinnvolle Ergänzung finden diese Angebote in den Dienstleistungen und Tätigkeiten der übrigen im Haus ansässigen Einrichtungen, von denen die meisten ebenfalls kreative Angebote für Kinder und Jugendliche organisieren. Eine weitere wichtige inhaltliche und politische Arbeit als auch Kooperation stellt die Beteiligung innerhalb der Sozialraum-AG 6 dar, deren Sprecherin die Geschäftsführerin von ‚Das Haus‘ ist. Nach § 78 KJHG arbeiten in ganz Berlin öffentliche und freie Träger im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit gegliedert nach einzelnen Sozialräumen zusammen, um ihre Arbeit zu koordinieren und auch etwa politische Positionen zur Optimierung ihrer Tätigkeiten zu erarbeiten. Die Sozialraum-AGs stellen wichtige Instanzen der sozialräumlichen Kooperation und Kommunikation in der Kinder- und Jugendarbeit Berlins dar. Der Teilbezirk Friedrichshain umfasst die Sozialraum-AGs 5 bis 7.

Einschränkungen für die Arbeit resultieren aus Problemen der finanziellen Unterhaltung. Dies meint neben quantitativen Fragen der finanziellen Förderung, ebenso die entsprechende Gesetzeslage und die daraus resultierenden Zuwendungsbeschränkungen und die Praxis der Mittelvergabe. Das „Bausteinprinzip“ unterschiedlicher kombinierter Förderquellen kann diese Abhängigkeiten nicht überwinden, und erhöht zudem den administrativen Aufwand. Die Einrichtung hängt größtenteils von öffentlichen Förderungen ab, die im übrigen wegen ihrer mangelnden Kontinuität und umständlichen Beantragung kritisiert werden. Gleichzeitig wird eine mangelnde Kenntnis über die inhaltliche Arbeit der Einrichtungen auf Amtsseite bemängelt. Einsparungsentscheidungen auf Bezirksebene haben zur Folge, dass ‚Das Haus‘ in den Räumen seines Standortes nun ein fremdes Jugendprojekt aufnehmen muss, wodurch Raumengpässe befürchtet werden. Was die finanziellen Zuschüsse und die Anzahl hauptamtlicher MitarbeiterInnen betrifft, erwiesen sich die letzten Jahre als verhältnismäßig konstant. Auf diese Weise ist ‚Das Haus‘ am jetzigen Standort über die Jahre fest etabliert

und hat eine Stabilisierung des Angebotes mit einer Steigerung der Dienstleistungskapazität erreicht.

„Das Haus“ verfügt über ein weiträumiges externes Netzwerk, welches vor allem Schulen und Kindergärten umfasst (Kennzahlen 1 bis 12 in der Mental Map, vergleiche hierzu die Legende des institutionellen Netzes von „Das Haus“ im Anhang) und ein nahräumliches Netz, welches die Kooperationen auf dem eigenen Gelände einschließt. Dabei bildet verbindet das zentrale Themenmotiv „Kindheit und Jugend“, um das sich die Kooperationen bilden; entweder thematisch-inhaltlich in der gemeinsamen Kooperation im Angebot oder über die Zielgruppen. Zusätzlich erfolgen temporäre Mitnutzungen durch Kindergarten- gruppen oder Schulklassen für spezielle Projektstage oder –wochen, die „Das Haus“ in regelmäßigen Abständen besuchen. Neben den externen Zielgruppen über die räumlichen Angebote ist der Kreis der den Bau mitnutzenden haus-internen Kooperationspartner zu nennen, für die „Das Haus“ die gesamten baulich-technischen Infrastrukturen bereit stellt. Die – teils informellen – gemeinschaftlichen Ressourcennutzungen von „Das Haus“ und seinen Kooperationspartnern, den im selben Gebäude als Untermieter ansässigen Nachbarinstituti- onen, den Hausnachbarn oder Mitnutzern, von denen rund die Hälfte nicht-gewerbliche Ar- beit leistet, sind von erheblicher Bedeutung für die Unterhaltung des Gebäudes. Die Mitnut- zer sind in der Mental Map durch die Kennzahlen 12 bis 23 ersichtlich, die zugehörige Le- gende kann im Anhang (siehe oben) eingesehen werden. Zusätzliche werden auch Veran- staltungsräume und Technik (z.B. Video, Ton- & Lichttechnik) vermietet. Die als ‚kooperie- rend‘ eingezeichneten Einrichtungen wurden von den Probanden als die wichtigsten angese- hen, einige Kooperationspartner ausserhalb des Kartenblattes, besonders fernere Schulen, wurden jedoch nicht markiert.

Die Darstellung des Einzugsgebietes gibt die quartiersräumliche Präsenz für den ‚freien‘ spontanen Besuch der Institution aus der Nachbarschaft wieder. Die Präsenz der Einrichtung reicht jedoch über das Quartier hinaus auf den gesamten Stadtteil und auch auf die angren- zenden Stadtteile. Das engere Einzugsgebiet umfaßt den Nordkiez; es wird nördlich des Standortes durch den S-Bahn-Ring begrenzt, reicht westlich einige hundert Meter über die Quartiergrenze hinaus, südlich stimmt es mit der Quartiergrenze überein und umfaßt nach Süden den Teilbereich bis in Höhe des zentralen Boxhagener Platzes. NutzerInnen kommen zumeist aus der oberen Hälfte des Einzugsgebiets, wobei ein engerer stadtteilräumlicher Kreis den Kindern unter 16 Jahren entspricht; ein weiteres Einzugsgebiet entspricht den or- ganisierten Besuchsgruppen, z.B. Schulklassen (siehe Mental Map, Abb. 7). Neben selbst- ständig „Das Haus“ besuchenden Kindern und Jugendlichen aus der Nachbarschaft sind die Besucher vor allem Gruppen aus Kitas und Klassen von unterschiedlichen Schulen aus ganz Friedrichshain. Hier muss ein erweitertes Einzugsgebiet, welches nicht aus der Mental Map hervorgeht, differenziert werden. Das eingezeichnete Einzugsgebiet definiert lediglich die Nordhälfte des Quartiers, d.h. überwiegend fußläufige Erreichbarkeit von den umliegenden Wohnhäusern, Kitas und Schulen.

Die Einrichtung arbeitet im Vergleich zu vielen anderen bürgerschaftlichen Einrichtungen, insgesamt unter günstigen Infrastrukturvoraussetzungen und kann durchaus als ein Vorzeiprojekt behandelt werden. Sowohl was die stadträumlichen als auch die baulichen Gegebenheiten angeht, verfügt die Einrichtung über günstige Voraussetzungen für ihre Arbeit. Es besteht eigentlich kein Raummangel. Herausforderungen ergeben sich hier aus den vermehrt gemeinschaftlichen Raumnutzungen zusammen mit anderen Projekten unter dem Dach von ‚Das Haus‘. Dieser Prozess bedarf der Unterstützung. Die noch junge Institution hat ein bereits deutlich ausgeprägtes infrastrukturelles Gleichgewicht gefunden: Ihrem festen externen Kooperationsnetzwerk steht intern ein nicht minder komplexer Zusammenhang von institutionellen Mitnutzern gegenüber. Auf dieser Basis entfaltet ‚Das Haus‘ bei eher konstanter Alimentation eine außerordentlich hohe Produktivität an kultureller Bildung und Betreuung (10 000 NutzerInnen jährlich). Die subsistenzwirtschaftliche Verfassung dieser bürgerschaftlichen Einrichtung zeigt sich nicht zuletzt in ihrer Offenheit für das Eingehen von dezidiert zielgruppen- und angebotsorientierten Kooperationsformen mit fremden Projekten bei der Raumnutzung.

Schon über die Betrachtung der Leistungen von ‚Das Haus‘, der institutionellen Vernetzungen, der Angebotstypen und Zielgruppen, wird klar, dass hier wichtige Bereicherungen der Alltagsversorgung, wie auch der baulich-räumlichen Infrastruktur des Quartiers erzielt werden. Mit der über den Stadtteil hinaus reichenden Ausstrahlungswirkung und den dichten institutionellen Kooperationen mit Schulen und Kindertagesstätten stellt ‚Das Haus‘ Angebote primär für Kinder und Jugendliche bereit, denen kein marktliches Pendant gegenüber steht. Über seine engen Kooperationen und Vernetzungen leistet es zudem wesentliche institutionelle Integrationen zwischen im Stadtteil verstreut liegenden Einrichtungen mit gleicher oder ähnlicher Zielgruppenorientierung und bietet für diese eine Plattform für Aktivitäten an. Auch die Bereicherung der sozialen und institutionellen Infrastruktur des Quartiers und der umliegenden Stadtteile wird hierdurch unabweisbar.

2.2.2.5 Zur Vernetzung bürgerschaftlicher Einrichtungen im Quartier

Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz ist durch virtuelle Gemeinschaften in Form von Netzwerken und kooperativen Zusammenschlüssen geprägt. Die bürgerschaftliche Subsistenz stellt die institutionelle Infrastruktur der Bürgergesellschaft, die im städtischen Raum von bürgerschaftlichen Einrichtungen über öffentliche, gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit gebildet werden. *„Die institutionelle Infrastruktur umfasst die Rechtsnormen, Einrichtungen und Verfahrensweisen einer Gesellschaft, die es dem einzelnen ermöglichen, bestimmte Ziele innerhalb der Wirtschaft zu erreichen, und die zu einem geregelten Ablauf des Gesamtprozesses führen.“* Im formellen Sektor sind dies die *„gesetzgebenden Organe und die Gesetze, Gerichte und Polizei, Interessenverbände wie die Gewerkschaften und die Arbeitgebervertreter usw.“* (Scheele, 1993, 27). In der Bürgergesellschaft sind dies – neben den sie betreffenden rechtlichen Vorschriften – die Subsistenzeinrichtungen, ihre Netzwerke und Kooperationszusammenschlüsse. Die bürgerschaftlichen Einrichtungen bilden institutionelle Netzwerke mit anderen Einrichtungen der Bürgergesellschaft und mit Einrichtungen von

Markt und Staat. Diese sind im kommunalen Raum am dichtesten, reichen aber auch weit über diesen hinaus, teilweise bis auf die internationale Ebene (vgl. Abb. 12).

ABB. 8

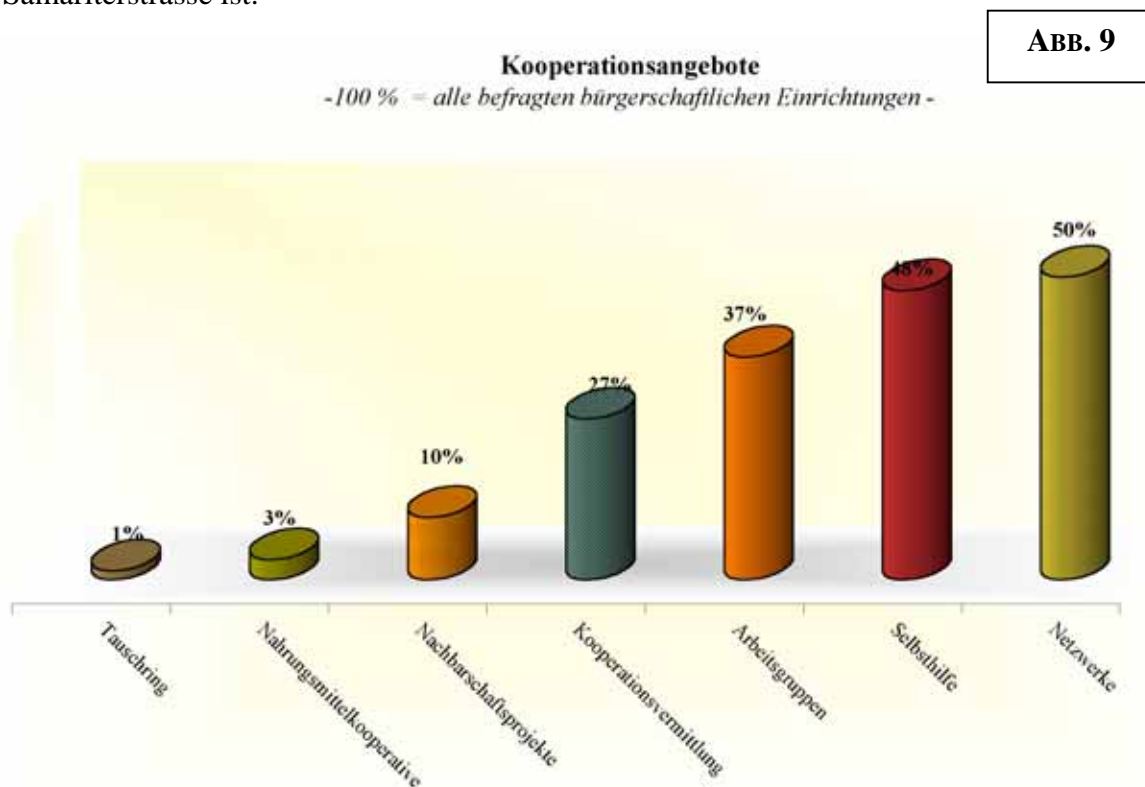


Um also von urbaner Subsistenz als Infrastruktur der Stadt sprechen zu können, muss man das breite Spektrum bürgerschaftlicher Einrichtungen in seiner Gesamtheit sowie mit seinen institutionellen und zivilgesellschaftlichen Vernetzungen betrachten. Die im vorhergehenden

Abschnitt beschriebene Einrichtung ‚Das Haus‘ stellt nur eine von 25 in Berlin-Friedrichshain vertieft untersuchten bürgerschaftlichen Einrichtungen dar. In all diesen Einrichtungen wurden Mental Maps angefertigt.

Legt man die institutionellen Kooperationsnetzwerke dieser Einrichtungen übereinander, kommt man zu einer komplexen Netzwerkdarstellung eines Ausschnittes der institutionellen Infrastruktur des Untersuchungsquartieres Berlin-Friedrichshain (siehe Abb. 8). Hier wird visuell sofort deutlich, welche hohe Dichte an Kooperationsbeziehungen zwischen den Institutionen urbaner Subsistenz im Quartier besteht. Vergleicht man hiermit die in den Interviewprotokollen enthaltenen Legende zu den jeweiligen Kooperationspartnern, so wird transparent, dass gerade zwischen kommunal getragenen Einrichtungen (oben z.B. die genannten Schulen) und bürgerschaftlich getragenen Einrichtungen häufig informelle Kooperationen bestehen, also die institutionelle Infrastruktur urbaner Subsistenz die kommunalen Institutionen informell integriert.

Zieht man in Betracht, dass wir in Friedrichshain 295 bürgerschaftliche Einrichtungen mit hohem Informalitätsgrad identifizieren konnten (vergleiche 2.2.1.3), und dass das in Abb. 8 dargestellte Netzwerk nur die Kooperationspartner von gut 8 % dieser Einrichtungen wiedergibt, kann man sich ungefähr vorstellen, wie dicht das vollständige institutionelle Kooperationsnetz öffentlicher urbaner Subsistenz im Friedrichshainer Quartier Boxhagener Platz / Samariterstrasse ist.



Die hier dargestellten Befunde bestätigen sich durch die Interviews und Mental Maps aus den Stuttgarter Erhebungen. Nimmt man die stadtweite quantitative Erhebung von 1097 bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln hinzu, von denen wir aus dem Vergleich mit den Stuttgarter wie den Berliner Untersuchungen auf eine Repräsentativität schliessen können, wird unabweisbar, dass die Netzwerkbildung durch urbane Subsistenzeinrichtungen von stadtweiter Bedeutung ist (vgl. Abb. 9) Nahezu sämtliche nutzungsgemischten städtischen Räume in Grossstädten werden von äquivalenten institutionellen Netzen bürgerschaftlicher Einrichtungen durchzogen und gestaltet. Auch die NutzerInnen vernetzen sich oftmals über die Einrichtungen untereinander, indem diese die zentralen Knotenpunkte im Netzwerk ihrer sozialen Beziehungen darstellen. Die bürgerschaftlichen Einrichtungen dienen als Anlauf- und Kooperationsstellen, die NutzerInnen als Multiplikatoren für weitere neue InteressentInnen, für weitere Netzwerkpartner. Diese personenbezogenen Netzwerke erstrecken sich über den gesamten Stadtraum und darüber hinaus, sind eng miteinander verwoben – doch bisher nahezu unbekannt.

2.2.2.5 Einzugsgebiete und Wirkungsebenen in Quartier und Stadtraum

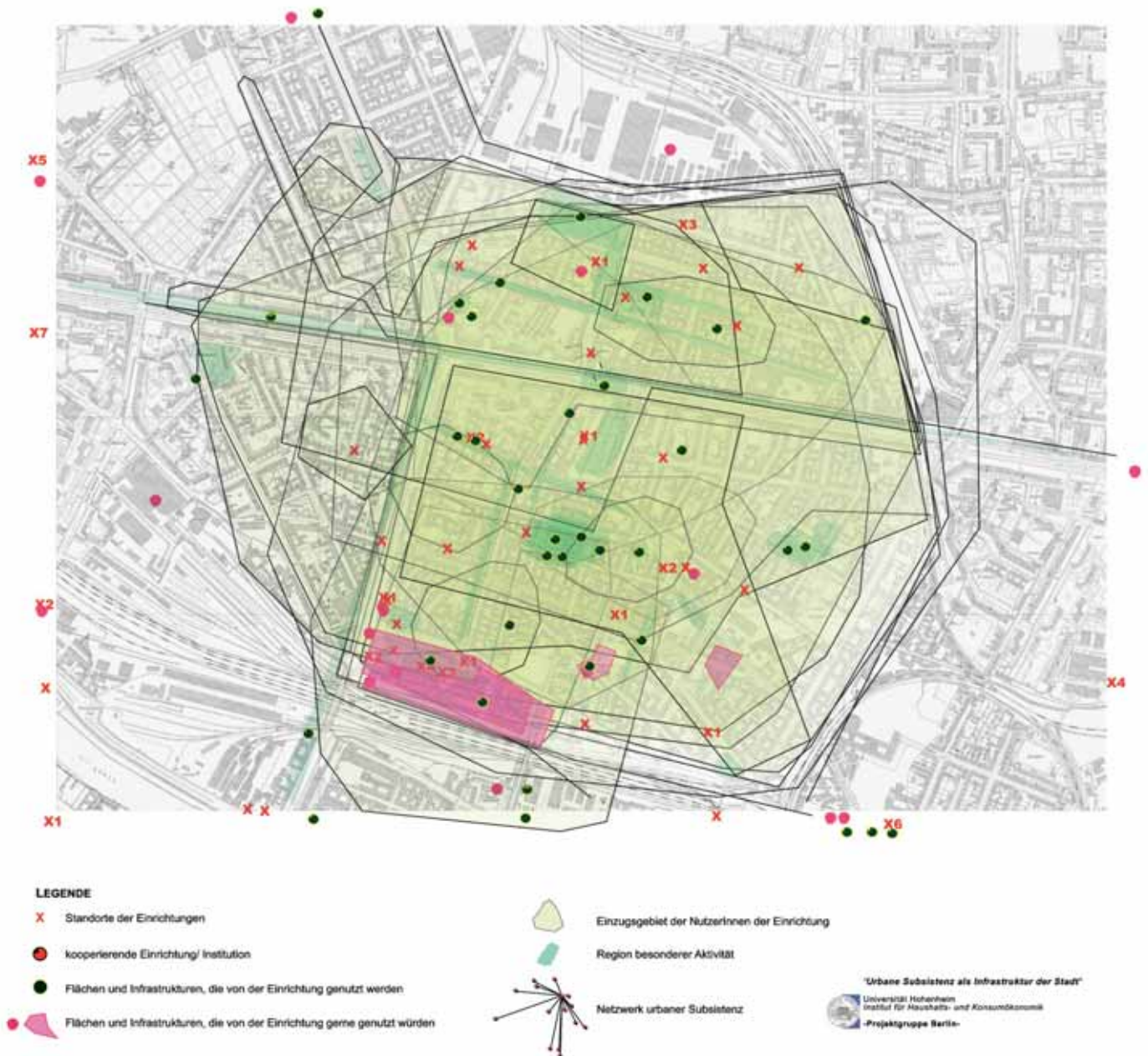
Die quartiers- und stadträumliche Bedeutung wird über die Darstellung der Einzugsgebiete und die Erhebungen der Wirkungsebenen der Einrichtungen weiter differenziert und unterstrichen. Bürgerschaftliche Einrichtungen, anbietende Gruppen sowie Orte des Angebotes werden mit nachfragenden Gruppen und ihren Lebensorten vernetzt. Dieser Bezug zum nachbarschaftlichen Umfeld, zum städtischen Quartier wird visuell – neben den Kooperationsnetzen – auch über die Einzugsgebiete der bürgerschaftlichen Einrichtungen deutlich. In Abb. 10 sind die Einzugsgebiete der untersuchten 25 Einrichtungen in Friedrichshain übereinander gelegt. Hieraus ergibt sich auch eine Dichtedarstellung der Verfügbarkeit bürgerschaftlicher Subsistenzleistungen im Quartier. In Abb. 10 sind zusätzlich zu den Einzugsgebieten die Standorte der Einrichtungen (rote Kreuze), zusätzlich genutzte bauliche Infrastrukturen (Räume und Gebäude, kenntlich durch dunkelgrün-gelbe Punkte) sowie Flächen besonderer Aktivität (türkise Zonen) ersichtlich. Flächen besonderer Aktivität bezeichnen bestimmte Räume im Quartier, die durch städtische Subsistenzeinrichtungen ‚bespielt‘ werden und wo die Institutionen öffentlich besonders in Erscheinung treten. Weiterhin sind Flächen (violett) markiert, welche von den Einrichtungen als ‚gewünscht‘ für für zukünftige weitere Nutzungen genannt wurden. Dies sind Flächen und Räume, die für die öffentliche bürgerschaftliche Nutzung bisher nicht geöffnet oder verfügbar sind, oder deren Nutzung im Bezirk oder der Kommune zur Disposition steht.

Bei der Betrachtung der kumulierten Einzugsgebiete ebenso wie der besonders aktivierten Flächen fällt auf, dass die höchste Dichte an Einzugsgebieten, wie auch der Aktionsflächen sich in den besonders stark nutzungsgemischten Gebieten im Quartier findet. Besonders um den Boxhagener Platz und im Bereich zwischen Forckenberg Platz und Rigaerstrasse / Samariterstrasse finden sich die höchsten Dichten und meisten Aktivitäten der bürgerschaftlichen Einrichtungen. Nicht ersichtlich wird aus der Darstellung, dass viele der Einrichtungen ihr raumnahes Einzugsgebiet eingezeichnet haben, während in den Interviews deutlich wur-

de, dass sie auch deutlich über Quartiers- und Stadteilgrenze hinaus reichende NutzerInnengruppen haben.

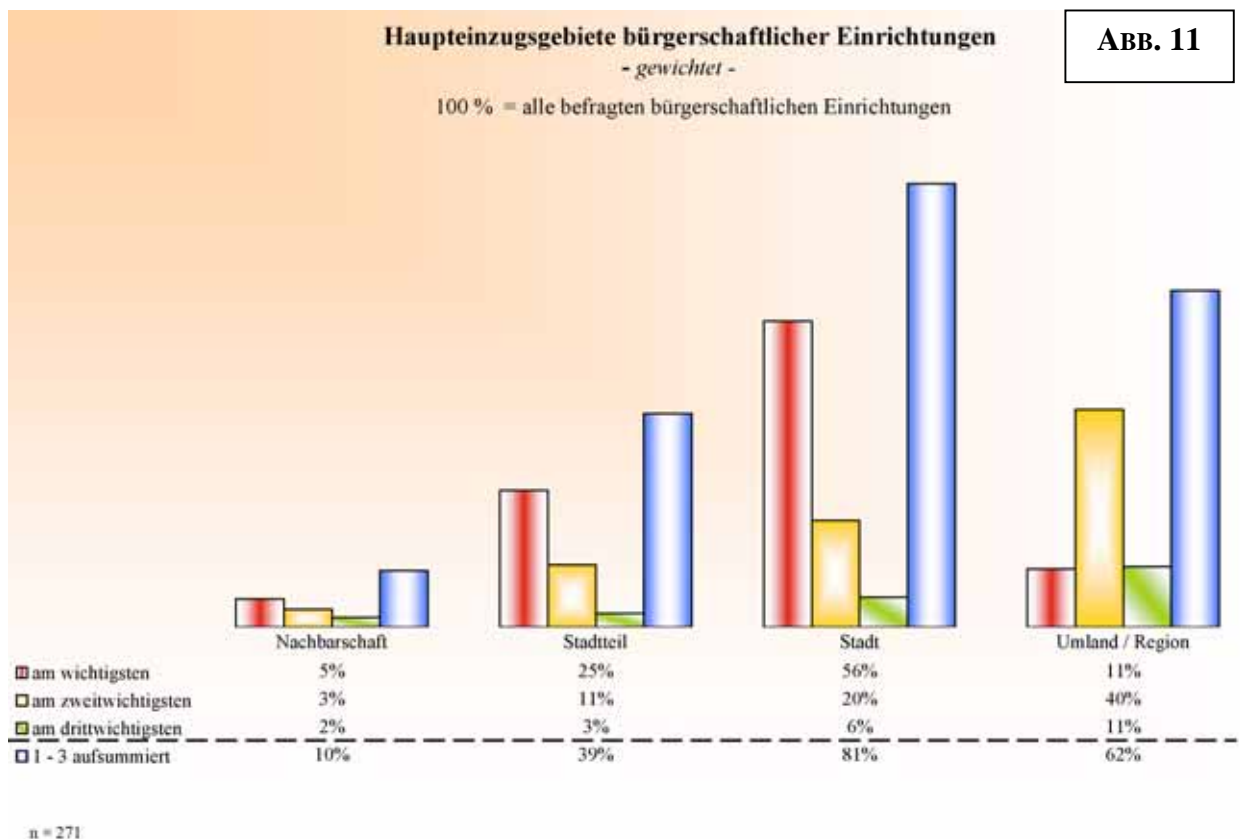
ABB. 10

M E N T A L M A P S
 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: BOXHAGENER/ SAMARITER-QUARTIER
 -Infrastrukturen urbaner Subsistenz -
 25 ausgewählte bürgerschaftliche Einrichtungen



Dies betrifft in besonderem Maße Einrichtungen, die sich an sehr spezifische Zielgruppen richten, so etwa ‚Lambda e.V.‘, die sich besonders homosexuellen Jugendlichen und jungen Erwachsene widmen, und hier stadtweite Bedeutung haben. Als Spezifikum des Boxhagener Platz/Samariterstrasse-Quartiers ist der ‚R.A.W.-Tempel e.V.‘ hervor zu heben, dessen Flä-

che am südlichen Quartiersrand von vielen Einrichtungen als Wunschnutzung angegeben wurde. Die Fläche des ehemaligen Reichsbahn-Ausbesserungs-Werkes (R.A.W.) erstreckt sich entlang der Bahngleise über eine recht grosse Fläche, durchsetzt mit alten Werkstatt-hallen und gründerzeitlichen gewerblichen Gebäudekomplexen. Da die Flächenutzung über den Untersuchungszeitraum in ihrem Bestehen sehr gefährdet war, und die räumlichen und baulichen Voraussetzungen auf dem Gelände für bürgerschaftliche Einrichtungen ein hohes Nutzungspotential aufweisen, stehen sie im besonderen Interesse der bürgerschaftlichen Aktivitäten im Quartier (vergleiche hierzu das Kurzbeispiel ‚R.A.W.-Tempel e.V.‘ in Kapitel 2.2.4.2 und im Anhang).

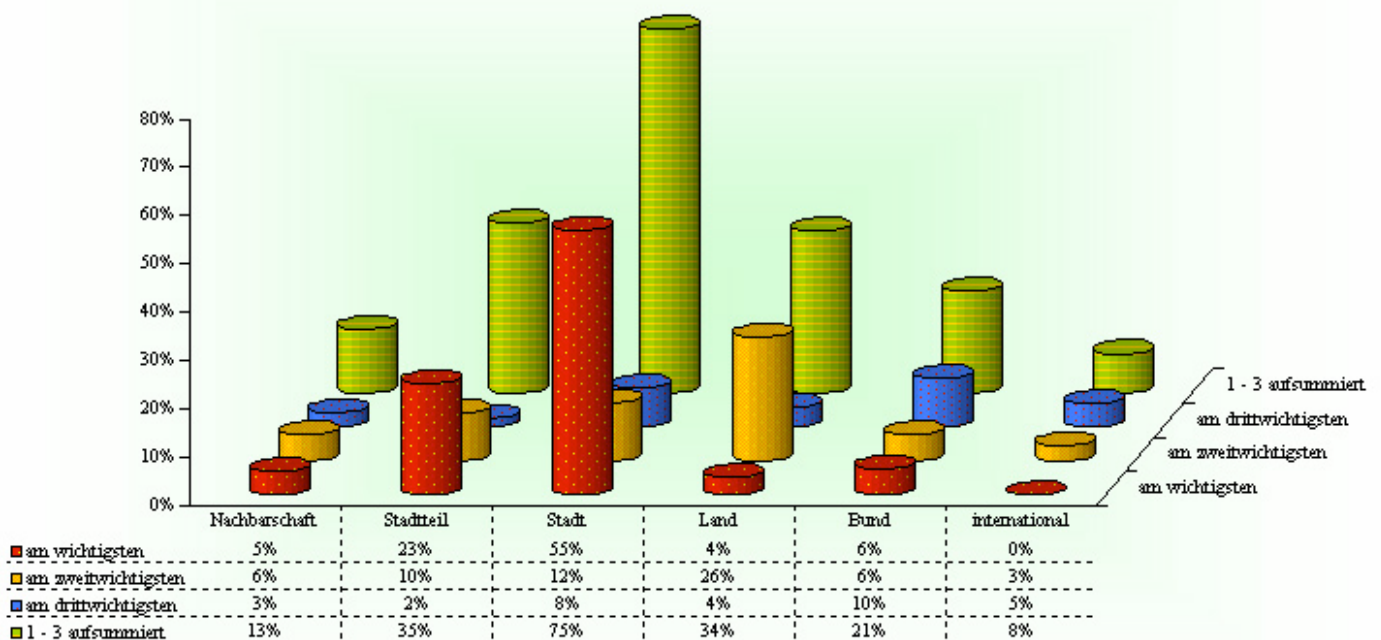


Die kumulierten Einzugsgebiete in Abb. 10, aus denen die NutzerInnen der Leistungen aus urbaner Subsistenz kommen, wurden in den Kölner Erhebungen über eine gewichtete Einordnung der Einzugsgebiete der bürgerschaftlichen Einrichtungen erfragt. Diese sind in Abb. 11 dargestellt. Hier wird bemerkenswert deutlich, dass für 67 % der Einrichtungen die Gesamtstadt und sogar das Umland das wichtigste Einzugsgebiet darstellen, die gesamtstädtische Bedeutung sich also anhand der stadtweiten Verteilung der Zielgruppen erschliesst, die teilweise durchaus weitere Wege bereit sind zurückzulegen, um die Einrichtungen aufzusuchen. Noch von 40 % der Einrichtungen wird das städtische Umland als Einzugsgebiet zumindest als am zweitwichtigsten eingestuft. Nur 30 % sehen ihr wichtigstes Einzugsgebiet auf Nachbarschaft und Stadtteil beschränkt. Zur Erläuterung muss hier natürlich angemerkt werden, dass die Einstufung der ganzen Stadt als Haupteinzugsgebiet den Stadtteil und die direkte Nachbarschaft ausdrücklich einschliesst, wie aus den Befragungen hervorging. Aber

die Nachfrage nach den Leistungen der öffentlichen Subsistenzeinrichtungen ist wesentlich grossräumiger als wir bei Untersuchungsbeginn optimistisch eingeschätzt hätten. Gleichermassen hebt dies aber auch das häufige Alleinstellungsmerkmal der bürgerschaftlichen Einrichtungen hervor. Offensichtlich stehen für ein breites Spektrum an Angeboten in vielen Stadtteilen und vor allem auch Aussenbezirken keine adäquaten Alternativen bereit, so dass zu einem Grossteil die NutzerInnen der Einrichtungen aus dem städtischen Grossraum anreisen müssen. Diese Befunde haben sich auch, mit lokalen Varianzen, über die Stuttgarter Untersuchungsergebnisse bestätigt. Bei der Frage nach dem Einzugsgebiet, also dem räumlichen Umfeld, aus dem die Mitarbeiter und die Nutzer der Einrichtungen kommen, nennen im Stuttgarter Westen 31 % die Nachbarschaft, 67 % daneben den Stadtteil, 82 % auch die Gesamtstadt, und 54 % selbst die Region. Mit anderen Worten: die wenigsten sind auf Probleme der engeren Nachbarschaft konzentriert, die meisten arbeiten für ein größeres Umfeld, nicht wenige für ein sehr großes. Ihre sozialräumliche Wirkung entfalten die Einrichtungen hingegen im Schwerpunkt innerhalb des städtischen Raumes und im Stadtteil, wie aus Abb. 12 hervor geht.

Hauptwirkungsebenen bürgerschaftlicher Einrichtungen
100 % = alle befragten bürgerschaftlichen Einrichtungen

ABB. 12



n = 271

Die Aktivitäten der Einrichtungen finden in der Regel innerhalb des städtischen Raumes statt, sie nutzen urbane Infrastrukturen und kooperieren eng mit anderen Institutionen im Stadtgebiet. So sind sie Stadtgestalter, setzen die Stadt sozial und kulturell immer wieder neu in Wert, entsprechend sich wandelnder Bedarfslagen und Anforderungen.

2.2.2.6 Die Infrastruktur der urbanen Subsistenz – unverzichtbar für die Städte heute und in Zukunft

Mit der zunehmenden Schwächung von Städten angesichts des hohen globalisierten Wettbewerbsdrucks und der weiter steigenden Erwerbsarbeitslosigkeit wird die Steuerungs- und Reaktionsfähigkeit auf soziale und ökonomische Krisenerscheinungen immer stärker eingeschränkt. Darunter leidet die Kommune als Ganzes ebenso wie Institutionen des Marktes, denen die Standortqualität, schlimmstenfalls die Standortstabilität, abhanden kommt und marktlichem Handeln wenig Attraktivität bietet. Adam Smith betont in seiner Schrift *«The Wealth of Nations»* die Bedeutung von Gemeinschaftseinrichtungen als notwendige Bedingung des freien Markts sowie der Bürgerrechte, indem er warnt: *„To be blunt, when the public infrastructure of a city fails, the entire city as well as our individual daily existence can be dramatically changed“* (Perry 1995, 2).

Da (kommunale) Politik immer erst dann auf neue Anforderungen reagiert, wenn sie bereits deutliche Konfliktpotenziale entwickelt haben, sind diese dann häufig kaum noch – und nur noch unter hohen Kosten – zu bewältigen. Die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die bürgerschaftlichen Einrichtungen als ihre Plattformen und Knotenpunkte, begleiten soziokulturelle Veränderungen anstatt ihnen nachzueifern. Bürgerschaftliches Engagement äußert sich auf der Grundlage der Freiwilligkeit immer entlang sich wandelnden Bedürfnislagen und findet seinen unmittelbaren Ausdruck in den Angebotstypen und der Zielgruppenorientierung. So geht die urbane Subsistenz proaktiv dem Staat und dem Markt vorweg, welche vor allem reaktiv und deshalb zu spät handlungsfähig sind. Angebot und Nachfrage werden in bürgerschaftlichen Einrichtungen teils von den gleichen Personengruppen gestellt, teils kommt die Nachfrage von Menschen ausserhalb der Einrichtungen. Gemeinsames Interesse ist die nachhaltige Lebensqualität im Alltagsleben. Die alltägliche Versorgung mit Dienstleistungen aus gemeinschaftsorientierter Subsistenzarbeit ist elementarer und unersetzbarer Bestandteil der städtischen Versorgungsvielfalt.

Der Anspruch auf langfristige Versorgungsleistung und Versorgungssicherheit darf deshalb nicht auf Erwerbsarbeit begrenzt, sondern muss auch die Funktionsfähigkeit der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit einbeziehen. Und diese betrifft im speziellen die Gewährleistung der unternehmerischen Sicherheiten und Rahmenbedingungen urbaner Subsistenzeinrichtungen. Diese Notwendigkeit gilt heute im immer stärker steigenden Maße, solange die Leistungsfähigkeiten der formellen Strukturen kontinuierlich abnimmt. Und die Nutzung der bürgerschaftlich erbrachten Wohlfahrtsleistungen stellt für viele Menschen eine alltägliche Normalität dar, die in der formellen Wirtschaft kein Äquivalent findet.

Die infrastrukturellen Leistungen der Subsistenzwirtschaft liegen besonders auch in der Fähigkeit, auf lokal begrenzte Problemstellungen zu reagieren. Bürgerschaftliche Einrichtungen sind in der Lage, auch dort adäquate Lösungen unter Mitwirkung der Betroffenen zu erarbeiten, wo die fehlende Marktrelevanz marktwirtschaftliche Akteure vom Handeln abhält. Oft genug sind die Leistungen informeller Unternehmen in Form bürgerschaftlicher Einrichtungen echte Pionierarbeiten, bilden sie die urbane Basisfunktionen der ‚bürgerlichen‘

Infrastruktur, und folgt ihnen die Entstehung tragfähiger kompletärer formeller Strukturen: *„Public infrastructure stimulates and is at the foundation of the complete city – socially, spatially, as well as economic. A preoccupation with economic development at any cost threatens the health and safety of some citizens at worst and deprives others (rural and urban neighborhoods) of a level of indispensable infrastructure service that is the right of american citizens“* (Felbinger 1995, 126).

Heute muss eine neue Verantwortungsteilung zwischen Markt, Staat und Subsistenz etabliert werden, um lebenswerte und anpassungsfähige städtische Strukturen zukunftsfähig eröffnen und gewährleisten zu können. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Produkten aus informeller Arbeit verlangt zum einen die Verfügbarkeit und Qualität informeller Arbeitsleistungen. Diese ist bereits heute gegeben, und wir haben ihre dienstleistungserische und stadträumliche Quantität und Qualität bereits beschrieben. Andererseits verlangt die Verfügbarkeit subsistenzwirtschaftlicher Leistungen auch die Sicherheit und Kontinuität einer verfügbaren und adäquaten Subsistenzinfrastruktur. Diese aber ist durch die stadtentwicklungspolitischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen derzeit nicht gewährleistet, sie wird permanent weiter unterminiert und verschlechtert, indem zunehmend soziale Folgekosten der marktökonomischen Fixierung in die Zivilgesellschaft ausgelagert werden.

Hinzu kommt, dass angesichts der desolaten Haushaltslagen der Städte immer weiter Gemeinschaftsgüter und -flächen in Privatgüter überführt werden, um damit Finanzlöcher zu stopfen. Denn *„fragt man nach der Vielfalt der Aktivitäten, zu denen die öffentlichen Räume einer Stadt einladen, die Strassen und Plätze, so ist die Antwort meist deprimierend. Unter den im Stadtbild angebotenen Freizeitbeschäftigungen herrscht mehr und mehr das Kaufen vor, und selbst die Kaufangebote verengen sich zusehends auf Massenware, wie jeder bemerkt, der im Lauf der letzten Jahre die Veränderung der Läden in einer Einkaufsstrasse beobachtet hat“* (Scherhorn 2001, 11).

Gleichzeitig verbindet sich mit der Technisierung und soziokulturellen Entbettung der Ver- und Entsorgung ein Verlust an Alltagsöffentlichkeit. Dieser stellt sich als Enteignung der Gemeinschaft dar, indem die Gemeinschaftsgüter im städtischen Umfeld hinter den Privatgütern verschwinden. Durch die Reduktion der Städte auf liquidierbares ‚Baukapital‘ wird die Leistungsfähigkeit eigenmotivierter ziviler Subsistenzeinrichtungen geschwächt, indem ihr die baulich-räumlichen Voraussetzungen für ihre infrastrukturelle Entfaltung entzogen werden. So bieten die gegenwärtigen Voraussetzungen meistens wenig Raum und Gelegenheit für Eigeninitiative und die Motivation zur Selbstorganisation und Versorgung. Und so wird die Standortqualität und -attraktivität dauerhaft weiter herab gesetzt. Das auf die formellen Strukturen fixierte kommunalpolitische Denken führt zu einer ansteigenden Destabilisierung, einer soziokulturellen Degradation vieler städtischer Lebensräume.

Staatlich-öffentliche Institutionen und administrative Systeme, auch auf kommunaler Ebene, scheuen massiv davor zurück, Verantwortungsfähigkeit und -verpflichtung auf die bürgerliche Ebene zu verlagern. Im staatlich-öffentlichen Gebaren scheint die Überzeugung, eine unmündige Bevölkerungsmasse domptieren zu müssen, durch alle Ritzen der juristisch-

administrativ legitimierten Maske der Politik. *„Noch ... ist der administrative Politikstil so verbreitet, dass es selbst in den Kommunen zu wenig Raum für verantwortliches, selbstständiges Mitdenken und Mitarbeiten von Bürgern gibt. Dahinter steht die Angst der Regierenden, der Gemeinderäte, der Behörden vor Machtverlust. Kommunalpolitiker scheuen davor zurück, private Gruppen eine kooperative Aktion selbstbestimmt konzipieren zu lassen und sich mit der Autorität ihres Amtes vor die Aktion zu stellen, auch wenn sie die Planung der Aktion nicht voll in der Hand haben. Die Lokale Agenda 21 bietet reiches Anschauungsmaterial dafür, wie schwer es verantwortlichen Politikern und Ressortleitern einstweilen noch fällt, kooperative Aktionen ohne ego involvement zu fördern. Sie müssten dazu nicht auf Koordination verzichten, zu der die Beteiligten im allgemeinen gern bereit sind, wohl aber müssten sie es den Teilnehmern ermöglichen, sich als Akteure zu fühlen, deren eigene, kompetente und selbstbestimmte Entscheidung wichtig und erwünscht ist und unterstützt wird“* (Scherhorn 2001, 39).

Weder Staat noch Markt sind allein in der Lage, die Vollversorgung mit Wohlfahrt zu gewährleisten und waren es auch nie, nur wurde dies bisher wenig bemerkt. Kurzzeitig ver setzt mit dem erwerbswirtschaftlichen Erodieren der bürgerschaftlichen Selbstversorgung in der Wachstumseuphorie der 1950-90er Jahre, hat das Versorgt-Sein durch formelle Strukturen schleichend abgenommen. Fatalerweise geriet aber parallel zu diesem Prozess weitgehend in Vergessenheit, welche Chancen und Potenziale in kooperativer, gemeinschaftsorientierter Selbstversorgung liegen. Hierin lag für uns ausreichender Anlass zu zeigen, welche hohen dienstleisterischen, gemeinschaftsbezogenen Leistungen gegenwärtig in öffentlicher bürgerschaftlicher Selbstversorgung für die Menschen miteinander und zueinander solidarisch und partizipativ erbracht werden. Und welche hohen Zukunftspotenziale in der schöpferischen produktiven Entfaltung der intrinsischen Motivation, im tätigen Wirksamwerden für andere, für die eigene Gemeinschaft und für sich selbst liegen. Diese zivilgesellschaftliche Kraft erwächst nicht primär aus der Not, sondern vor allem aus dem Bedürfnis nach neuen Formen des Wohlstandes, nach zukunftsfähigen, kreativ-kooperativen Lebensstilen. *„Unter dem Gesichtspunkt des Wertewandels geht es vor allem um eine Tendenz zu wachsender Selbstbestimmung in der Bevölkerung und einen daraus abgeleiteten Bedarf an neuen Einrichtungsformen im Bereich der sozialen Infrastruktur“* (Göschel, Kunert-Schroth und Mittag 1992, 11).

In weiten Teilen bildet die Subsistenz ihre Infrastruktur eigenständig, aber dennoch nicht unabhängig. Über ihre infrastrukturellen Vernetzungen erhöht sie, indem sie die Bürgergesellschaft stärkt, wieder ihre Leistungskraft und zeigt so positive Rückkopplungen aus den und auf die ihr zugeführten Unterstützungen (vgl. 2.2.2.3). Aber sie braucht auch erleichterte Zugänge zur Infrastruktur des formellen Sektors, und vor allem braucht sie die an die spezifischen Bedürfnisse bürgerschaftlicher Einrichtungen angepasste Förderung der eigenen Infrastruktur. *„Stadtplanung und Wohnungspolitik muss damit beginnen, eine materielle und personelle Infrastruktur in Wohngebieten, die nicht nur Erholung und Konsum, sondern auch produktive Tätigkeiten fördern, bereitzustellen. Notwendig sind in den Gebäuden wie im näheren Wohnumfeld Werkstätten, in denen die Produktionsvoraussetzungen informeller*

Arbeit bereitgehalten werden: Das sind zuallererst Flächen und Räume, die durch Schallschutz, technische Ausstattung, Lage und Zugänglichkeit für verschiedene Arbeiten geeignet sind ... Die Aneignungsmöglichkeiten müssen erweitert werden, auch im Sinne der rechtlich abgesicherten Verfügung der Bewohner über ihre Wohnbedingungen” (Häußermann und Sieble 1997, 193).

Die Infrastruktur der Subsistenz – der soziokulturelle Leim der Stadt – interagiert fast heimlich und weitgehend unbemerkt mit den marktökonomischen, staatlich-administrativen und baulich-planerisch vorgegebenen Infrastrukturen und passt diese nach ihren Bedürfnissen an, bildlich gesprochen, indem sie ‚virtuell‘ ihre immaterielle Infrastruktur über die formellen materiellen oder institutionell-administrativen Infrastrukturen legt, sich ihre ökologische Nische im Beziehungssystem Kultur sucht. *„The quality of infrastructure rests not only on the quality of the design and construction of systems, but also on the quality of the human infrastructure that supports and manage it. Infrastructure, then, consists of the indispensable public physical and human systems that provide the nation with services“* (Felbinger 1995, 107). So ist die städtische Subsistenz häufig in der Lage, widrige Infrastrukturen an ihre Bedürfnisse anzupassen. Auf diese Weise kann bei Stadt- und Raumplanern der Eindruck entstehen, dass die von ihnen entwickelten und umgesetzten Strukturen anpassungsfähig seien, indem unangepasste, destruktive und starre Bau-, Politik- und Wirtschaftsmodelle durch menschliche Kreativität, Innovations- und Anpassungsfähigkeit umgeformt und funktional transformiert werden, weit über die ursprüngliche Zweckbestimmung hinaus.

Radikaler formuliert es Helmut Willke, der dem Staat einen nahezu totalen Kontrollverlust diagnostiziert und die zwingende Notwendigkeit zu freiwilligem Machtverzicht und Dezentralisierung erkennt: *„Alle traditionellen Infrastrukturen entgleiten dem Staat zugunsten privater, korporativer oder konsortialer Lösungen, die neuen Infrastrukturen der zweiten Generation sind von vornherein transnational oder gar global angelegt, so dass dem Staat selbst bestenfalls die Aufgabe der Koordination und Mediation bleibt“* (Willke 1997, 32).

So ist auch die städtische Anpassungsfähigkeit zunächst über die Infrastruktur der Subsistenz und dort durch Menschen und menschliche Dynamik gekennzeichnet, erst in zweiter Linie durch staatlich gesteuerte, baulich-planerische Manifestationen. Doch wenn zukunftsfähig geplant werden soll, müssen die komplementären Verhältnisse zwischen Markt, Staat und Subsistenz und deren sozial- und wirtschaftsräumlichen Anforderungen verstanden und fortschreitend optimiert werden. Während die Globalisierung eine Entgrenzung der Standorte und eine Abnahme der Standortbindung mit sich bringt, wirkt die Subsistenz unter günstigen Bedingungen in die entgegengesetzte Richtung. Sie kann die individuellen und gemeinschaftlichen Standortbindungen erhöhen und die Attraktivität von Standorten für unterschiedlichste kulturelle und ökonomische Aktivitäten heben. Durch die Vitalisierung der kommunalen Bürgerschaft kann sie dazu beitragen, die kulturelle Einmaligkeit und Besonderheit einer Stadt positiv imagebildend zu entfalten.

„Der Wettbewerb kann auch komplementär zur Subsistenzwirtschaft existieren und muss schon gar nicht daran scheitern, dass immaterielle Güter (genauer: marktfreie Güter, GS)

sich neben den materiellen (marktgebundenen) behaupten“ (Scherhorn 2000b, 11). Im Gegenteil ergänzen sich beide Bereiche und erhöhen Wohlstand und Konsummöglichkeiten eher, als dass diese verengt würden. Die Angehörigen der Wissens- und Wirtschaftseliten stellen im erweiterten Sinne Nomaden der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft dar. Sie vagabundieren zwischen den Metropolen, Wirtschafts- und Kulturzentren dieser Welt und entscheiden sich je nachdem, wo sie das beste Tätigkeitsangebot, das attraktivste Arbeitsumfeld und – fast immer auch – das attraktivste Lebensumfeld vorfinden, ob und wie lange sie bleiben werden. Die lokale und regionale Standortqualität hängt wesentlich und zunehmend mehr davon ab, wie vital und vielfältig die urbanen Räume in ihren sozialen und kulturellen Angeboten sind, wie integrativ und kommunikativ sie funktionieren, und inwieweit sie Entfaltung von schöpferischen, kreativen und innovativen Potenzialen ermöglichen können und dies auch fordern und fördern.

So hängt die Imagebildung und Attraktivität von Städten ganz wesentlich von den bürgerchaftlichen Aktivitäten ab, von der Vitalität der gemeinschaftsorientierten Subsistenz und beeinflusst so massiv ihren Wert als Marktstandort. Um positive Rückkopplungen für den Lebensraum Stadt als ‚multikulturelle‘ Integrationsgemeinschaft pluraler Lebensstile und Wohlstandsansprüche zu erreichen, braucht es im umfassendsten Sinne die Initiierung, Schaffung, Ausbildung und Weiterentwicklung sowie Erhaltung und Förderung von sozialen und kulturellen Netzen und Kooperationen (vgl. Enquete Kommission ‚Zukunft des Bürgerchaftlichen Engagements‘ 2002, 415 ff.) Diese bilden quasi die ‚Adern‘ der Infrastruktur urbaner Subsistenz. Kommunale stadtentwicklungspolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen spielen eine zentrale aktivierende und unterstützende Rolle, wenn die städtische Bürgergesellschaft und ihre Domäne, die urbane Subsistenz, sich optimal entfalten soll. Und dies ist notwendig, wenn den drängenden Konflikten der Städte konstruktiv begegnet, wenn soziale Stabilisierung, Integration und funktionelle Vielfalt erreicht und ein ‚Mehr‘ aus der Heterogenität städtischer Lebensstile gewonnen werden soll.

2.3 Ergebnisse zur privaten Subsistenz

2.3.1 Familienarbeit

Wenn mit der Berufstätigkeit der Frauen eine Tendenz einhergeht, hauswirtschaftliche Tätigkeiten mehr und mehr an den Markt abzugeben: Wird sie vor den zentralen Funktionen des Haushalts haltmachen, vor der Sicherung des Familienzusammenhalts und der Betreuung der Kinder? Alle in Friedrichshain und Pankow Befragten verfügen über eine Küche, und bis auf wenige Ausnahmen nutzen sie sie auch alle, um *Speisen selbst zuzubereiten* – „meist“ oder „täglich“ machen gut 80 % aller 300 Befragten das Frühstück und das Abendessen selbst, und immerhin noch rd. 50 % das Mittagessen. Doch das bedeutet noch nicht, dass dann auch alle Haushaltsmitglieder gemeinsam essen. An Werktagen nehmen von den 186 Mehrpersonenhaushalten fast 30 % das Mittagessen und 55 % das Frühstück, aber 80 % das Abendessen meist oder immer gemeinsam ein. Am Wochenende und zu besonderen

Gelegenheiten wie Feierlichkeiten, Einladungen etc. erhöht sich die Anwesenheit aller beim Frühstück und Abendessen auf fast 90 % und beim Mittagessen auf fast 80 %.

Das sind Zahlen, die auf ein hohes Maß an Gemeinsamkeit beim Essen hindeuten. Die Gemeinsamkeit scheint nur am Rande ökonomisch bedingt zu sein. Zwar wurde die Einsparmöglichkeit durch das Selbstzubereiten von Speisen im Durchschnitt auf etwas über 200 € im Monat geschätzt, doch haben sich nur 67 der 300 Befragten, also 22 %, an dieser Schätzung beteiligt, die meisten hatten sich darüber noch keine Gedanken gemacht. Das mag aber auch daran liegen, dass man das Selbstverständliche nicht nachrechnet, wenn es keinen besonderen Grund dafür gibt.

Der Familienzusammenhang dürfte die größere Rolle spielen. Das gemeinsame Essen wird meist als sehr befriedigend empfunden. Die soziale Bedeutung der gemeinsamen Mahlzeiten schätzen die meisten Befragten als wichtig oder sehr wichtig ein. Die Frage lautete: „Welche Bedeutung hat das Zubereiten von Essen für den Zusammenhalt in Ihrer Familie, ihrem Freundeskreis?“ und wurde an 263 Personen gestellt, die häufiger irgendwelche Speisen selbst zubereiten. Sie wurde durch Einstufung auf einer Skala von 6=*sehr wichtig* bis 1=*ganz unwichtig* beantwortet. Das Mittel der Antworten liegt bei 4,5 und damit im oberen Bereich, wenn auch nicht extrem hoch; ein Viertel der Befragten stufte sich bei 1, 2 oder 2 ein, fand das gemeinsame Essen also weniger wichtig oder ganz unwichtig. Dem entspricht die Befriedigung durch die Essenzubereitung selbst. Auf einer Skala von 6=*sehr befriedigend* bis 1=*sehr belastend* stuften die Befragten ihr Wohlbefinden beim Kochen im Mittel mit 4,6 ein.

Weit weniger verbreitet ist die *Eigenproduktion von Nahrungsmitteln*, so z.B. das Selbsterreinmachen, Einfrieren oder Einkochen von Marmelade (17 %), Obst (16 %) oder Gemüse (29 %), zumal die wenigsten (27 %) über einen eigenen Garten verfügen. Immerhin nutzen viele den Balkon oder die Terrasse, um Küchenkräuter, Tomaten und ähnliches zu ziehen. So haben sich 36 % der Befragten zur Eigenproduktion von Gartenfrüchten geäußert. Im Mittel stufen sie die Arbeit daran als recht befriedigend (4,8) ein, und auch als recht wichtig für ihre sozialen Beziehungen (4,2). Viel weniger dagegen (nur 4 von 300 Haushalten) halten Kleintiere zum eigenen Verzehr. Man hat für Tiere meist keinen geeigneten Raum, und das städtische Leben ist auch aus anderen Gründen dieser Form der Eigenproduktion nicht förderlich.

Von den anderen Formen der Familienarbeit wie Krankenpflege und Kinderbetreuung haben wir nur den Zeitaufwand für Kinder bis 14 Jahren erhoben. Wie in 2.1.2 erwähnt wollten wir prüfen, ob sich die Einkommensverhältnisse polarisierend auswirken. Gefragt wurde: „Wie viele Stunden brauchen Sie an einem normalen Tag für das Kind/die Kinder (z.B. um sie zu versorgen, zu beaufsichtigen, sie zu bringen oder zu holen, mit ihnen zu spielen), auch wenn Sie nebenbei etwas anderes tun, z.B. Kochen?“ Die Antworten in den beiden Berliner Stadtteilen haben die Vermutung widerlegt. Allerdings sind die Fallzahlen gering, unter den 300 Befragten waren nur 47 Familien mit Kindern. Doch die Ergebnisse stimmen in beiden Stadtteilen überein. In 16 Familien mit unteren Einkommen (bis 1.500 €) wurden im Mittel

6,9 Stunden pro Tag für Kinder aufgewandt, in 31 Familien mit oberen Einkommen im Mittel 6,2 Stunden. Wenn man also überhaupt von einem Unterschied sprechen will, dann ist er der Ausgangserwartung entgegengesetzt: In den ärmeren Familien in Friedrichshain und Pankow wird den Kindern mehr Zeit gewidmet als in den wohlhabenderen.

Anders sieht das Ergebnis einer größeren Befragung in 608 Haushalten aus, die das Teilprojekt „Kids im Quartier“ in verschiedenen Stadtteilen des Ruhrgebiets durchführte. Im Rahmen dieser Befragung wurde eine ähnlich lautende Frage gestellt wie in Berlin, aber die Antworten weisen nicht in die gleiche Richtung, wie die folgende Tabelle ausweist.

	Zeitaufwand für Kinderbetreuung		
	[Stunden pro Tag für Kinder von 4 bis 14 Jahren]		
	gering [bis 4 Std.] n= 105	mittel [5 bis 7 Std.] n=113	hoch [8 bis 16 Std.] n= 53
Durchschnittl. Haushaltseinkommen [€]	1.850	1.950	2.050
Durchschnittlicher Zeitaufwand [Std.]	3,0	5,8	8,9
Durchschnittliche Kinderzahl	1,53	1,48	1,89

Die Familien mit geringerem Zeitaufwand für Kinder haben ein etwas geringeres Einkommen, die Familien mit höherem Zeitaufwand für Kinder haben ein etwas höheres Einkommen, doch haben sie auch mehr Kinder, was den höheren Zeitaufwand ebenfalls erklären kann. Zudem sind die Einkommensunterschiede so gering, dass sich aus dem Befund kein signifikant positiver Zusammenhang zwischen Einkommen und Betreuungsaufwand ableiten lässt. Immerhin ist unsere Hypothese im Ruhrgebiet nicht widerlegt worden. Der abweichende Befund aus der Berliner Erhebung lässt sich aus der Verschiedenheit der Stichproben erklären: In den beiden Berliner Stadtteilen wohnen überwiegend ältere Menschen mit DDR-Herkunft und wesentlich weniger Familien mit Kindern (17%) als in den Ruhrgebiet-Stadtteilen (45 %), die 17 % in Berlin haben im Durchschnitt ein wesentlich geringeres Einkommen (€ 1.590) als die 45 % im Ruhrgebiet (€ 1.930), und sie wenden insgesamt etwas mehr Zeit für Kinder auf (im Mittel 6,7 Stunden pro Tag) als die Familien im Ruhrgebiet (5,4 Stunden).

Zudem stimmt der Zeitaufwand für Kinder im Ruhrgebiet eher mit der gesamtgesellschaftlichen Durchschnittszahl überein, die das Statistische Bundesamt berechnet hat. Auf der Grundlage der Zeitbudgeterhebung 1991/92 des Statistischen Bundesamtes und der Arbeitsstundenrechnung der Bundesanstalt für Arbeit ist geschätzt worden, wieviel Zeit für Kinder und Jugendliche aufgewendet wurde. Eine Fortschreibung und Erweiterung mit Hilfe von sozio-ökonomischen Input-Output-Tabellen ergab für 1998 eine Durchschnittsgröße von 1.957 Stunden pro Jahr bzw. 5,4 Stunden pro Tag, die einem Kind in Deutschland zuge-

wandt werden. Hochgerechnet sind das insgesamt 30,4 Mrd. Stunden pro Jahr. Vergleicht man dies mit den 56 Mrd. Stunden Erwerbsarbeit, die 1998 in Deutschland von 37,6 Mill. Erwerbstätigen geleistet wurden, so entspricht die Zeit für Kinder rechnerisch weiteren 20 Mill. Arbeitsplätzen (Stahmer, Mecke & Herrchen 2003).

2.3.2 Eigenarbeit und Bürgerarbeit im Vergleich

In Berlin haben wir auch nach der Häufigkeit des Werkens, Reparierens und Renovierens gefragt, ferner nach dem Handarbeiten, der gemeinsamen Nutzung, dem Leihen und Tauschen. Für handwerkliches Arbeiten stehen nur einer Minderheit Werkstätten oder Kellerräume (33 %), Innenhöfe oder Gemeinschaftswerkräume (20 %), Schuppen oder Garagen (9 %) zur Verfügung. So üben auch nur 24 % häufig (plus 20 % gelegentlich) Heimwerkertätigkeiten wie Töpfern, Malen, Fotografieren, Basteln aus, 18 % (plus 30 %) reparieren und renovieren selbst, 10 % (plus 19 %) machen Handarbeiten wie Nähen, Stricken, Kleidung oder Schuhe ausbessern. Verbreiteter ist das gemeinsame Nutzen von Gütern wie CDs, Videos, Büchern, Bohrmaschinen, Koffern usw., das Leihen und Tauschen; 29 % tun dies häufig und 28 % gelegentlich.

Die geschätzte Einsparung im Jahr liegt im Mittel bei 720 €. Auf den Monat umgerechnet und zu der Einsparung durch das Selberkochen hinzugezählt entspricht das, was durch Eigenarbeit an Realeinkommen erworben werden kann, einem Beitrag in Höhe von über 15 % des Geldeinkommens. (Wollte man auch das Realeinkommen hinzurechnen, das dem Zeitaufwand für Kinder entspricht, so käme man auf etwa zwei Drittel).

Auf die Frage, als wie befriedigend sie diese Tätigkeiten empfinden, stuften sich die allermeisten auf der von 6 = *sehr befriedigend* bis 1 = *sehr belastend* reichenden Skala bei 6, 5 und 4 ein; der Mittelwert beträgt in Friedrichshain und Pankow gleichermaßen 4,8. Ein ähnlich hohes Ergebnis erbrachte die Frage „Wie wichtig sind diese Tätigkeiten für Ihre sozialen Beziehungen?“ mit einem Mittelwert von 4,7; doch hier stuften sich die Friedrichshainer im Mittel bei 5,0 ein, die Pankower dagegen nur bei 4,4. Das mag mit dem Alter zusammenhängen; die Befragten in Pankow waren im Durchschnitt 51, die in Friedrichshain 37 Jahre alt.

Noch ein Unterschied zwischen den beiden Stadtteilen ist bemerkenswert: In Friedrichshain arbeiten 22 % der Befragten mehrmals in der Woche im Garten, in Pankow aber 47 %. Diese Personen bewerten die Gartenarbeit auf der 6-stufigen Skala zwischen 6 = *sehr befriedigend* und 1 = *sehr belastend* in Friedrichshain im Mittel mit 5,4, in Pankow aber mit 4,9 – wohl weil sie sie anstrengender finden. Doch wenn sie nach der Bedeutung der Gartenarbeit für ihre sozialen Beziehungen gefragt werden, geben die Pankower auf der Skala von 6 = *sehr wichtig* und 1 = *ganz unwichtig* im Mittel die Note 5,7, die Friedrichshainer aber nur 4,2; hier macht sich wohl wieder die unterschiedliche Altersstruktur der beiden Stadtteile bemerkbar.

Ebenfalls mit dem Altersunterschied hängt es zusammen, dass auch die nachbarschaftliche Selbsthilfe in den beiden Stadtteilen unterschiedlichen Zulauf hat, wie aus den Antworten

auf folgende Frage hervorgeht: „Üben Sie eine unbezahlte Tätigkeit für andere aus? (Beispiele: Hausaufgabenhilfe; Kinderbetreuung; Nachbarschaftshilfe; Freunden, Kranken, Alten helfen; Umzugshilfe; Behinderte betreuen etc).“ Mindestens einige Stunden im Monat üben solche Tätigkeiten in Pankow 18 % der Befragten aus, in Friedrichshain aber 43 %.

Kein Unterschied zeigt sich dagegen bei den Fragen nach der ehrenamtlichen Tätigkeit in einem Verein (in beiden Stadtteilen je 10 %) oder einer sozialen Gruppe oder Initiative (je 17 %). Auch die Frage „Wie wichtig ist die soziale/ehrenamtliche Tätigkeit für Ihre persönlichen Beziehungen zu Freunden, Familie, Bekannten?“ wurde von denen, die diese Tätigkeiten ausübten, in beiden Stadtteilen übereinstimmend mit dem Wert 5 auf der Wichtigkeitsskala eingestuft; aber auf der Befindlichkeitsskala von 6 = *sehr befriedigend* bis 1 = *sehr belastend* bewerteten die Pankower die Tätigkeit im Mittel nur mit 4,5, während die Friedrichshainer sie mit dem hohen Mittelwert 5,4 einstuften.

In der folgenden Tabelle sind die Bewertungen noch einmal zusammengestellt. Die Unterschiede zwischen den beiden Stadtquartieren sind interessant, weil sie zu weiteren Fragen anregen, vor allem über Unterschiede zwischen ‚Ost‘ und ‚West‘, da man davon ausgehen kann, dass in Pankow mehr ältere Menschen als in Friedrichshain leben, die in ihren Lebensauffassungen DDR-geprägt sind. Das mag eine Erklärung dafür sein, dass in Friedrichshain z.B. die Familienarbeit ein wenig niedriger im Kurs steht als in Pankow, während die Selbsthilfe und die bürgerschaftliche Tätigkeit etwas höher eingestuft wird. Sieht man von solchen Unterschieden ab, so bleibt bemerkenswert, dass die sozialen und ehrenamtlichen Tätigkeiten ebenso hohe Befriedigungswerte und Bedeutungskoeffizienten erreichen können wie die beliebtesten Formen der Familien- und Eigenarbeit.

	Persönlich befriedigend		Sozial wichtig	
	Friedrichshain	Pankow	Friedrichshain	Pankow
Mahlzeiten zubereiten	4,7	4,7	4,4	4,7
Gemeinsame Mahlzeiten	5,6	5,9	5,2	5,5
Gartenarbeit	5,4	4,9	4,2	5,7
Alle anderen Eigenarbeiten	4,8	4,8	5,0	4,4
Selbsthilfe und Ehrenamt	5,4	4,5	5,0	4,9

2.3.3 Ökonomischer Nutzen und innere Befriedigung

Die Ergebnisse stimmen mit den Befunden aus früheren Untersuchungen zur Eigenarbeit (Scherhorn 2000a) überein. Sie bekräftigen die Folgerungen, die wir schon früher ziehen konnten, und ergänzen sie in dem wichtigen Bereich der Familienarbeit. Diese war in den früheren Untersuchungen ausgespart worden und ist auch in der folgenden Tabelle aus einer nichtrepräsentativen Stichprobe nicht enthalten, die wir hier wiedergeben, weil sie die Gesamtheit der unbezahlten Tätigkeiten recht gut veranschaulicht (Scherhorn & Dahm 1999). Denkt man sich in Gedanken die Familienarbeit hinzu, so gewinnt man einen Überblick über

die Vielfalt und die ungefähre Häufigkeitsverteilung der Tätigkeiten insgesamt, und auch über die Häufigkeitsrelation von Eigen- und Bürgerarbeit. Der Anteil der hier als ‚Gruppenarbeit‘ und ‚Soziale Arbeit‘ bezeichneten Tätigkeiten liegt zusammen bei 17 Prozent. Nach den Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes liegt der Anteil der „ehrenamtlich“ geleisteten Tätigkeiten in der Nähe von 15 Prozent (Ehling 1999).

Im allgemeinen liegt der Anlaß für informelle Arbeit weder im Ablenken oder Abschalten noch in der Gewohnheit. Selbst befragte Arbeitslose machen keine Ausnahme von dieser Regel (Herbst 1998, S. 46); zwar gaben 41 % von ihnen an, daß sie die informelle Arbeit auch deshalb machen, weil sie dann überhaupt eine Tätigkeit haben, doch nannten sie mehrere andere Beweggründe mit größerer Häufigkeit. Man leistet informelle Arbeit, *weil sie aus objektiven Gründen notwendig ist, und zugleich weil sie Freude macht*. Das ist ein durchgehender Befund aller uns bekannten Erhebungen. Die ausgeübten informellen Tätigkeiten haben ökonomischen *und* emotionalen Nutzen, sie sparen Geld *und* sie werden aus Freude an der Sache getan.

<i>Beispiele für unbezahlte Tätigkeiten</i>	<i>Häufigkeit</i>
<p>1. Reparieren, Renovieren Neues Waschbecken einbauen. Decken einziehen. Teppichboden verlegen. Waschmaschine säubern. Rasenmäher/Säge/Zaun/Auto/Motorrad/Fahrrad reparieren. Türschlösser gangbar machen. Anstreichen, Tapezieren. Möbel restaurieren.</p>	24%
<p>2. Informieren/Leihen/Tauschen/Teilen Preisvergleiche anstellen. Direkt vom Lager kaufen. Sonderangebote. Flohmarkt. Second-Hand-Läden. Kataloge vergleichen. Preisvorteile durch gemeinsames Einkaufen. - Bohrmaschine/Isomatte/Koffer ausleihen. – Gegenstände, Dienste im Tauschring anbieten/nachfragen: Küchenhilfe, Gardinen nähen, Fotografieren, Vergrößern, Grabpflege, Flötenunterricht. – Car sharing.</p>	18%
<p>3. Besonderes Kochen/Backen Kochen zu besonderen Gelegenheiten, auch gemeinsam (im Verein). Kuchen als Geschenk oder für den Verein backen. Brot/Pizza backen. Marmelade kochen. Obst einmachen. Pralinen/Quark/Essig/Getränke selbst herstellen.</p>	12%
<p>4. Werken Geschirr, Vasen, Figuren töpfern. Malen. Seidenmalerei. Fotografieren. Marionetten/Puppen/Kinderspielzeug/Girlanden/Lampe basteln. Schmuck/ Grußkarten/ Geschenke/Gartenmöbel/Nistkästen/Uhrgehäuse selbst herstellen. Tischdecken einfärben. Datenbank programmieren. Gesellschaftsspiele erfinden.</p>	11%
<p>5. Soziale Arbeit Kindern, Erwachsenen die Haare schneiden. Hausaufgabenhilfe. Kinder von Verwandten/Nachbarn betreuen. Bastelnachmittage, Ausflüge veranstalten. Nachbarschaftshilfe, Freunden, Kranken helfen: Einkaufen, Kochen, Behördengang, Umzugshilfe, Pflege. Behinderte betreuen: im Rollstuhl ausfahren, zum Einkaufen fahren, Briefe schreiben. Regelmäßige Besuche im Altenheim.</p>	10%

6. Gartenarbeit Pflanzen (Tomaten, Geranien) selbst ziehen. Obst/Beeren/Gemüse/Kräuter anbauen, ernten. Unkraut jäten. Bäume/Büsche/Hecke beschneiden. Winterfest machen.	8%
7. Gruppenarbeit Vorstand im Gartenverein. Die Bibliothek des Tauschrings aufbauen/betreuen. Büro und Telefon. Pressenotiz, Artikel schreiben. Vereinsplakat entwerfen. Dia-Vortrag halten, Ausstellung vorbereiten. Vereinszeitschrift, Vereinsfest, Podiumsdiskussion organisieren. Veranstaltungen/Informationsstände. In Schulen informieren. Werkstatt einrichten. Obdachlosenzeitung herstellen und vertreiben.	7%
8. Näh- und Handarbeiten Kleidungsstücke/Karnevalskostüme/Stofftiere/Kissen/Gardinen nähen. Häkeln. Stricken. Kindersachen ausbessern. Decken u.a. sticken. Schuhe besohlen.	6%

Insgesamt also steht bei der informellen Arbeit die Freude an der Tätigkeit nicht im Gegensatz zur sachlichen Notwendigkeit. Die letztere ist aber häufig der Auslöser: Die grundsätzliche Bereitschaft zur informellen Arbeit korreliert mit dem Vorhandensein von äußerem oder innerem *Druck*. Er kann sich in der Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, im vorzeitigen Beenden der Erwerbsarbeitszeit durch Vorruhestandsregelungen, im Bestreben mit knappen Geldmitteln besser auszukommen, im Abwehren eines allgemeinen Leistungsdrucks oder auch im Entschluss manifestieren, bedürftigen Menschen zu helfen oder sich für eine als wichtig erkannte Sache einzusetzen.

Den stärksten äußeren Druck löst sicher die Arbeitslosigkeit aus. Man kann zwar nicht erwarten, daß alle Menschen, die arbeitslos geworden sind, sich nun stärker der Eigentätigkeit zuwenden. Manche werden im Gegenteil entmutigt. In der erwähnten Arbeitslosenbefragung hat aber nur bei 25 % der Befragten die Häufigkeit der eigenen Aktivitäten gegenüber der Zeit vor der Arbeitslosigkeit abgenommen. Bei der Mehrheit, 75 %, nahm sie zu.

In vielen Fällen äußert sich der äußere Druck darin, daß der Kauf oder die Reparatur eines eigenen Hauses oder auch größerer Gebrauchsgegenstände ohne Eigenarbeit nicht finanzierbar gewesen wäre. Auch das Halten des Kraftfahrzeugs wird vielen dadurch erleichtert und manchen dadurch ermöglicht, daß sie die Reparaturen selbst machen. Manche werden ungewollt mit der veränderten Situation, mehr Zeit und weniger Einkommen zu haben, konfrontiert; andere entscheiden sich freiwillig zur Steigerung ihrer persönlichen Lebensqualität durch selbstgewählte Teilzeitarbeit, also mehr Zeit und weniger Einkommen. Und für nicht wenige ist es der Wunsch, gemeinsam mit anderen etwas Sinnvolles zu tun, der sie zur informellen Arbeit bringt.

Mit einem Wort: Die Beweggründe für Eigen- und für Bürgerarbeit liegen nicht weit auseinander. Denn bei allen Unterschieden in den Inhalten der präferierten Tätigkeiten haben sie eines gemeinsam, die intrinsische Motivation.

2.4 Die Produktivität der Subsistenz

2.4.1 Informelle Arbeit braucht intrinsische Motivation

Bei den Leistungen aus bürgerschaftlichem Engagement erscheint uns besonders bedeutsam, dass sich trotz Individualisierung und Globalisierung, trotz der Fixierung auf Wachstum und Wettbewerb bedeutende Kräfte aus Solidarität und Gemeinschaftsgefühl erhalten haben, die den Alltag wesentlich mit prägen. Diese Kräfte schöpfen ihre Energie aus dem intrinsischen Bestreben von Menschen, sinnvoll zu handeln und sich gesellschaftlich produktiv einzubringen. *„Intrinsische Motivation beruht auf den angeborenen Bedürfnissen nach Kompetenz und Selbstbestimmtheit ... Diese motivieren einen fortlaufenden Prozess, in dem optimale Herausforderungen gesucht und erprobt werden. Wenn Menschen nicht von triebhaften Bedürfnissen dominiert werden [wenn sie gesättigt und behaust sind, geliebt und beachtet werden und keine inneren Defizite kompensieren müssen, G.S.], suchen sie Situationen, die ihr Interesse ansprechen und ihre kreativen Fähigkeiten herausfordern. Sie suchen eine ‚optimale Inkongruenz‘ zwischen den internen Strukturen (Bewusstsein, körperliche Kondition) und der Außenwelt, um sie zu reduzieren und die gewonnene Erfahrung in die bestehenden Strukturen zu inkorporieren“* (Deci und Ryan 1985, 32f., Übersetzung aus Scherhorn 2001c).

Im bürgerschaftlichen Engagement ebenso wie in der Eigenarbeit kann eine Chance liegen, die Krise der Erwerbsarbeit abzufedern. Die Krise entsteht für Menschen, wenn keine gesellschaftlich orientierte und akzeptierte produktive Tätigkeit mehr im Mittelpunkt des eigenen Lebenszusammenhangs steht. Sich nutzlos im gemeinschaftlichen Kontext empfinden zu müssen, gefährdet die subjektive Lebenszufriedenheit. Das Bewusstsein, die eigene Lebenssicherung nicht mehr gewährleisten zu können, sich im weitesten Sinne gesellschaftlich und wirtschaftlich überflüssig zu fühlen und auf Hilfe von außen angewiesen zu sein, ist sicherlich – neben den direkt wirksamen Einkommenseinbußen – die einschneidendste Auswirkung verminderter Erwerbschancen für die Einzelnen. Dass hiermit, durch das Gefühl erhöhter Abhängigkeit von staatlich-öffentlicher Hilfe, noch das Gefühl einer geringeren Möglichkeit zur Selbstbestimmung erzeugt wird, wirkt zusätzlich erschwerend. Deshalb ist es elementar, dass die Subsistenzarbeit, sei sie eigen- oder bürgerschaftsbezogen, ihren Lohn in sich selbst trägt. So erhöht sie die individuelle Lebensqualität. Und als bürgerschaftliche Tätigkeit steigert sie auch die gemeinschaftliche Lebensqualität, nämlich durch die Leistungen, die aus der Arbeit erbracht und in die Bürgergesellschaft gespeist werden.

„Intrinsisch motiviertes Verhalten wird mit Emotionen der Freude und Erregung belohnt, die das Erleben von Kompetenz und Selbstbestimmtheit begleiten. Diese Belohnungen sind genau genommen keine Verstärker, weil sie weder ein organisches Ungleichgewicht reduzieren, noch von der Aktivität selbst operational zu trennen sind. Wenn Menschen intrinsisch motiviert sind, ... erfahren sie, dass die Ursache ihres Handelns in ihnen selbst liegt ... Das Gegenteil ... ist Druck und Spannung. Insoweit Menschen sich zu etwas zwingen, von Angst beherrscht sind oder unter Druck arbeiten, können wir sicher sein, dass extrinsische Motivation zumindest beteiligt ist – vielleicht weil ihr Selbstwertgefühl auf dem Spiel steht oder

sie einen Termin einhalten müssen oder auf einen materiellen Vorteil bedacht sind“ (ebenda).

Mit dem Begriff der intrinsischen Motivation ist also die Motivation ‚von innen heraus‘ gemeint. Diese Eigenmotivation stellt die Triebkraft dafür dar, auch mühevollen Tätigkeiten zu verrichten, die nicht über Erwerb entlohnt werden. *„Wer einer Priorität der materiellen privaten Güter – also externer Stimuli – zuneigt, wird nicht am Nachdenken darüber interessiert sein, dass diese mit einer Betonung extrinsischer Motivation verbunden sein könnte. Vermutlich wird er es ablehnen, in der Unterscheidung zwischen ex- und intrinsischer Motivation irgend einen Sinn zu sehen“* (Scherhorn 2001, 4). So muss der intrinsische Wert vom ökonomischen Wert als Preis unterschieden werden. *denn „alles Werten geht zurück auf – je nachdem angenehme oder unangenehme – Gefühle,“* und Nutzen ist *„ein Maß für das Potenzial, Bedürfnisse zu befriedigen und Wünsche zu erfüllen“* (Franck 1998, 88). Intrinsisch motivierte Arbeiten werden geleistet, weil sie von den Einzelnen als wichtig und notwendig, als sinnvoll und sinnerfüllend empfunden werden.

Unvermeidlich gibt es immer Tätigkeitsfelder, für die sich die erwerbswirtschaftliche Arbeit weniger eignet, weil sie eine Qualität erfordern, die im formellen Sektor nicht produziert werden kann. Das ist nicht etwa eine *höhere* Qualität, sondern eine *andere*. Es ist eine Qualität, die nur bei hohem und selbstbestimmtem Einsatz von Hinwendung und Zeit zustandekommt; der Einsatz wird aus dem Commitment der informell Tätigen, aus ihrer Identifikation mit der Aufgabe, ihrem Bedürfnis nach sinnvoller Arbeit gespeist; das Ergebnis wird als notwendig, anerkannt und sinnvoll erlebt. Diese Beschreibung kann im Prinzip zwar auch auf formell organisierte und bezahlte Tätigkeiten zutreffen, aber da sie selbstbestimmtes Arbeiten voraussetzt, gilt sie dort nur in einer Minderheit von Fällen. Meist wird in den erwerbswirtschaftlichen Strukturen durch Organisationsdruck und Rentabilitätszwang verhindert oder stark eingeschränkt, daß die Sachhingabe, Selbstbestimmtheit und Zeitsouveränität, die der informellen Tätigkeit eigen sind, in ihr zum Zuge kommen.

Dies steht in bezeichnendem Gegensatz zu der Bedeutung, die Menschen ihrer gemeinschaftsorientierten Tätigkeit in ihrem Leben zuordnen. Im Freiwilligensurvey von 1999 geben 77% an, dass das freiwillige Engagement in ihrem Leben ‚wichtig‘ bis ‚sehr wichtig‘ ist. Im letzteren zeigt sich auch, dass das Sinnvolle gleich dem Sinnerfüllenden sein kann, also Befriedigung und Ganzheitlichkeit aus einer auch anstrengenden Tätigkeit erwachsen können, sofern sie als relevant und wertvoll empfunden wird. *„Gemeinwohlorientierung und das Interesse an Selbstentfaltung sind keine einander widersprechenden, konkurrierenden Werte, sondern werden von den Engagierten miteinander verbunden und bilden ein gemeinsames Motivbündel für Engagement“* (Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ 2002, 102 ff.). Die Leistungen aus bürgerschaftlichen Einrichtungen, die auf gesellschaftlich-struktureller Ebene erbracht werden, haben eine enorme Wirkung auf soziokulturelle, sozioökonomische und soziopolitische Interaktionen in unserer Gesellschaft, und darüber hinaus stärken sie die Bereitschaft und Motivation, eigenverantwortlich Selbsthilfe zu leisten und einen suffizienten – maßvollen und balancierten – Konsumstil zu entwickeln.

Insgesamt tragen sie so maßgeblich zu individueller und gemeinschaftlicher Lebensqualität und insgesamt zu Wohlstand bei. Dabei ist es auch expliziter Anspruch bürgerschaftlicher Einrichtungen, derartige Leistungen zu erbringen, und wird von ihnen als Maß und als Basis einer erfolgreichen Arbeit betrachtet. Dies spiegelt sich auch im weiten Spektrum der Motivation für gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit wider.

Die Motivgrundlage der informellen Bürgerarbeit haben wir im Rahmen des schon erwähnten Wuppertaler Vorprojekts mit Intensiv-Interviews in 10 bürgerschaftlichen Einrichtungen in Köln untersucht (Scherhorn & Dahm 2001). Dabei haben wir sämtliche Leistungen einbezogen, die von einer Einrichtung erbracht werden, auch jene, die sich nicht ohne weiteres quantifizieren lassen. Quantifizierbar durch Angaben über Aufwand und Nutzen sind die administrativen Tätigkeiten, die Beratungsdienste, die Öffentlichkeitsarbeit, die Betreuung und Pflege, die Beiträge zu Kommunikation und Vernetzung, die Schaffung und Vermittlung von Arbeitsplätzen.

Doch nicht nur diesen Leistungen gilt die Motivation der Mitarbeiter, auch die schwerer messbaren Leistungen, die auf soziostruktureller Ebene erbracht werden, sind für sie lohnend und motivierend. Sie umfassen ein breites Spektrum der *Stärkung soziokultureller Strukturen*, namentlich der Kooperations-, Kommunikations-, Partizipations-, Solidaritäts- und Integrationsbeziehungen und -netze. Ferner wird die individuelle *Motivation zu Selbsthilfe* gestärkt sowie die Bereitschaft zu *Arbeitszeitverkürzung und suffizientem Konsumverhalten* erhöht. Leistungen dieser Art zu erbringen, ist Anspruch aller untersuchten Einrichtungen und wird von ihnen als Grundlage für ihre erfolgreiche Arbeit verstanden.

In der Tat ist die Erhöhung der Lebensqualität durch soziale Beziehungen geradezu eine Bedingung dafür, daß Menschen sich in unbezahlter Gemeinschaftsarbeit engagieren. Dies wurde im Wuppertaler Vorprojekt auch in einer schriftlichen Befragung in Kölner bürgerschaftlichen Einrichtungen deutlich. Auch die quantitativen Ergebnisse der Befragung von über 50 bürgerschaftlichen Einrichtungen im Vorprojekt bestätigen diesen Befund (vgl. Dahm 2003). Die Erhöhung der individuellen Lebensqualität und Selbstentfaltung, insbesondere durch sinnvolle Aufgaben, soziale Beziehungen, kooperatives und partizipatives Miteinander, ist offensichtlich die wichtigste Bedingung dafür, dass Menschen gemeinschaftsorientierte Subsistenzarbeit leisten wollen.

Besonders deutlich wird das, wenn man die unterschiedlichen Motive, die in den befragten Einrichtungen angegeben wurden, bündelt. So sehen beispielsweise 28 % wesentliche Motivationen für bürgerschaftliches Engagement durch *Partizipation, Gemeinschaftlichkeit und solidarische Gegenseitigkeit* gestiftet, und für 16 % ist der Bereich *Austausch und Kommunikation sowie Kontakt und Vernetzung* von besonderer Bedeutung. Für 10 % sind die Attribute *Spaß und Freude, Sinnhaftigkeit und Ganzheitlichkeit der Tätigkeit* zentrale Motive, und 12 % heben die *politische und gesellschaftliche Wirkung* hervor. Im Zentrum der gemeinschaftsorientierten Subsistenzarbeit steht die Identifikation mit der Arbeit, die Selbstbestimmung und Selbstorganisation, die Freude daran und besonders auch die Gemeinschaftlichkeit in der Arbeit und in der Aufgabe.

Der Impuls für informelle Arbeit geht also keineswegs nur von den den jeweiligen Leistungsempfängern aus, sondern auch von den informell Tätigen selbst. Sie identifizieren sich mit der Arbeit, sie arbeiten selbstbestimmt, und sie haben Freude daran – an den Ergebnissen, weil sie diese als notwendig und sinnvoll empfinden, ebenso aber auch an den Tätigkeiten selbst. Ihre Motive liegen zumeist in der Gemeinschaftlichkeit der Arbeit und der Aufgabe. Doch nennen 17 % als Beweggründe auch die *eigene Betroffenheit*, und 12 % das Sammeln von *Erfahrungen* und die damit verbundene *Qualifikation* auch für formelle Tätigkeiten. Die Gesamtheit dieser motivierenden Momente bildet die Grundlage für die besondere Qualität der informellen Arbeit.

2.4.2 Formelle Arbeit wird extern stimuliert

Worin die Qualität der selbstbestimmten Arbeit besteht und wie sie im formellen Sektor verhindert wird, darüber haben die Experimente zur intrinsischen Motivation Auskunft gegeben, die Edward Deci 1969 begonnen hat; sie wurden seither hundertfach wiederholt und vielfach abgewandelt (ein Überblick bei Deci 1995, eine Meta-Analyse bei Deci, Koestner & Ryan 1999). Stets ergab sich das gleiche Resultat: Wer daran gewöhnt wurde, etwas *für* Geld oder *für* einen Preis oder eine gute Note zu tun, tut es danach nicht mehr ohne die Aussicht auf eine Belohnung (oder auf das Vermeiden einer Strafe). Alfie Kohn hat viele der Untersuchungen zu diesem Thema in einem Buch zusammengefasst, dem er den Titel „Punished by Rewards“ gab (Kohn 1993). Durch Belohnung und Bestrafung zurückgewiesen wird offenbar das natürliche Gefühl von Autonomie, das selbst ganz kleine Kinder in Sätzen wie „Ich kann das schon allein“ zur Sprache bringen. In diesem Gefühl drückt sich das Bedürfnis aus, selbst der Grund des eigenen Handelns zu sein, im eigenen Selbst den „Ort der Verursachung“ (locus of causality, vgl. De Charms 1968) zu sehen. Das Bedürfnis wird frustriert, wenn die Person realisiert, dass ihr Handeln durch Belohnung/Bestrafung von außen kontrolliert, d.h. beherrscht wird. Es wird frustriert, weil die Kontrolle als stärker empfunden wird als die intrinsische Motivation – wie könnte sie sich sonst an deren Platz setzen!

Bei systematischer Betrachtung kann man die externen Stimuli, deren kontrollierende Wirkung das vitale, spontane, echte, neugierige Interesse an einer Sache lähmt, in drei Gruppen gliedern. Sie bestehen *erstens* in Belohnung mit Geld, Lob, Geltung sowie in Bestrafung mit Arbeit, Buße oder dem Entzug von Zuwendung. Die gleiche Wirkung haben *zweitens* Drohungen, Termine, vorgeschriebene Ziele, Überwachung, Bewertung, und *drittens* auch Wettbewerbshandlungen, wenn die Menschen nicht um der Sache, sondern um des Gewinns willen miteinander konkurrieren (Deci 1995, 31f). Diese Stimuli unterminieren die intrinsische Motivation, wenn sie der betroffenen Person die Erfahrung vermitteln, dass sie nicht aus eigenem, innerem Antrieb handelt, aus Freude an der Sache oder aus dem Gefühl der Verpflichtung heraus, sondern um des externen Stimulus willen.

Die Erfahrung muss sich nicht einstellen, wenn die Stimuli sachbezogen und ohne Herrschaftsabsicht verwendet werden. Richard Ryan hat das nachgewiesen. Er erdachte ein Ex-

periment, in dem identische Stimuli einigen Teilnehmern in kontrollierender Absicht gegeben wurden, nämlich um das gewünschte Verhalten zu erzwingen, anderen aber *ohne* kontrollierende Absicht, nämlich als feedback, als sachbezogene Information über die Leistung, als Anerkennung. Wenn die kontrollierende Absicht fehlte, blieb die unterminierende Wirkung aus (Ryan 1982). Selbst der Wettbewerb kann ja ohne den Druck ablaufen, der entsteht, wenn das Bewusstsein von dem Wunsch erfüllt ist, den ersten Preis zu gewinnen: Wenn es den Teilnehmern um die Herausforderung, um das Dabeisein, um die Freude an der Leistung geht, beteiligen sie sich aus innerem Antrieb.

Allerdings kann die Gewöhnung daran, dass Leistung prämiert wird, doch wieder dazu führen, dass man sich wegen der Prämie anstrengt. Und das Streben nach der Prämie wird dann einen ebenso negativen Effekt haben wie das Streben nach anderen externen Belohnungen, auch für die Gewinner, denn es macht ihr Verhalten heteronom. Heteronom bedeutet, dass die Unterminierung der intrinsischen Motivation durch externe Stimuli das Verhalten für den Erwerb der Belohnung bzw. für das Vermeiden der Bestrafung instrumentalisiert. Problematisch ist das, weil es die Menschen lehrt, die externen Stimuli mit möglichst wenig Anstrengung zu erreichen:

- Sie sind an der Sache weniger interessiert, sie lernen mechanischer und bemühen sich weniger um ein Verständnis für die zugrundeliegenden Konzepte und Zusammenhänge.
- Sie arbeiten weniger kreativ, sie setzen weniger von ihren Fähigkeiten ein und suchen den begehrten Stimulus auf einem möglichst direkten, abgekürzten Weg zu erreichen.
- Ja sie täuschen womöglich die Leistung nur vor, wenn es ihnen wirklich nur um die Belohnung geht, oder darum, der Strafe zu entgehen.

Gewiss ist dies letztere der Extremfall; oft wird man sich eben doch ein gewisses Maß an Interesse an der Sache bewahren. Doch je mehr man etwas deshalb tut, weil man an der externen Stimulierung interessiert ist, desto weniger fühlt man Verantwortung für das Produkt seines Handelns – oder gar für die davon betroffene soziale und natürliche Mitwelt (Deci 1995, 44-52).

Wie sehr die industrielle Erwerbswirtschaft von der Orientierung des Handelns an externen Stimuli geprägt ist, kommt in dem berühmten Satz des Henry Ford zum Ausdruck, des Erfinders der Fließbandarbeit: „Ich zahle meinen Arbeitern gute Löhne, damit sie meine Autos kaufen können.“ Der Satz bringt ein stillschweigendes Einverständnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf den Punkt, das die letzten hundertfünfzig Jahre lang gegolten hat. Dieses Einverständnis hat man als den „fordistischen Gesellschaftsvertrag“ bezeichnet. Zwei englische Autoren beschreiben ihn als *die ungeschriebene Übereinkunft, steigender Lebensstandard und dauernde Beschäftigung sei der Lohn für die Bereitschaft, entfremdende Arbeitsbedingungen ohne übermäßiges Widerstreben hinzunehmen* (Gabriel & Lang 1995, 18).

Diese Vorstellung ist im Bewußtsein der Menschen in den Industriegesellschaften noch tief verankert. Die Berufsarbeit wird von der Mehrheit der Arbeitnehmer nicht aus Freude an der Tätigkeit, nicht aus Interesse an der Sache geschätzt. In einer Umfrage des BAT-Freizeitfor-

schungsinstituts sagten Ende der 1990er Jahre nur 28 Prozent der Erwerbstätigen, ihre Arbeit mache ihnen auch Freude. Gut die Hälfte – bei den Beamten sogar 63 Prozent, bei den leitenden Angestellten immerhin 48 Prozent – sagten, sie könnten ihre Ideen nur außerhalb des Berufs realisieren.

Das ist kein Wunder; Dem fordistischen Gesellschaftsvertrag entsprechend ist die Berufsarbeit auch heute noch so organisiert, dass eine Mehrheit der Arbeitenden den Ansporn zu ihrer Tätigkeit *nicht* in deren gesellschaftlicher Bedeutung, in den täglichen Herausforderungen oder im selbstbestimmten und verantwortlichen Mitarbeiten sehen kann. Wie der Vertrag es bestimmt, sieht man ihn stattdessen in der Erzielung von Einkommen und in der Finanzierung eines immer komfortableren und ablenkenderen Freizeitlebens. Man begnügt sich mit entfremdeter Arbeit, aber dafür leistet man sich immer mehr Konsum: Der fordistische Gesellschaftsvertrag ist tief verinnerlicht.

Er war aber nur die erste Stufe in einem Prozess, der heute schon bei der nächsten Stufe angekommen ist. Dass sie ihrer selbst entfremdet wurden durch Maschinentempo, Produktivitätszwang und bürokratische Regeln, haben die Fabrikarbeiter noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts als unerträglich empfunden. So hart ihre Lebensbedingungen vorher auch gewesen sein mochten, waren sie doch jedenfalls an ein selbstbestimmteres, flexibleres, geselligeres Arbeiten gewöhnt. Henry Ford mußte 900 Arbeiter einstellen, wenn er 200 brauchte – 700 blieben wieder weg, weil sie so viel Unlebendigkeit, Isolierung und Zeitdruck nicht ertrugen (Cohen 1998, 99). Seinem Entschluss, den Arbeitern für damalige Verhältnisse relativ hohe Löhne zu zahlen, lag aber eine doppelte Strategie zugrunde. Er wollte die hohe Fluktuation eindämmen und zugleich auf längere Sicht den Absatz erhöhen. Für diese Strategie gibt es heute keinen Anlass mehr:

- Die enttäuschten Arbeiter konnten wegbleiben, weil es in den Anfängen der Industrialisierung noch relativ viel an Alternativen für einen Lebensunterhalt durch Subsistenz in Landwirtschaft und Eigenproduktion gab, und weil der Sog der Konsumleitbilder und folglich der Zwang zum Geldverdienen noch relativ schwach war. Heute sind in fast allen Teilen der Welt die Chancen für nichtmonetären Lebensunterhalt geringer, aber die Konsumleitbilder fordernder und somit die Arbeiter und Angestellten vom Lohn abhängiger geworden.
- Der Unternehmer Ford konnte die Personalkosten der Massenproduktion steigern, weil er die Freiheit besaß, bei der Anlage seines Industriekapitals eine langfristige Strategie zu verfolgen. Heute ist das treibende Moment der kapitalistischen Entwicklung vom Industriekapital auf das Finanzkapital übergegangen, und das wird kurzfristig angelegt und verlangt hohe Verzinsung. So ist aus der Bindung des Industriekapitals an die langfristige Entwicklung des Unternehmens ein Hang zur kurzfristigen Ausbeutung des Unternehmens für die Expansion des Finanzkapitals geworden. Diese strategische Orientierung erlaubt zwar eine großzügige Beteiligung des Managements und der Träger von Kernkompetenzen am Unternehmenserfolg, fordert aber von der Masse der Beschäftigten eine fortgesetzte Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Zeitdruck, Lohnreduktion und

Einsparung von Arbeitsplätzen, und das umso mehr, je schwieriger die Abwälzung von Kosten auf die natürliche Mitwelt wird.

Das bedeutet nichts anderes als die stillschweigende Aufkündigung des fordistischen Gesellschaftsvertrages. In der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems (Wallerstein 1974, 1980, 1987) ist eine neue Stufe erreicht: Die Bereitschaft, entfremdende Arbeitsbedingungen ohne übermäßiges Widerstreben hinzunehmen, wird nicht mehr mit dem Versprechen von Lohnsteigerung und Beschäftigungssicherheit erkaufte, sondern mit dem Drohpotential erzwungen, das aus zwei neuen Entwicklungen erwachsen ist, aus der Steigerung der Kapitalintensität durch *Digitalisierung* und aus der Abwanderung der Produktion in Niedriglohnländer im Gefolge der *Globalisierung*. Und auch die Zielsetzung hat sich geändert; dem Finanzkapital geht es nicht wie dem Industriekapital in erster Linie darum, das Sozialprodukt zu steigern, es sucht in erster Linie seinen Anteil am Volkseinkommen zu erhöhen, auch wenn das nur durch massive Reduktion der Arbeitskosten, und damit der Einkommen und der Beschäftigung, zu erreichen ist. Dabei bleibt unerkannt, dass diese Strategie in mittlerer Frist die Versorgung sowohl durch die informelle als auch durch die formelle Wirtschaft gefährdet.

Man scheint sich im Grunde immer noch an der alten Vorstellung zu orientieren, dass eine Volkswirtschaft über die Grenzen wohl Güter austauscht, aber die Arbeit und das Kapital im Lande behält. Solange das galt, verursachte eine Produktivitätssteigerung allenfalls temporäre Arbeitslosigkeit, denn der Arbeit sparende technische Fortschritt verbilligte zugleich die bisherigen Produkte und gab den Anstoß für die Herstellung neuer Güter. Die wurden mit den freigewordenen Arbeitskräften hergestellt und mit der gestiegenen inländischen Kaufkraft nachgefragt. Eine solche Binnenmarktorientierung haben die Industriestaaten bis ins 20. Jahrhundert hinein praktiziert. Im Zeitalter der Globalisierung aber wird sie durch Exportorientierung abgelöst. Das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern selbst lässt nach übereinstimmender Auskunft der amtlichen Statistiken keine nennenswerten Zuwachsraten mehr erwarten (Afheldt 2004). Das Finanzkapital setzt die börsengängigen multinationalen Unternehmen unter Rentabilitätsdruck. Diese rationalisieren ihre Produktion weltweit, doch steht der Reduktion der Erwerbseinkommen im Inland keine entsprechende Verbilligung der Produkte im Inland gegenüber. So muss sich die inländische Kaufbereitschaft vermindern, und die Gewinne aus den Exporten können nicht in die Produktion neuer Güter für den inländischen Markt investiert werden, weil auf ihm die Nachfrage fehlt (Jenner 2005).

Damit die Strategie des Finanzkapitals tatsächlich zu den erwarteten hohen Kapitalrenditen führt, muss deshalb diese Schwächung der Absatzchancen durch Erschließung neuer Märkte ausgeglichen werden: Durch Privatisierung bisheriger Staatsaufgaben (Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Alterssicherung), durch Verdrängung der land- und hauswirtschaftlichen Subsistenzwirtschaft (vor allem in den Entwicklungsländern; aber auch in den Industrieländern eröffnet die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen noch manche Absatzmöglichkeiten für hauswirtschaftliche Produkte und Dienste) und vielleicht sogar durch Übernahme mancher Leistungen der urbanen Subsistenz.

Die letzte dieser drei Möglichkeiten ist die unwahrscheinlichste; denn welche der Leistungen, die wir im Abschnitt 2.2.2 dargestellt haben, würden auf dem Markt wohl eine so kaufkräftige Nachfrage finden, dass sich zweistellige Kapitalrenditen erwirtschaften ließen? Aber auch die beiden erstgenannten werden nur einen Teil des Bedarfs decken können, die Bedürfnisse der unteren Einkommenschichten und erst recht der Marginalisierten können sie nicht befriedigen, die Slums in den Megacities Afrikas, Indiens und Südamerikas zeigen das deutlich genug. Zwar könnten genug Güter produziert werden, um alle zu versorgen, die ihrer bedürfen; aber in der Produktion können bei weitem nicht alle beschäftigt werden, also bleiben auch die Produkte für viele unerschwinglich.

Mit einem Wort: Die Strategie des Finanzkapitals wird den Bereich des Marktversagens vergrößern, nicht verkleinern. Urbane Subsistenz wird notwendiger, nicht etwa entbehrlicher. Sie kann die Fehlentwicklung der formellen Wirtschaftstätigkeit weder heilen noch ändern, aber wenn sie am Leben erhalten und nach Kräften ausgebaut wird, kann sie eines Tages dazu beitragen, die formelle Wirtschaft aus der Sackgasse herauszuführen.

2.4.3 Umdenken bei der Produktivität von Dienstleistungen

Zur Erhaltung und zum Ausbau der Subsistenzarbeit ist nach unseren Ermittlungen vor allem ein Umdenken beim Begriff der Arbeitsproduktivität notwendig. Die übliche Formel der Arbeitsproduktivität (= Output an Produkten/Dienstleistungen pro Arbeitsstunde) wird den bürgerschaftlichen Dienstleistungen nicht gerecht, übrigens auch nicht den Leistungen der privaten Subsistenz. Denn nach dieser Formel steigt die Produktivität z.B. auch, wenn das Produktionsverfahren zwar effizienter, aber umwelt- oder sozialschädlicher wird oder wenn die Produktionsmenge auf Kosten der Produktqualität gesteigert wird.

Bei Dienstleistungen fällt die Qualität des Produktionsverfahrens weitgehend mit der Qualität des Produkts zusammen. Also können wir das Argument abkürzen: Man sollte nur dann davon sprechen, dass die Produktivität von Diensten steigt, wenn die Qualität der Leistung (zumindest) nicht schlechter wird als bisher. Anders formuliert sollte eine Dienstleistung dann produktiver genannt werden, wenn sie entweder bei gleichem Aufwand den Bedarf besser erfüllt oder mit geringerem Aufwand den Bedarf ebenso gut erfüllt. Nur so wird verhindert, dass Produktivitätssteigerungen zu Qualitätsverschlechterungen führen.

Es diskreditiert den Produktivitätsbegriff, wenn man zulässt, dass die Produktivität von personenbezogenen Diensten sich durch Verminderung des Aufwands erhöht, obwohl die eingesetzte Arbeit den Bedarf der Personen, für die der Dienst bestimmt ist, schlechter erfüllt. Qualitätsverschlechterung wird nur verhindert, wenn die Quantität des Output (Beispiel: Anzahl von Pflegeleistungen) mit der Qualität der Leistung gewichtet wird, etwa mit einem qualitativen Maßstab (*benchmark*) des Arbeitseinsatzes oder des Arbeitsergebnisses, der verhindert, dass z.B. eine Verringerung der pro Dienstleistung eingesetzten Arbeitszeit rechnerisch die Produktivität erhöht, obwohl zugleich die Qualität des Dienstes schlechter wird, weil in der verringerten Zeitspanne zwar noch die quantitativ messbare Verrichtung

(z.B. Fiebermessen), aber nicht mehr die Qualität der Begleitumstände (z.B. der menschlichen Zuwendung) bedarfsangemessen ausgeführt werden kann.

Auch der industrielle Produktivitätsbegriff ist nicht so einseitig effizienzorientiert wie es häufig den Anschein hat. Er kommt ohne einen Koeffizienten für die Qualität der Produkte nur deshalb aus, weil man davon ausgeht, dass die Qualität im Preis zum Ausdruck kommt. Dies aber wird keineswegs, wie gern angenommen wird, durch den Wettbewerb garantiert. Der Wettbewerb ist dafür zwar notwendig, aber nicht ausreichend. Er wird von einem System technischer Vorgaben – vor allem den *Industrienormen* – ergänzt, die nicht nur die Beschaffenheit der eingesetzten Werkstoffe, der Arbeitsmittel, Vorleistungen, Produktionsverfahren und Produkte regeln, sondern zugleich auch die Qualität der eingesetzten Arbeit steuern sollen.

Dieses System wird mittlerweile in Richtung auf ein „totales“ Qualitätsmanagement auch für Dienstleistungen weiterentwickelt. Allerdings ist es bisher noch zu stark „am traditionellen Maschinen- und Anlagenbau orientiert,“ der mit der Erfassung der zu erfüllenden Bedarfe wenig Probleme hat, weil „der Kunde seine Qualitätsanforderungen weitgehend in den Vertrag diktiert oder in Form eines Lastenheftes detailliert darlegt“ (Haas 1998, 219). Eine aktive Anpassung an die zu erfüllenden Bedarfe, sei es weil sie sich ändern, sei es weil die Nutzer sie nicht artikulieren können, ist nicht vorgesehen.

Bei qualifizierten personenbezogenen Diensten – hier ist in erster Linie an Dienste zu denken, die ein besonderes Maß an Professionalität und Einfühlung erfordern wie Gesundheitsdienste oder Beratungen – verbieten es die allgegenwärtigen Informationsasymmetrien, sich darauf zu verlassen, dass die Qualität der Dienstleistung im Preis schon hinreichend berücksichtigt sei. Denn wo die Nachfrager die Qualität nicht beurteilen können, da hat nach Akerlof (1970) der Wettbewerb die Tendenz, den Preis zu senken und die teurere Qualität zu eliminieren, zumal wenn die institutionellen Regeln es zulassen, die Produktivität einfach dadurch zu steigern, dass der Zweck der Leistung schlechter erfüllt wird. Professionelle, qualifizierte, gutbezahlte personenbezogene Dienste können gegen die Tendenz zur Qualitätsverschlechterung nur unter dem Regime eines qualitätsorientierten Produktivitätsbegriffs, wie er oben skizziert ist, geschützt werden.

Hohe Qualität ist schon auf Märkten mit symmetrischer Rollenverteilung zwischen Anbietern und Nachfragern nur dann gegen Qualitätsverschlechterung zu sichern, wenn die Nachfrager über Markttransparenz verfügen. Bei Dienstleistungen kommt aber oft noch hinzu, dass nicht nur die Information asymmetrisch ist, sondern auch die *Verteilung der Markttrollen*, z.B. wenn die Nachfragerrolle auf mehrere Funktionsträger – z.B. Besteller, Zahler, Nutzer – verteilt ist (Beispiele: Gesundheitswesen, Bürohäuser, Bauträger). Einen ähnlichen Effekt kann es haben, wenn die Nachfrager ihre Kaufentscheidungen von den Empfehlungen der Hersteller, Händler, Architekten, Handwerker usw. abhängig machen, die zum einen ihre eigenen Interessen verfolgen und zum anderen über neuere Entwicklungen, z.B. im Bereich des ökologischen Bauens, nicht optimal informiert sind. Die Nachfrage kann dann nicht genug Druck auf die Anbieter ausüben, dass sie die Qualität der Dienstleistung verbessern oder

aufrechtzuerhalten. In solchen Fällen geht vom herkömmlichen Produktivitätsbegriff ein Anreiz zur Qualitätsverschlechterung aus.

Die *informelle Arbeit* ist von diesem Anreiz frei, solange sie nicht unter Druck gesetzt wird und die Kenntnisse der Ausführenden für den Bedarf der Nutzer ausreichen. Diese Bedingungen sind gegeben, wenn die Ausführenden intrinsisch motiviert arbeiten können, von administrativen Aufgaben zumindest teilweise entlastet werden und Möglichkeiten selbstbestimmter Weiterbildung – auch „on the job“ – haben. Die Produktivität der informellen Arbeit folgt dann *von sich aus* der oben skizzierten qualitätsorientierten Auffassung, weil intrinsisch motivierte Dienstleistungen prinzipiell am Bedarf der Nutzer orientiert sind. Das verlangt von denen, die informelle Arbeit einsetzen oder fördern, ein beträchtliches Verständnis für die Bedingungen des intrinsisch motivierten Arbeitens.

Diese Bedingungen sind zwar in der Psychologie gut erforscht (vgl. Deci 1995), aber in der politischen und betrieblichen Praxis zu wenig bekannt, obwohl sie auch in der formellen Arbeit mit Erfolg angewandt werden können. Die Schwierigkeit liegt darin, dass sie *ein anderes Management* – nämlich ein empathisches, autonomieförderndes – erfordern. Dieser Managementstil hat zwar seine großen Vorteile. So ergab eine Studie in der Xerox Corporation, dass die Mitarbeiter von autonomiefördernden Managern ein größeres Vertrauen zur Firma und ein höheres Niveau an Arbeitszufriedenheit und Mitverantwortlichkeit aufwiesen und weniger auf Vergütungen und Bonuszahlungen fixiert waren als die Untergebenen kontrollierender Manager (Deci, Connell & Ryan 1989). Doch sind die bisherigen Managementstile eher kontrollorientiert und dadurch resistent gegen den Gedanken der Autonomieförderung. Das Festhalten am rein effizienzorientierten Produktivitätsbegriff dürfte in dieser Schwierigkeit begründet sein. Andererseits aber wird die Ausdehnung des Dienstleistungsanteils auch in den formellen Wirtschaftssektoren die Notwendigkeit verstärken, Dienstleistungen vor Qualitätsverschlechterung zu schützen.

In beiden Sektoren, dem formellen wie dem informellen, wird dadurch die Erkenntnis gestärkt, dass die Qualität von Dienstleistungen an den Zeitaufwand gebunden ist. Aber für die informellen Tätigkeiten gilt dies in besonderer Weise. Mit *benchmarks* kann man eine Standardqualität festlegen und ihr einen Mindestaufwand an Zeit zuordnen. Doch ist der Zeitbedarf nicht nur für die Qualität der Leistung von Bedeutung, sondern auch für die intrinsische Motivation derer, die die Tätigkeit ausüben. Deshalb wäre es kontraproduktiv, diese auf den Mindestaufwand festzulegen. Sie müssen die Freiheit haben, der Tätigkeit, die sie schließlich aus freien Stücken und ohne Bezahlung ausüben, so viel Zeit zu widmen wie es ihren Bedürfnissen entspricht. Die Kenntnis des Standards kann ihnen helfen, sich dabei noch dezidiierter an dem Bedarf der Nutzer zu orientieren, als es der Tätigkeit ohnehin gemäß ist. Aber die Zeitsouveränität, auf die die intrinsische Motivation angewiesen ist, darf nicht prinzipiell aufgehoben werden.

Dazu gehört übrigens auch, dass die Qualität unterschiedlicher Tätigkeiten nicht mit bewertendem Effekt verglichen wird. Intrinsische Motivation verlangt, dass jede Tätigkeit, wie einfach oder kompliziert sie auch sein mag, für sich wichtig genommen wird, damit sie

Selbstzweckcharakter bekommen und „ihren Lohn in sich tragen“ kann. Deshalb bleibt es sinnvoll, informelle Tätigkeiten in Arbeitsstunden zu messen, denn jede Stunde hat den gleichen Wert, und das wird durch die Orientierung an einer Mindest- oder Standardqualität für die Leistung nicht etwa in Frage gestellt, sondern eher noch unterstrichen. Denn diese Orientierung hilft dabei, die Tätigkeit so gut und sorgfältig auszuüben, wie es ihr gemäß ist, und das bedeutet nichts anderes, als sie ebenso wichtig zu nehmen wie jede andere.

2.4.3 Zur Finanzierung der informellen Arbeit

Einstufungen im Sinn von ‚besser‘ oder ‚höher‘ kommen ja erst hinzu, wenn die Leistung in Geld bewertet wird, um verkauft zu werden. Dass diese Bewertung vermieden wird, darin darf man keine Schwäche der informellen Arbeit sehen; im Gegenteil liegt darin ihre Stärke. Die Leistungen der informellen Arbeit, gleich ob in Eigen- oder in Bürgerarbeit erbracht, sind am Gebrauchs- und nicht am Tauschwert orientiert. Sicher müssen sie finanziert werden, aber nicht durch Verkauf. Denn die Orientierung am Preis würde die intrinsische Motivation unterminieren (2.4.1), ohne die informelle Arbeit gar nicht zustandekommt.

Fragen wir also zunächst, was finanziert werden muss. Dabei können wir uns wieder an den in Köln erhobenen Zahlen orientieren. Von den in Köln ermittelten 996 Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements haben wir 320 eingehend befragen können. In diesen arbeiten im Durchschnitt 18,75 Personen ehrenamtlich und 3,75 Personen hauptamtlich. Hochgerechnet auf alle rd. 1.000 Einrichtungen sind das in einer Stadt wie Köln rd. 18.700 ehrenamtliche und rd. 3.700 hauptamtliche Mitarbeiter. Finanziert werden müssen natürlich die Fahrt- und Sachkosten, die bei der ehrenamtlichen Mitarbeit entstehen, aber auch die hauptamtlichen Mitarbeiter – jedenfalls diejenigen, die notwendig sind, um die ehrenamtliche Arbeit zu organisieren.

Sie sind notwendig, weil die Ehrenamtlichen im Durchschnitt nur 5 bis 6 Stunden pro Woche mitarbeiten; das macht ein Maß an Koordination erforderlich, das nur in sehr kleinen Einrichtungen spontan zustandekommen kann, in größeren Einheiten aber von länger anwesenden Personen organisiert werden muss. Halb- oder ganztägige Mitarbeit ist von ehrenamtlich Tätigen nur zu erwarten, wenn jemand, der/die dazu bereit und fähig ist, von Kapitaleinkünften, Renten oder vom Erwerbseinkommen des Ehepartners leben kann. Diese Bedingung ist nur in seltenen Ausnahmefällen gegeben. Im allgemeinen müssen wir davon ausgehen, dass die ehrenamtliche Mitarbeit aus dem eigenen Erwerbseinkommen oder der eigenen Rente finanziert wird. Sie muss sich also gegen die anderen Ansprüche an die verfügbare Arbeitszeit behaupten können. Das kann bei 5 oder 8 Wochenstunden häufiger vorkommen, bei 35 Wochenstunden aber begreiflicherweise nur sehr selten.

Von 271 Kölner Einrichtungen, die die Frage nach den Finanzierungsquellen beantworteten, wurden 243-mal Eigenmittel aus Beiträgen und Spenden als Finanzierungsquellen genannt, nur 14 werden von Kirchen bzw. Wohlfahrtsverbänden bezuschusst, Stiftungen bzw. Unternehmen wurden 78-mal genannt und 310-mal wurden die öffentlichen Förderungen angeführt.

Die öffentlichen Zuschüsse sind in Abb. 13 nach ihrer anteiligen Bedeutung aufgegliedert; man sieht, dass der Löwenanteil von der Kommune und vom Bundesland beigesteuert wird.

FINANZIERUNGSQUELLEN FÜR BÜRGERSCHAFTLICHE EINRICHTUNGEN – *anteilige Bedeutung*

100 % = alle befragten bürgerschaftlichen Einrichtungen

N = 271

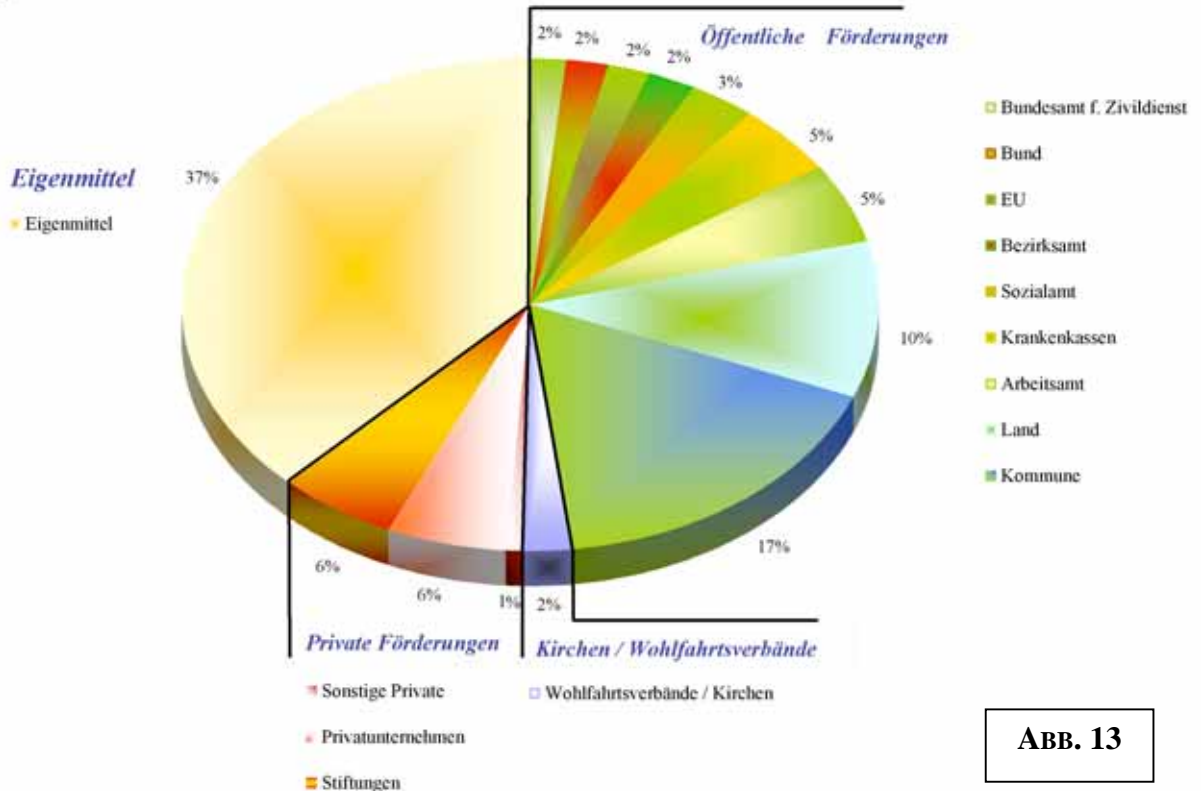


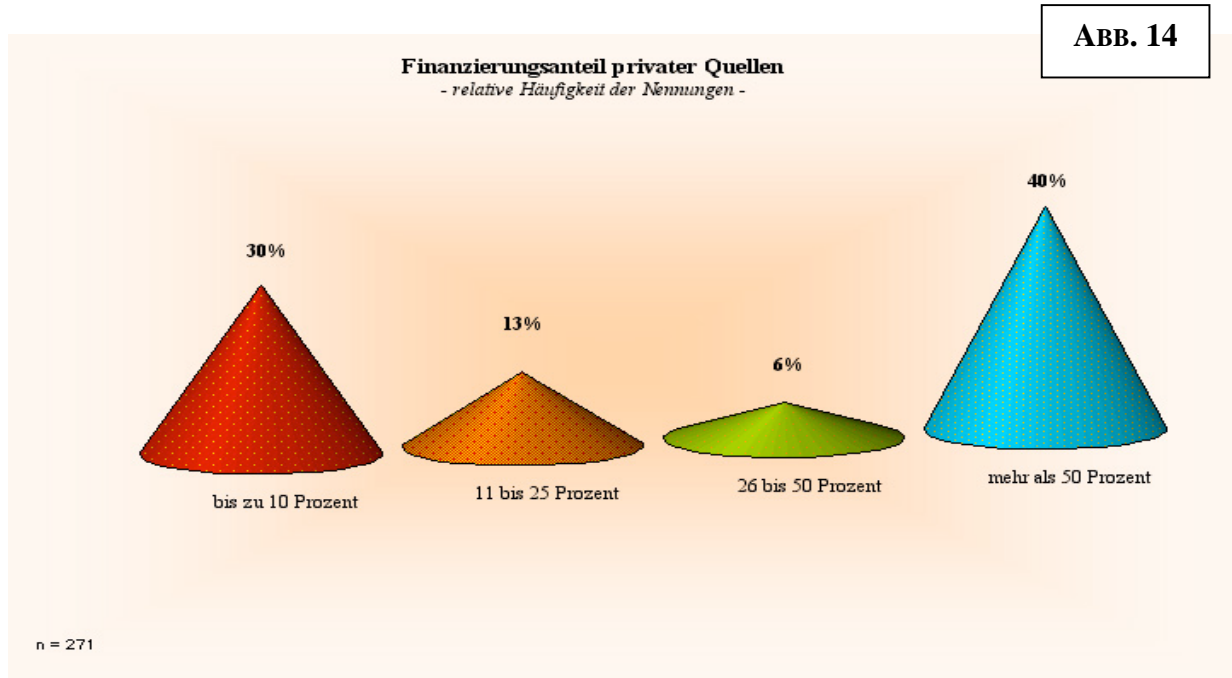
ABB. 13

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter in den bürgerschaftlichen Einrichtungen Kölns leisten im Jahr rd. 2,5 Mio. Arbeitsstunden (hochgerechnet von 320 befragten Einrichtungen) ausgehend, in Stuttgart gut 1 Million Arbeitsstunden (hochgerechnet von 39 Einrichtungen). Insgesamt werden von den 996 Kölner Einrichtungen rd. 7 Mio. Arbeitsstunden erbracht, von den 665 Stuttgarter Einrichtungen 2,7 Millionen Arbeitsstunden pro Jahr. Die hauptamtlichen Kräfte tragen in Köln gut 4,5 Mio, in Stuttgart gut 1,6 Millionen Arbeitsstunden bei. Die im Verhältnis zur Zahl der Einrichtungen deutlich höheren Werte für Köln können hier als die empirisch belastbareren betrachtet werden, für Stuttgart kann dagegen eher von Mindestwerten gesprochen werden, bei einer umfassenderen Befragung wäre auch hier ein deutlich höheres Gesamtarbeitsvolumen zu erwarten.

Die Einrichtungen in Köln müssen also rund 4,5 Mio hauptamtliche Arbeitsstunden finanzieren, die in Stuttgart 1,6 Mio. Davon werden in Köln etwa 1,5 Mio und in Stuttgart etwa 0,6 Mio. Stunden aus Eigenmitteln beigesteuert. Auch diese kommen durch bürgerschaftliches Engagement zustande, denn sie bestehen aus Zuschüssen und Spenden Privater. So brauchen von der Gesamtleistung von 2,7 Millionen in Stuttgart nur rd. 1 Million Stunden

und von 7 Mio Gesamtarbeitsstunden in Köln nur rund 3 Mio durch öffentliche Zuschüsse finanziert zu werden (siehe hierzu auch 2.4.4).

Der Finanzierungsanteil privater Quellen ist sehr unterschiedlich, in Köln beispielsweise beträgt er bei einem knappen Drittel der Einrichtungen bis zu 10 Prozent, bei einem Fünftel der Einrichtungen liegt er zwischen 10 und 50 Prozent, und zwei Fünftel der Einrichtungen finanzieren sich zu mehr als 50 % aus Eigenmitteln. Die restlichen Einrichtungen haben keine Angaben dazu gemacht (Abb. 14).



2.4.4 Zur Rentabilität der öffentlichen Zuschüsse

Öffentliche Zuschüsse sind nötig, denn wie erwähnt ist das bürgerschaftliche Engagement in den meisten Einrichtungen auf ein Minimum an Koordination und Unterstützung durch bezahlte ständige Mitarbeiter angewiesen. Zugleich sind die Zuschüsse höchst rentabel, denn erstens wird die direkt finanzierte Arbeitsleistung durch die ehrenamtliche ergänzt, und zweitens werden die hauptamtlichen Mitarbeiter, wie eben dargelegt, im Durchschnitt nur zu zwei Dritteln durch öffentliche Zuschüsse finanziert, das letzte Drittel wird aus Eigenmitteln und privaten Spenden aufgebracht. Aus beiden Gründen wirkt sich ein öffentlicher Zuschuss für eine bezahlte Arbeitsstunde *multiplikativ* auf die Arbeitsleistung aus. Wie die Beispielrechnung auf der folgenden Seite zeigt, ermöglicht ein Zuschuss zur Finanzierung einer hauptamtlichen Arbeitsstunde im Durchschnitt

- insgesamt *drei* Arbeitsstunden, wenn er für diejenigen Einrichtungen bestimmt ist, in denen die Ehrenamtlichen *mindestens 10 %* aller Arbeitsstunden bestreiten; das sind gut drei Viertel der Einrichtungen. Er ermöglicht sogar
- insgesamt *acht* Arbeitsstunden, wenn er den Einrichtungen gewährt wird, in denen die Ehrenamtlichen *mehr als 50 %* aller Arbeitsstunden bestreiten; dies gilt immerhin für fast 60 Prozent der bürgerschaftlichen Einrichtungen.

Diese Aussagen beruhen auf zwei Modellrechnungen mit Durchschnittswerten aus der Kölner Befragung. Zugrunde liegen die Werte von 320 bürgerschaftlichen Einrichtungen, die im Detail Auskunft gegeben haben.

**I. Einrichtungen, in denen mehr als 10 % aller Arbeitsstunden ehrenamtlich geleistet werden
(= 78 % aller bürgerschaftlichen Einrichtungen)**

	Hauptamtliche Mitarbeit	Ehrenamtliche Mitarbeit
(1) Zahlenmäßiges Verhältnis der Mitarbeiter	1	9
(2) Durchschnittliche Arbeitsstunden pro Woche	28,1	5,4
(3) Verhältnis der insgesamt geleisteten Arbeitsstd.	100	107
(4) Von 100 bezahlten Stunden werden finanziert		
– 66 aus öffentlichen Zuschüssen		
– 34 aus Eigenmitteln, Spenden	66+34	107
(5) Ein öffentlicher Zuschuss für 66 hauptamtliche Arbeitsstunden ermöglicht insgesamt 207 Arbeitsstunden		
Das ist das 3fache der Arbeitsstunden, die mit dem öffentlichen Zuschuss direkt bezahlt werden !	207 = 314 % von 66	

**II. Einrichtungen, in denen mehr als 50 % aller Arbeitsstunden ehrenamtlich geleistet werden
(= 57 % aller bürgerschaftlichen Einrichtungen)**

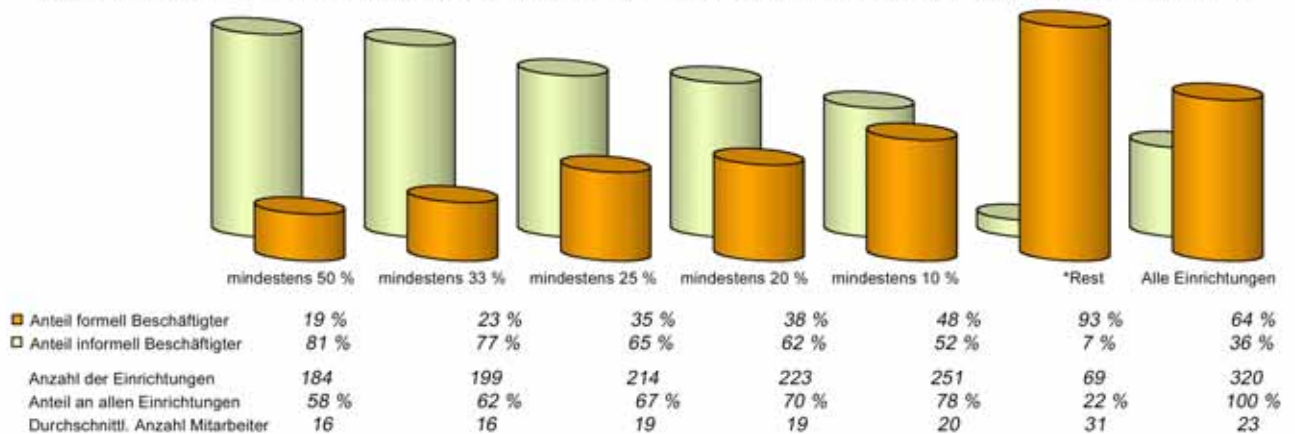
	Hauptamtliche Mitarbeit	Ehrenamtliche Mitarbeit
(1) Zahlenmäßiges Verhältnis der Mitarbeiter	1	21
(2) Durchschnittliche Arbeitsstunden pro Woche	24	6
(3) Verhältnis der insgesamt geleisteten Arbeitsstd.	100	430
(4) Von 100 bezahlten Stunden werden finanziert		
– 66 aus öffentlichen Zuschüssen		
– 34 aus Eigenmitteln, Spenden	66+34	430
(5) Ein öffentlicher Zuschuss für 66 hauptamtliche Arbeitsstunden ermöglicht insgesamt 530 Arbeitsstunden		
Das ist das 8fache der Arbeitsstunden, die mit dem öffentlichen Zuschuss direkt bezahlt werden !	530 = 803 % von 66	

Die beiden Beispiele mögen zeigen, wie der Wohlfahrtseffekt öffentlicher Zuschüsse durch die Bürgerarbeit vervielfacht wird. An ihnen wird auch deutlich, dass dieser Effekt sehr stark vom Verhältnis zwischen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern abhängt. In der Kölner Stichprobe, auf die sich die Beispiele stützen, sind einige Einrichtungen enthalten, die nur einen so kleinen Anteil ehrenamtlicher Mitarbeiter beschäftigen, dass die Hauptamtlichen die Mehrheit nicht nur der Arbeitsstunden, sondern auch der Personen stellen. Man muss die Frage stellen, bis zu welchem Anteil ehrenamtlicher Mitarbeiter bzw. Arbeitsstunden noch von *Einrichtungen für bürgerschaftliches Engagement* gesprochen werden kann (siehe auch Abb. 15). Je mehr sie in der Minderheit sind, desto weniger dürfte die Einrichtung von den Prinzipien des bürgerschaftlichen Engagements bestimmt sein, und desto weniger können die Argumente für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für sie gelten.

ABB. 15

Anteil der formell / informell erbrachten Arbeitsstunden an den Gesamtarbeitsstunden

(Aufteilung der Einrichtung in Abhängigkeit vom Anteil der informell erbrachten Arbeitsstunden an der Gesamtheit aller in der Einrichtung erbrachter Arbeitsstunden)



* Alle Einrichtungen in denen weniger als 10 % der insgesamt erbrachten Arbeitsstunden informell erbracht werden, mehr formell Tätige beschäftigt sind, als informell Tätige oder unvollständige Angaben zur Anzahl der Mitarbeiter oder zu deren Arbeitsaufkommen gemacht wurden

2.5 Probleme und Lösungsansätze

2.5.1 Wahrnehmung und Würdigung

Im Gegensatz zu den Sportvereinen und Pfarrgemeinden, deren Bedeutung für das städtische Gemeinwesen schon lange unbestritten ist, werden die Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements erst in letzter Zeit entdeckt. Werden sie auch gewürdigt? Ein wichtiger Indikator dafür ist, ob man, ähnlich wie sich die gesellschaftliche Präsenz der Kirchen und der Sportvereine in Sammelbezeichnungen kundtut, auch für sie einen gemeinsamen *Namen* gefunden hat. Das ist bisher nicht der Fall. Es ist aber notwendig, weil damit das Gemeinsame der Einrichtungen wahrgenommen werden kann.

Man muss dabei berücksichtigen, dass *bürgerschaftliches Engagement* auch außerhalb der Einrichtungen stattfindet, die wir hier untersucht haben. Das Besondere dieser Einrichtungen liegt darin, dass in ihnen die ehrenamtliche, freiwillige, selbstbestimmte Bürgerarbeit nicht

am Rande hinzutritt, um die hauptamtliche Arbeit zu unterstützen, sondern dass umgekehrt die hauptamtlichen Tätigkeiten zur Unterstützung der ehrenamtlichen da sind, so dass die gesamte Einrichtung vom Prinzip des bürgerschaftlichen Engagements geprägt ist. Von einem Pfarramt kann man das nicht sagen, auch nicht von der Caritas; beide tragen sicherlich zur Infrastruktur der urbanen Subsistenz bei und sollen in ihrer Bedeutung keinesfalls unterschätzt werden. Aber sie sind keine ehrenamtlichen Einrichtungen.

Es bleibt eine unerfüllte Aufgabe, die Landkarte der Infrastruktur der urbanen Subsistenz zu zeichnen und sie nach und nach mit Bezeichnungen zu versehen, in denen die besonderen Eigenschaften der informellen Tätigkeiten zum Ausdruck kommen, die Freiwilligkeit, die Selbstbestimmtheit und die Unentgeltlichkeit. Nur wenn dies geschieht, kann man sagen, dass diese Arbeit in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung wahrgenommen und gewürdigt wird.

Es muss nachdenklich machen, wenn man erfährt, dass ein beträchtlicher Teil der befragten Einrichtungen die politisch-rechtlichen Voraussetzungen des selbstbestimmten bürgerschaftlichen Engagements als nicht ausreichend oder mangelhaft empfindet, wie es sich aus der folgenden Abbildung ergibt (Abb. 16). Wir wissen aus vielen Gesprächen, dass darin ein negatives Urteil über die kommunalpolitischen Strukturen zum Ausdruck kommt. Diese sind auf hierarchische Entscheidungen und Vollzüge eingerichtet, auch auf deren Rückkopplung zu den Wählern. Auf die Unterstützung und Koordination basisdemokratischer Initiativen dagegen sind sie nicht optimal eingestellt, und das hängt mit Mängeln in der Wahrnehmung und Würdigung dieses Engagements zusammen.

ABB. 16



Dazu einige Äußerungen aus den befragten Einrichtungen in allen drei Großstädten: „Die Kommunalpolitik ist zu weit weg von den Bürgern, man muss schon sehr zäh sein, um durchzuhalten. – Je größer die kommunale Einheit, desto schwieriger wird es, Kommunikation herzustellen. – Die Zusammenarbeit mit offiziellen Stellen gelingt nur mit großer Ausdauer. – Manchmal wäre es wichtig, einfach nur zu erklären, warum etwas nicht klappt. – Da haben AlltagsexpertInnen jahrelang ein super Instrument entwickelt, aber es wird nicht

angewandt. – Die Verwaltung, auch die Bürgerstiftung, weiß zu wenig über die Einrichtungen. – Warum wird uns nicht z.B. ein fester Platz im Amtsblatt eingeräumt? – Die Verwaltung ist zu unkooperativ. – Das ‚Ehrenamt im Alltag‘ sollte von den politischen Verantwortlichen mehr fokussiert werden: nicht als Instrumentarium um Gelder zu sparen, sondern als potentielle Arbeitskraft, die, wenn die nötigen Rahmenbedingungen gegeben sind, auch professionell einsetzbar ist. – Ohne eine professionelle Infrastruktur funktioniert auch keine ehrenamtliche Arbeit vernünftig! – Nötig wäre eine Stärkung der sozialen Strukturen des Umfeldes, die durch den Umbau des Viertels weit gehend zerstört wurden. – Wir wünschen uns, dass die Studie dazu beiträgt, dass bürgerschaftliche Einrichtungen mehr infrastrukturelle Unterstützung erhalten und dass wirklich mehr Interesse seitens der Politik und Wirtschaft für soziale Belange und Erfordernisse geweckt wird.“

2.5.2 Finanzielle Förderung

Auf die Frage, woran es vor allem fehlt, wurde der Bedarf an Geld am häufigsten genannt, Geld für Sachmittel wie Computer, Technisches Equipment, Bürogeräte, Präsentationsmedien, Kommunikationsmittel und Verbrauchsmaterialien, Geld für die Beschäftigung weiterer hauptamtlicher Mitarbeiter, und Geld im Sinn eines Minimums an Kontinuität in der Finanzierung, „einer finanziellen Absicherung, so dass zumindest ein Jahr geplant werden kann – einer erkenn- und nachvollziehbaren Linie der Fördermittelvergabe.“

Dass bei kleinen Institutionen über die projektbezogenen Förderinstrumente hinaus insbesondere die institutionelle Förderung verstärkt werden müsste, wird am Beispiel des ‚Vereins zur Überwindung der Schwerkraft‘, eines Projektpartners des in Abschnitt 2.5.3 behandelten RAW-Tempels, deutlich. Dieser verfolgt mit seiner Unterabteilung ‚Kinderzirkus ZAK‘ (Zirkuspädagogik ab 5 J.) ein ungemein erfolgreiches Projekt. Der Verein selber muss allerdings ohne eine längerfristige institutionelle Förderung auskommen, wie z.B. der Absicherung des Mietverhältnisses durch eine Finanzierung des Mietzins. Und das, obwohl er erst durch eine solche Absicherung zeitlich und personell überhaupt erst in der Lage wäre, selbständig zusätzliche projektgebundene Fördermittel von Stiftungen, QM usw. zu akquirieren. Eine bessere Grundabsicherung würde hier also die Chance eröffnen, das Veranstaltungsangebot zu erweitern und Projektaktivitäten durch eigenes, intensiviertes Fundraising, auch über das Ausschöpfen neuer Quellen, zu stärken.

Viele Einrichtungen haben zu wenig Zugang zu institutionellen Fördermöglichkeiten. Manche empfinden den bürokratischen Aufwand als so hoch, dass er mit ihren begrenzten Kräften nicht zu bewältigen ist. Eine zentrale Ansprechstelle könnte ihnen solche Arbeit abnehmen und sie untereinander vernetzen und koordinieren. Sie könnte den Einrichtungen auch bei der Öffentlichkeitsarbeit helfen. Denn diese finden meist keine Zeit, sich den Zugang zu den Medien zu verschaffen, geeignete Themen zu formulieren und Informationen zusammenzustellen.

Es fehlt auch an Fördermöglichkeiten, die helfen würden, die Qualifikation der Mitarbeiter zu verbessern. Sowohl für das Management der Einrichtungen als auch für die Leistungs-

erbringung selbst sind spezifische Kenntnisse erforderlich, die sich die Beteiligten bisher auf eigene Faust aneignen müssen. Das kann ihnen erleichtert werden, wenn die Übernahme bürgerschaftlicher Verantwortung mit dem Angebot geeigneter Kurse – z.B. über autonomiefördernde Führung, über wirksames *Fundraising*, über das Vermeiden von *Burnout* und natürlich über die Weiterentwicklung des Wissens in dem jeweils relevanten Fachgebiet – honoriert wird.

Und nicht zuletzt fehlt es an einer Gleichstellung der Bürgerarbeit mit der Erwerbsarbeit, die den Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements Rechnung trägt. Das Engagement darf nicht mit einem beruflichen oder berufsähnlichen monetären Entgelt belohnt werden, das wurde oben (2.4.1-2) dargelegt. Aber das heißt nicht, dass jegliche Geldzahlung für ehrenamtliche Tätigkeiten tabu sein müsste. Kostenerstattung immer muss möglich sein, und dort wo es notwendig ist, kommt auch ein Unterhaltszuschuss in Betracht. Beim letzteren kann man an die sinnvolle Unterscheidung zwischen dem Entgelt und der Alimention anknüpfen: Das Entgelt wirkt wie eine externe Belohnung, der Unterhaltszuschuss wie eine Würdigung und Absicherung des selbstlosen Tätigseins. Drittens würde es zur Anerkennung der informellen ehrenamtlichen Arbeit gehören, dass sie ähnlich wie die Erwerbsarbeit mit der Anwartschaft auf Alterssicherung verbunden wird, so wie es ja auch für die Familienarbeit gefordert wird.

Da all dies bisher nicht geschieht, So wundert es auch nicht, dass relativ viele der befragten Einrichtungen Schwierigkeiten haben, genügend ehrenamtliche Mitarbeiter zu finden (Abb. 17). Auch hier wieder einige Zitate aus den Befragungen: „Es fehlen feste Stellen, um eine effektive und kontinuierliche Arbeit, vor allem im Kinder- und Jugendbereich zu ermöglichen, größere finanzielle Unabhängigkeit von öffentlichen Förderungen. – Engpässe bzgl. der Arbeitskraftkapazitäten, so dass viele wichtige Dinge nicht mehr getan werden können. – Profilerstellung für Ehrenamtliche, so dass sie nicht nur funktional, sondern als ganze Person in die Einrichtung integriert werden können. – Mehr unbefristete Mitarbeiter, ABM-Stellen sind wegen ihrer Befristung für manche Funktionen nicht zu gebrauchen. – Mehr

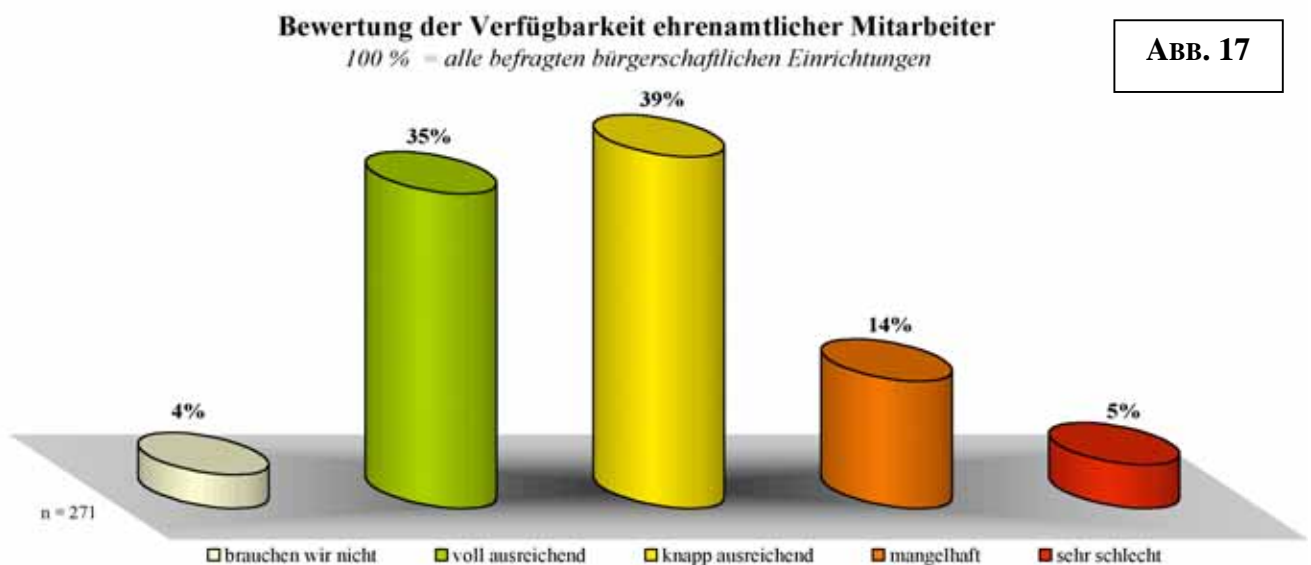


ABB. 17

Beteiligung von Seitens Betroffener. – Es fehlt an Nachwuchs; Leute, denen geholfen wurde machen nicht weiter mit. – Bedauerlich die eher unregelmäßige Teilnahme der Mitglieder, Selbstbedienungsmentalität, Müll ablassen und abziehen! Man kommt sich vor wie ein Mülleimer. – Es fehlt das Miteinander: Wie überführt man die Kontakte in langfristige Strukturen? Es gibt eine Zweiteilung der Gruppe: Nutzer und Leute, die gleichsam Service-Leistungen erbringen. Wie kriegt man die die Kerngruppe zufrieden gestellt und vermittelt ihr das Gefühl, nicht ausgenutzt zu werden?“

Gewiss kann man mangelnde Bereitschaft von Menschen, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, nicht der Kommunalpolitik anlasten, sie ist ein nationales Problem; aber die Kommunalpolitik kann vielleicht doch mehr tun, die Reste der obrigkeitsstaatlichen Traditionen zu überwinden. Sie kann die selbstbestimmte Bürgerarbeit honorieren, indem sie sie beachtet, ihre Leistungen anerkennt, für ihre Arbeitsweise Verständnis hat und sich für ihre Probleme interessiert.

2.5.2 Räume

Ein weiterer Indikator ist, ob es in der Stadt und der Stadtverwaltung ein Verständnis für die sozialräumlichen Bedingungen gibt, unter denen das bürgerschaftliche Engagement gedeiht. Wir wollen hier nicht alle Bedingungen nennen, sondern nur diejenigen, für die die Stadt sorgen muss. Es sind zwei.

Zum einen die *Mischung der Funktionen*. Die Einrichtungen der sozialen Bürgerarbeit treten dort gehäuft auf, wo die sogenannten Funktionen der Stadt – Wohnen, Arbeiten, Einkaufen – nicht voneinander getrennt sind. Die Trennung der Funktionen ist fast ein Jahrhundert lang die herrschende Lehre im Städtebau gewesen. Stadtplaner beteuern zwar schon seit einiger Zeit, von der Doktrin abgekommen zu sein, in ihrer Alltagspraxis aber hat sich das bisher kaum niedergeschlagen, was bei einem derart tief eingewurzelten Denkmuster nicht wunder nimmt; es wird noch vieler Anstöße bedürfen, ihr Verhalten dauerhaft zu revidieren.

Zum anderen die *Verfügbarkeit von geeigneten Räumen*. Sie müssen so gelegen sein, dass sie von den Nutzern gut erreicht werden können, sie müssen sich für die soziale Bürgerarbeit eignen, und sie müssen für das knappe Budget der Einrichtungen erschwinglich sein. Am Beispiel des Stuttgarter Westens kann man erkennen, dass die dort angesiedelten Einrichtungen sich zwar räumlich gut angebunden fühlen, schließlich gehört der Westen zu den am stärksten funktionsgemischten Stadtteilen. Aber er ist zugleich besonders dicht besiedelt, geeignete und erschwingliche Räume sind rar, ein Viertel der Einrichtungen fühlt sich schlecht untergebracht, Freiflächen fehlen und die soziale Anbindung ist vielfach unzureichend. Die Stadt könnte dieser Situation z.B. Rechnung tragen, indem sie in gemeindeeigenen Gebäuden Räume zur dauernden oder zur gelegentlichen Nutzung verbilligt zur Verfügung stellt. Derzeit beklagen sich manche Einrichtungen, dass von ihnen selbst für städtische Seminarräume hohe Mieten verlangt werden.

Wir wollen diese Überlegungen mit einem illustrativen Beispiel abschließen. Der ‚Raw-Tempel‘ ist das größte Zentrum urbaner Subsistenz in Berlin. Auf dem ehemaligen Reichs-

bahngelände, stadträumlich in idealer Lage, wirken rund 30 sozio-kulturelle Projekte und um die 50 ProjektpartnerInnen, die die Räume des Zentrums, vier denkmalgeschützte Gebäude und das weitläufige Gelände, temporär mitnutzen. Das Angebot reicht von verschiedenen Werkstätten und Gastronomie über Kinderzirkus, Kunst-, Musik- und Tanzgruppen bis hin zu politischen Arbeitsgruppen. Diese erfolgreichste bürgerschaftliche Institution des gesamten Quartiers nimmt in der bezirklichen Stadtteilentwicklung eine zentrale politische Rolle ein. So sind es, trotz der stadtweiten und auch internationalen Ausrichtung, in erster Linie auch die mannigfaltigen sozialen Beziehungen und Kontakte innerhalb des Quartiers, die die Aktivitäten der Einrichtung und ihrer Projekte mitbestimmen, gleichzeitig werden Projekte betrieben, die die Bürgerbeteiligung an Prozessen der Stadtteilentwicklung mobilisieren, wie der „Ideenaufruf“ der ‚workstation e.V.‘ (siehe dazu die entsprechende Interviewauswertung im Anhang).

Die Einrichtung wird über unterschiedliche (u.a. EU-) Fördermittel unterstützt und durch einen hohen Anteil ehrenamtlicher Arbeit getragen. Dennoch reicht die Förderung bei weitem nicht aus, und die Kontinuität und das langfristige Bestehen der Institution ist weder über die politischen wie auch die finanziellen Rahmenbedingungen gesichert. Probleme entstehen immer wieder, wenn es darum geht, die Gebäude- und Geländedenutzung rechtlich und politisch abzusichern, da die Investoreninteressen auf kurzfristige Gewinnerzielung gerichtet sind, und der informelle Charakter der Aktivitäten wie auch der Organisationsstrukturen eher auf den längerfristigen gesellschaftlichen Nutzen gerichtet ist, für den die Mitglieder sich natürlich auch kurzfristig einsetzen, z.B. indem sie engagiert und intensiv an der Instandsetzung der Räume arbeiten.

Mittlerweile konnte ein 10-jähriger Nutzungsvertrag abgeschlossen werden, wobei der ‚Raw-Tempel‘ sich auf dem Brachegelände gerne noch ausweiten würde. 1998/99 schloss der gemeinnützige Verein einen dem Zwischennutzungskonzept entsprechenden Mietvertrag über einen Teil der Stadtbrache des RAW-Geländes ab und nahm seine Arbeit auf. Zentrale mietrechtliche Voraussetzung war bis Sommer 2002 ein Zwischennutzungsvertrag über die Geländedenutzungen mit dem Bezirk. Danach konnte der ‚RAW Tempel e.V.‘ selber als Mieter mit dem Vermieter – und nicht nur vermittels des Bezirks – verhandeln und den Mietvertrag aushandeln.

Das Konzept des ‚RAW-Tempels‘ zielt auf die Vereinsgründung selbst, auf die Einbeziehung der Anwohner-Interessen sowie auf die Förderung der Arbeit aller dreißig Projektpartner (als Mieter und Mitnutzer) auf dem Areal und auf die Kooperationen gemäß den Satzungszielen ab.

Hinsichtlich der Förderung durch Bezirk und Land ist seit neuestem vor allem die Bewilligung von EFRE-Mitteln durch den UrbanII-Lenkungsausschuss anzuführen, dessen Kofinanzierung das Arbeitsamt Friedrichshain über Zuschüsse für ABM-Stellen stellt (von insgesamt 400.000 EUR Kofinanzierung stellt das Arbeitsamt ca. 250.000 EUR). Auf der Seite des Senats war die Servicegesellschaft ‚Zukunft im Zentrum‘ an den Verhandlungen beteiligt.

Nachdem der Verein vier Jahre lang keine Förderung in Anspruch nehmen konnte, bekommt der ‚RAW-Tempel‘ nun 16 SAM und ABM-Stellen finanziert. Diese umfangreichen Fördermittel eröffnen die neue Chance, dass sich die Institution auch als wirtschaftliches Gründerzentrum etablieren kann.

Ein Beispiel liefert die Firma ‚davidromandrum‘, ein institutionelles Mitglied des Vereins: Das Kleinunternehmen ist als gGmbH erst jetzt in der Lage, Mittel aus der EU-Wirtschaftsförderung zu beziehen, da es aufgrund eines langfristigen Mietvertrags nun endlich eine dauerhaft gesicherte Betriebsstätte vorweisen kann.

Die mittelfristige Perspektive wird durch die Ergebnisse eines stadtbaulichen Gutachterverfahrens bestimmt: Das prämierte Konzept von Niels Christiansen bringt im Rahmen des Bebauungsplans ‚Revaler Viereck‘ den Impuls ein, Kultur als zentralen „Nutzungsinhalt“ und Element der „Adressbildung“ zur Geltung zu bringen. Diese Intention wird mittlerweile auch vom Senat geteilt.

Der RAW Tempel strebt für sich die Überführung in die Rechtsform einer Genossenschaft an. Zwischen der Öffentlichkeit, den allgemeinen Interessen des Bezirks und der Planungshoheit der DB AG vermittelt der städtebauliche Rahmenvertrag. In seinem Geltungsbereich liegen vier denkmalgeschützte Riegelgebäude; alles andere kann der Eigentümer ohne Weiteres direkt vermieten. Nach dem Rahmenvertrag liegt das Erstbestimmungsrecht beim Bezirk, die Kultur wird in ihm als Nutzungsinhalt definiert. In den Grenzen des Rahmenvertrags obliegt es also dem Bezirk zu sagen, wer langfristig Nutzer des Areals sein soll.

Probleme ergaben sich in Berlin auch aus der Bezirksfusion von Kreuzberg und Friedrichshain, weil durch veränderte Zuständigkeiten auf beiden Seiten bisherige Kooperationspartner wegbrachen.

Zum Thema Planungssicherheit wird festgestellt, dass die gegenwärtig gebräuchlichen Förderinstrumente, Mittel wie IDA, zu unflexibel sind und daher die Arbeit einschränken.

2.6 Zum Nutzen der Ergebnisse in der Praxis

2.6.1 Anpassungsfähigkeit der Stadt

In den letzten Jahren wird deutlicher erkannt, dass das individuelle Wohlergehen ebenso wie die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens nicht von den Leistungen des Marktes allein abhängt, auch nicht von ihrem Zusammenwirken mit der Staatstätigkeit, sondern darüber hinaus auf die Subsistenzwirtschaft und eine aktive Bürgergesellschaft angewiesen ist. Für die *private Subsistenz* ist das offenkundig: In den privaten Haushalten wird etwa doppelt so viel Arbeit geleistet wie in den Unternehmen, Behörden und Verbänden. Wir können zeigen, wie sinnhaft, befriedigend und nutzenstiftend diese Arbeit größtenteils ist, und haben dargelegt, dass sie darüber hinaus in nennenswertem Umfang Realeinkommen erbringt, nämlich den Geldwert des Selbstproduzierten, Selbstreparierten und all jener Dienste, die man nicht kaufen muss, wenn man sie selbst verrichtet. In der Stadt liegt der Subsistenzanteil im Durch-

schnitt nach unserer Schätzung bei rund 10 % des Geldeinkommens (oben 2.3.3), auf dem Land ist er deutlich höher (Baier, Bennholdt-Thomsen & Holzer 2005).

Beides, die empfundene Befriedigung und die finanzielle Entlastung, dürften in den Zeiten der Globalisierung von größerer Bedeutung sein als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der die europäischen Industriestaaten es sich mit nachholendem Wachstum und Verlagerung von Kosten auf Umwelt und Dritte Welt komfortabel einrichten konnten. Man tut gut daran, sich zeitig klarzumachen, dass die Anpassungsfähigkeit der Städte in beträchtlichem Umfang davon abhängt, dass die stadt- und sozialräumliche Bedingungen für Eigenarbeit gegeben sind: Geeignete Gelegenheiten zur

- a. kleinräumigen eigenen Nahrungsproduktion,
- b. zum Selberkochen und gemeinsamen Essen,
- c. zum Werken und Reparieren,
- d. zu Nachbarschaftshilfe verschiedenster Art,
- e. und zum Realtausch von Produkten und Diensten in Tauschringen, deren Charakter als Komplementärwährungen (Lietar 1999) bejaht werden müsste.

Für die *öffentliche Subsistenz* gilt das Gleiche. Leistungen gleicher Funktion werden zwar teilweise auch am Markt angeboten oder von Staat und Kommune besorgt. Doch reicht das, was der Markt und die öffentliche Hand übernehmen können, bei weitem nicht aus. Der größere Teil des Bedarfs wird von der Subsistenzarbeit gedeckt, und das *zu günstigeren Bedingungen*. Nach unseren Befunden in Berlin und Köln liegt der ‚Wohlfahrtsmultiplikator‘ zwischen 3 und 8: Öffentliche Zuschüsse zur Beschäftigung eines hauptamtlichen Mitarbeiters ermöglichen die Tätigkeit von so vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern, dass dadurch das Drei- bis Achtfache an Arbeitsleistung finanziert wird.

Besondere Bedeutung kommt der Bildung von Humankapital zu. *Öffentliche Subsistenz* stärkt die Standortstabilität, indem sie sozialen Segregationsprozessen entgegen wirkt, indem sie Menschen verschiedener Lebensstile und Kulturen gesellschaftlich integriert. Sie erhöht die Standortattraktivität, indem sie soziale Netze bildet, Partizipation und Kommunikation fördert und Kreativität und Innovation in den Künsten wie in den Alltagsbelangen vitalisiert.

Die öffentliche Subsistenz zu fördern, lohnt sich auch aus einem weiteren Grund: Sie ist dort, wo sie am Platze ist, nicht nur günstiger als markt- und staatsfinanzierte Leistungen, sie ist auch *von anderer und zum Teil besserer Qualität*, weil sie nicht gegen Bezahlung organisiert und entlohnt, sondern freiwillig erbracht wird. Das lässt sich an zahlreichen Ausprägungen der Subsistenz- und Geschenkwirtschaft in der Wissenschaft, im Internet, in der spendenfinanzierten Katastrophenhilfe, in gemeinnützigen Initiativen, Vereinen u.v.a. nachvollziehen.

Der Stadtplanung bietet die Analyse der urbanen Subsistenz ein starkes Argument für eine ausgewogene Mischung der Funktionen. Das gilt für beide Formen, die private und die öffentliche Subsistenz. Die Befunde bieten uns die Möglichkeit, der Kommunalpolitik An-

haltspunkte für diejenigen Formen der *privaten* Subsistenz an die Hand zu geben, die auf öffentliche Förderung angewiesen sind, wenn der Bedarf gedeckt werden soll – Förderung teils durch Berücksichtigung des haus- und hofinternen Raumbedarfs in der Stadtplanung und teils durch Erleichterung von externen Stätten zum Beispiel für Reparieren und Werken, zum Beispiel für Kinderbetreuung.

Die räumliche Verteilung der *öffentlichen* Subsistenz zeigt eindeutig, dass diese in einseitig strukturierten Stadtbereichen praktisch nicht vorkommen – in reinen Wohngebieten ebenso wenig wie in reinen Industriegebieten. Bei der Differenzierung dieses Befundes stößt man darauf, dass es ein Optimum der Funktionenmischung geben könnte. Denn wo die Funktionen ‚Wohnen‘ oder ‚Arbeiten‘ oder ‚Einkaufen‘ einseitig vorherrschen, da ist die Dichte der Einrichtungen herabgesetzt; in welcher Intensität und welchem Verhältnis aber die Funktionen gemischt sein sollten, damit eine befriedigende Versorgung entsteht, das ist damit noch nicht gesagt.

Für die Praxis interessant ist auch, dass die wirtschaftsräumliche Struktur über den Vernetzungsaspekt eine wichtige Rolle spielt. Für die Ansiedlung der Einrichtungen öffentlicher Subsistenz wirkt die Nähe anderer Einrichtungen belebend, und dies bezieht sich nicht nur auf andere Einrichtungen der öffentlichen Subsistenz, sondern auch auf viele marktlichen Einrichtungen, z.B. Läden und Werkstätten, und manche öffentlichen Einrichtungen. In den Berliner Quartieren konnten wir das besonders gut feststellen, weil wir hier mit der Methode der ‚mental maps‘ arbeiteten.

Aber der Blick auf die Subsistenz und damit auf die Bürgergesellschaft stützt die Stadtplanung noch weitergehend. Denn es kann nicht allein stadtplanerische Aufgabe sein, soziale und funktionale Mischung von urbanen Siedlungsräumen zu gewährleisten. Nur die interdisziplinäre Kooperation, das Ineinandergreifen von stadtplanerischen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Strategien kann die Bedingungen für eine lebenswerte und starke Bürgergesellschaft schaffen. Nur über eine Vitalisierung und Förderung von sozialem Kapital kann eine zukunftsfähige Kultur wachsen, die Integration, Wohlstand und Demokratie gewährleistet. Die Verantwortung dafür kann die Stadtplanung nicht allein tragen; das ist eine Aufgabe der gesamten Kommunalpolitik.

Wenn man versteht, dass Markt, Staat und Bürgergesellschaft zueinander völlig interdependent stehen, und zwar vor allem dadurch, dass sie gemeinsam Organe des ‚Korpus Kultur‘ sind, also untereinander ihre Dienstleistungen und Produkte austauschen, und gegenseitig ihre gemeinsamen Grundlagen – in jeweils unterschiedlichen Qualitäten – schaffen und sich von ihnen nähren, ist es nur konsequent, die gemeinsamen Synergien zu nutzen und zu verbessern.

„Ästhetische Intervention ist eine Handlung, die das Netz der urbanen Kommunikation in Bewegung bringt, indem es seine Logik nutzt“ (Ipsen 1995, 6). Eine solche Intervention würde sich auch in einer Dezentralisierung sozialer und kultureller Dienstleistungen auf nachbarschaftliche Beziehungssysteme, Stadtteilkoperationen, Selbsthilfe, also in die bürgerschaftlichen Einrichtungen, die gemeinschaftsorientierte Subsistenz – auf die bürger-

schaftliche Ebene, äußern können, bei entsprechender Förderung und Stärkung durch die davon mitprofitierenden Sektoren Markt und Staat. Es braucht also – was einer Wiederaufnahme von vielem vorher Gesagten entspricht – eine Förderung der Selbstorganisationskraft, Motivation zur Übernahme von Verantwortung, zur Gestaltung des Sozial- und Kulturraumes Stadt, eine umfassende und deutliche Anerkennung des Wertes und Potenzials der städtischen Zivilgesellschaft. Und das verlangt Vertrauen und politischen wie ökonomischen Mut.

2.6.2 Flexibilität der Beschäftigung

Mut braucht auch die nationale und europäische Beschäftigungspolitik, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie durch einseitige Orientierung an der formellen Arbeit, in Deutschland überdies auch durch einseitige Belastung der unselbständigen Erwerbsarbeit mit Sozialabgaben, geraten ist. Die Nachteile dieser Einseitigkeit treten immer deutlicher in Erscheinung, seit wir für das Sozialprodukt und das Volkseinkommen nicht mehr mit hohen oder wenigstens mittleren Wachstumsraten rechnen können. Das Wachstum der europäischen Industriestaaten ist inzwischen eindeutig linear, die Zuwachsraten tendieren gegen Null und liegen im Trend bereits unter der Schwelle, oberhalb derer zusätzliche Beschäftigung entsteht (Afheldt 2004). Das gilt für alle Industrienationen (übrigens noch eingeschränkt für das Einwanderungsland USA): Auch unter günstigen Bedingungen – insbesondere bei effektiver Arbeitsmarktpolitik – ist die Arbeitslosigkeit auf zu hohem Niveau und wird eher weiter steigen als sinken. In Deutschland sind die Bedingungen wegen der strukturellen Inflexibilität des Arbeitsmarkts besonders ungünstig; das schafft einen zusätzlichen Anreiz, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Drei Ansätze kommen in Frage, und alle drei sind notwendig:

- f. Erstens eine effektive Arbeitsmarktpolitik, wie sie etwa in Dänemark mit großem Erfolg betrieben wird: Kein Kündigungsschutz, aber ein hohes Arbeitslosengeld, das den sozialen Absturz verhindert, zugleich aber an die Forderung gebunden ist, angebotene Arbeitsstellen anzunehmen; diese wiederum ist mit einer Förderung verbunden, die durch Job-Rotation im aufnehmenden Betrieb die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Wiedereingliederung erhöht.
- g. Zweitens eine Abkehr von dem Prinzip, die unselbständig Beschäftigten allein mit Sozialabgaben zu belasten, denn das treibt die Kosten und erzeugt Schwarzarbeit. Sozialabgaben müssen von allen Einkommensbeziehern getragen werden, einschließlich der Bezieher von Kapitaleinkünften, und dürfen nicht so konstruiert sein, dass sie die Betriebsausgaben erhöhen und dadurch den Produktionsfaktor Arbeit verteuern.
- h. Drittens eine angemessene Würdigung der Tatsache, dass nicht nur die Erzeugung von Sozialprodukt, also monetärem Einkommen, zum Wohlstand beiträgt, sondern ebenso die Eigenarbeit und eigene Versorgung in Haushalt und Nachbarschaft, sowie die Beteiligung an Gemeinschaftsgütern in bürgerschaftlichem Engagement.

Zu diesem dritten Ansatz trägt unsere Studie bei. Wenn auch *Vollbeschäftigung* im früher geltenden Sinn, also bei Vollarbeitszeit, nicht mehr erreichbar ist, so ist es doch möglich, die

Bedingungen für *allgemeine Beschäftigung* zu schaffen, so dass für alle Erwerbswilligen Arbeitsplätze mit reduzierter Stundenzahl und reduziertem Einkommen verfügbar sind.

Die Reduktion des Einkommens darf freilich nicht diesem Ansatz angelastet werden, was ihn in den Augen vieler bereits diskreditieren würde. Man muss sich klarmachen, dass sie durch die weltweite Angleichung der Produktivitäten und der Einkommen ohnehin erfolgt, auch wenn deren Auswirkungen in den bereits hochentwickelten Gesellschaften gepuffert ankommen. Abgemildert werden sie durch Wissensvorsprünge, doch werden diese im Aufholprozess zusehends geringer, und durch protektionistische Abschottung, doch ist auch deren ‚Halbwertzeit‘ begrenzt. So liegt der eigentliche Puffer in solidarischen Strukturen der sozialen Sicherung und in einer modern aufgefassten Subsistenzorientierung.

Subsistenzorientierung (Baier, Bennholdt-Thomsen & Holzer 2005) bedeutet Einbeziehung und Würdigung der privaten und der öffentlichen Subsistenz in die Wirtschaftspolitik, die sich dazu aus ihrer einseitig monetären Begrenzung lösen und für realwirtschaftliche Wertschöpfungsprozesse öffnen muss. Dass diese stattfinden, ist nichts Neues; Subsistenzorientierung heißt sie zu akzeptieren und zu fördern, und das ist in der Tat neu, denn es läuft darauf hinaus, drei Besonderheiten der informellen, realwirtschaftlichen Wertschöpfung zu respektieren:

- i. Sie ist auf intrinsische Motivation angewiesen (2.4.1-2), also muss ihre Freiwilligkeit und Selbstbestimmtheit bejaht werden, was in den auf Kontrolle ausgerichteten Strukturen des kommunalen und des staatlichen Handelns immer wieder auf Widerstände stoßen wird, die mühsam überwunden werden müssen.
- j. Sie ist nichtmonetär, unterläuft also das Expansionsinteresse des Finanzkapitals (2.4.2) und stört die Gewöhnung daran, nur geldwerte Leistungen als Beiträge zum Wohlstand ernstzunehmen. Sie respektieren heißt beispielsweise für die Statistik, auch Zeitaufwendungen in die Staats- und Kommunalhaushalte und in die Berechnung des Sozialprodukts aufzunehmen, die nicht in Geldeinheiten verbucht werden können (Stahmer, Herrchen & Schaffer 2003), und es heißt beispielsweise für den Fiskus, bei der Besteuerung realer Einkommensteile auch Sachgüter bzw. Dienste als Zahlung anzunehmen.
- k. Sie hat gleichen Rang für die Wohlstandsproduktion, also muss sie in das System der sozialen Sicherung einbezogen werden, etwa indem Leistungen auch real erbracht werden können (z.B. nach dem Prinzip des japanischen Pflege-Ringtauschs ‚Hureai Kippu‘) oder indem durch bürgerschaftliches Engagement Ansprüche in der Sozialversicherung erworben werden können. Solche Ansprüche müssen – wie bisher – auch durch Sabbatjahre oder Erziehungsurlaube erworben werden können, die die Erwerbsarbeitszeit in den mittleren Lebensjahren verkürzen; dagegen erfordert es die gestiegene Lebenserwartung, dass das Renteneintrittsalter erhöht und damit die Arbeitszeit in höheren Lebensjahren verlängert wird.

Der Beitrag der Subsistenzorientierung zur Beschäftigung lässt sich dann mit drei Sätzen charakterisieren:

Durch kürzere und flexible Arbeitszeit wird Erwerbsarbeit (=Beschäftigung) für alle möglich.

Durch private Subsistenzarbeit werden die privaten Haushalte und durch öffentliche Subsistenzarbeit die Haushalte der Kommunen und des Staates mit Realeinkommen angereichert.

Die Kombination von Erwerbsarbeit und Subsistenzarbeit erbringt zusammen einen Wohlstandseffekt, der durch Erwerbsarbeit allein heute nicht mehr zu erreichen ist.

2.7 Fortschritt auf dem Gebiet des Teilprojekts an anderer Stelle

Als einen großen Fortschritt muss man die Arbeit der Enquêtekommission zum bürgerschaftlichen Engagement betrachten; sie wurde im Text dieses Berichts berücksichtigt. Auf dem eigentlichen Gebiet des Teilprojekts allerdings, der empirischen Erforschung des bürgerschaftlichen Engagements, ist uns während der Projektlaufzeit keine neue Untersuchung bekannt geworden. Bemerkenswert finden wir jedoch die Studie von Baier, Bennholdt-Thomsen und Holzer (2005) zur Subsistenzorientierung im ländlichen Bereich.

2.8 Erfolgte oder geplante Veröffentlichungen der Ergebnisse

In einigen Zeitungen wurde über das Projekt berichtet, wissenschaftliche Veröffentlichungen sind noch nicht erfolgt, werden aber vorbereitet. Geplant ist eine Buchveröffentlichung, in der die in diesem Bericht vorgelegten Ergebnisse zur Bürgerarbeit mit früheren Ergebnissen zur Eigenarbeit zusammengeführt werden. Vorgesehen sind kleinere methodisch orientierte Veröffentlichungen in Fachzeitschriften über einzelne im Projekt erzielte Fortschritte z.B. in der Anwendung der Mental Maps und in der Konzeption des Wohlfahrtsmultiplikators. Geplant sind ferner Veröffentlichungen verschiedener Art zur Bedeutung der Subsistenzarbeit für die Lösung des Beschäftigungsproblems (2.6.2), die zwar auf Ergebnisse des Projekts zurückgreifen, im Inhalt aber über die Thematik des Projekts hinausgehen. Projektiert, aber noch nicht gesichert ist eine Veröffentlichung über die Einrichtungen der öffentlichen Subsistenz in Köln.

3. Erfolgskontrollbericht

3.1 Beitrag der Ergebnisse zu den förderpolitischen Zielen

Das Projekt hat Erkenntnisse gewonnen und vertieft, deren Umsetzung unmittelbar zur Stärkung der sozialen Infrastruktur, der sozialen Netzwerke sowie zur Aktivierung der Selbsthilfefepotenziale in Städten und Stadtteilen beitragen kann. Ebenso wurden Erkenntnisse über die infrastrukturellen Voraussetzungen für kulturelle Attraktivität und Innovationskraft urbaner Lebensstile, und somit auch der Standortqualität gewonnen. Im Schwerpunkt wurden die Interdependenzen zwischen stadträumlichen, infrastrukturellen Gegebenheiten und Entfaltungsmöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement und Partizipation an kommunalen Belangen jenseits des marktorientierten Erwerbslebens untersucht. Ziel dieser Studie war es, die wissenschaftlichen und praktischen Auseinandersetzungen mit Siedlungsformen und besonders Stadtstrukturen um die Aspekte der informellen, selbstorganisierten und eigenmotivierten Tätigkeiten und Voraussetzungen an Stadtplanung und Kommunalpolitik zu bereichern. Im Ergebnis werden die Anforderungen an die zukünftige Stadtplanung und Kommunalpolitik um die selbstversorgenden Aspekte der privaten, vor allem aber der öffentlichen Subsistenz ergänzt, damit Menschen in ihrer Lebensweise außerhalb des Erwerbs stärker und in anderer Weise, als dies bisher geschieht, in stadtplanerischen Prozessen zur Geltung kommen.

3.2 Wissenschaftlich-technische Ergebnisse und Erfahrungen

Im Methodenbereich hat das Projekt zwei erwähnenswerte Fortschritte erbracht. Der eine liegt in der Anwendung und Weiterentwicklung der Methode der „Mental Maps“ (2.1.1.5, 2.2.2.5), der andere in der Entwicklung und exemplarischen Berechnung des „Wohlfahrtsmultiplikators“ (2.4.4). Beide werden in künftigen Untersuchungen angewandt und sicher auch von anderen Autoren übernommen werden.

3.3 Präsentationsmöglichkeiten für künftige Nutzer

In 2.9 haben wir einige geplante Veröffentlichungen aufgelistet, die künftigen Nutzern zugutekommen sollen. Das Spektrum der Nutzer reicht von der Kommunalpolitik und der Stadtplanung über die Einrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements bis zu Wirtschaftspolitikern, insbesondere wenn sie sich für Fragen der Beschäftigungspolitik interessieren.

3.4 Einhaltung der Ausgaben- und Zeitplanung

Die Ausgabenplanung wurde ohne Abweichung eingehalten, für den Abschluss dieses Berichts wurde eine kostenneutrale Terminverlängerung um ein halbes Jahr beantragt und bewilligt.

4. Kurzfassung

Im weiteren Sinne ist das Projekt „Urbane Subsistenz“ der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Tätigkeiten gewidmet, die ohne Geld geleistet und deshalb kaum wahrgenommen werden, im engeren Sinn ist es auf die selbstbestimmte, ehrenamtliche, gemeinschaftsorientierte Tätigkeit bezogen, die oft als *bürgerschaftliches Engagement* und gelegentlich als *Bürgerarbeit* bezeichnet wird. Am Rande haben wir auch einen Blick auf das Verhältnis der Bürgerarbeit zu der unsichtbaren Arbeit in Haushalt, Familie und Nachbarschaft geworfen, der *Eigenarbeit*.

Untersucht haben wir das bürgerschaftliche Engagement durch Befragungen im Rahmen von *bürgerschaftlichen Einrichtungen*, das sind Initiativen, Arbeitskreisen, Vereinen, NROs, die sich soziokulturellen Bedürfnissen widmen, wie der Linderung sozialer Probleme, der Bereitstellung kultureller Angebote für den Alltagsbedarf von Bürgern oder der Gemeinwesenarbeit. Erfasst wurden nur Einrichtungen, deren Leistungen wesentlich auf der ehrenamtlichen Arbeit beruhen, auch dort, wo diese von hauptamtlich Tätigen unterstützt wird. Die Untersuchungsorte waren Berlin, Köln und Stuttgart (2.1).

Vielleicht das wichtigste Ergebnis der Untersuchung ist, dass bürgerschaftliches Engagement die Initialisierung und Etablierung einer *eigenständigen Infrastruktur* bewirkt. Diese Infrastruktur steht neben der wirtschaftlichen, die durch die Einrichtungen von Industrie und Handwerk, Handel und Banken gebildet wird, und korrespondiert mit dieser. Sie bereichert die städtischen Räume kulturell und entlastet die öffentlichen Haushalte wirtschaftlich, denn sie übernimmt zu geringen Kosten einen beträchtlichen Teil der sozialen Aufgaben, die sonst der Kommune zufielen – oder, was wahrscheinlicher ist, nicht erfüllt werden könnten (2.2.2).

Ein zweites Ergebnis liegt in der überragenden Bedeutung, die der Mischung der städtischen Funktionen Arbeiten, Kaufen und Wohnen auch für das bürgerschaftliche Engagement zukommt. In entmischten Räumen, reinen Wohngebieten oder reinen Industriegebieten, findet es nicht statt. Der Mischung der Funktionen aber setzt es die Krone auf, indem es nicht nur von ihr abhängt, sondern sie zugleich stärkt und bereichert (2.2.1).

Ein drittes Ergebnis sehen wir in der detaillierten Beschreibung der vom bürgerschaftlichen Engagement übernommenen Aufgaben, weil sie zeigt, dass es Aufgaben sind, die der Markt entweder gar nicht oder nur für eine kaufkräftige Minderheit erfüllt, Aufgaben mit einem breiten Spektrum von Leistungen beratender, unterstützender, zusammenführender, pflegender, helfender und nicht zuletzt kultureller, d.h. bildender oder expressiver Art (2.2.2).

Da die Kommune und der Staat diese Leistungen ebenfalls nicht oder nur zu einem kleinen – und derzeit wohl schwindenden – Teil erfüllen können, bleiben sie auf das bürgerschaftliche Engagement angewiesen. Dieses aber, das ist das vierte Ergebnis, kommt in hinreichendem Umfang nur zustande, wenn es durch Schaffung geeigneter Bedingungen unterstützt wird, durch die schon erwähnte Mischung der städtischen Funktionen, durch Bereitstellung

bzw. planerische Ausweisung von geeigneten Räumen, durch Wahrnehmung und Würdigung und nicht zuletzt durch finanzielle Förderung (2.5).

Denn, fünftens, wird oftmals ein Minimum an hauptamtlicher Unterstützung und Organisation gebraucht, damit das freiwillige, kurzzeitige und nur begrenzt planbare bürgerschaftliche Engagement der vielen einzelnen koordiniert und effektiviert werden kann. Doch diese Unterstützung ist lohnend, und sie ist effizient: Mit dem Geld für eine hauptamtliche Arbeitskraft wird das drei- bis achtfache Volumen an bürgerschaftlichen Leistungen finanziert („Wohlfahrtsmultiplikator“), je nach der Struktur der Einrichtungen (2.4).

Insgesamt kann die Stadt ihre Fähigkeit, auf äußere und innere Veränderungen flexibel und kompetent zu reagieren, durch Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und auch der Eigenarbeit beträchtlich erhöhen. Durch private Subsistenzarbeit werden die privaten Haushalte und durch öffentliche Subsistenzarbeit die Haushalte der Kommunen und des Staates mit Realeinkommen angereichert. Durch kürzere und flexible Arbeitszeit wird Erwerbsarbeit (=Beschäftigung) für alle wieder möglich. Und die Kombination von Erwerbsarbeit und Subsistenzarbeit erbringt zusammen einen Wohlstandseffekt, der durch Erwerbsarbeit allein heute nicht mehr zu erreichen ist (2.6).

5. Literatur zu 1.1 – 2.6

- Afheldt, Horst (2003). *Wirtschaft die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft*. München: Kunstmann.
- Akerlof, George A. (1970). The market for "lemons": Qualitative uncertainty and the market mechanism. *Quarterly Journal of Economics*, 89, 488-500.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband [Hrsg.] (2001). *Sozialbericht 2001. Ehrenamt im Wandel*. Bonn.
- Baier, Andrea, Bennholdt-Thomsen, Veronika & Holzer, Brigitte (2005). *Ohne Menschen keine Wirtschaft. Oder: Wie gesellschaftlicher Reichtum entsteht*. München: oekom Verlag.
- Beck, Ulrich (1997). Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen*, S. 146-168. München: Kommission für Zukunftsfragen.
- Beck, Ulrich (1998). Das große Los – arbeitslos. *Süddeutsche Zeitung*, 19. Juni 1998, S. 13. München.
- Beck, Ulrich (1999). *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgerschaft*. Frankfurt a.M.
- Biesecker, A. (2000a). Arbeitsgesellschaft – Tätigkeitsgesellschaft – Mitgestaltungsgesellschaft: Umrisse eines zukunftsfähigen Arbeitskonzepts. In: *Berliner Debatte INITIAL*, Nr. 11/ 4, 2000. Berlin.
- Biesecker, A. (2000b). Kooperative Vielfalt und das ‚Ganze der Arbeit‘. Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. In: *WZB Papers. Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie*. Berlin.
- Blenck, J., Nipper, J., Nutz, M., Wiktorin, D. & Zehner, K. [Hrsg.] (2002). *Der historisch-topographische Atlas*. Köln.
- BMFSJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – (Hg., 2001a). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Gesamtbericht (= "Freiwilligensurvey 1999")*. Berlin.
- BMFSJ (Hg., 2001b). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Zugangswege. (= 'Freiwilligensurvey' 1999)*. Berlin.
- Bosch, Gerhard & Wagner, Alexandra (2002). Nachhaltige Dienstleistungspolitik. In: Bosch, G. et al. (Hg.), *Die Zukunft von Dienstleistungen*, S. 482-512. Frankfurt/M.: Campus.
- Braudel, Fernand (1986). *Die Dynamik des Kapitalismus*. Stuttgart: Klett-Cotta
- Cohen, Daniel (1998). *Fehldiagnose Globalisierung. Die Neuverteilung des Wohlstands nach der dritten industriellen Revolution*. Frankfurt/M: Campus Verlag.
- Coleman, J. (1995): *Grundlagen der Sozialtheorie. Handlungen und Handlungssysteme*. München.
- Dahm, Daniel, Fretschner, Rainer, Hilbert, Josef & Scherhorn, Gerhard (2002). *Gemeinschaftsarbeit im Wohlfahrtsmix der Zukunft: unverzichtbar*. In: Bosch, G. et al. (Hg.), *Die Zukunft von Dienstleistungen*, S. 162-183. Frankfurt/M.: Campus.
- Dahm, Daniel (2003). *Zukunftsfähige Lebensstile. Städtische Subsistenz für mehr Lebensqualität*. Köln: Universität zu Köln, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät (Dissertation).
- Dahm, Daniel, Liffers, Lutz, Scherhorn, Gerhard & Weber, Gabriele (2004a). *Zivilgesellschaft und Anpassungsfähigkeit*. In: Brandt, Heike, Holzapfel, Helmut & Hopmeier, Ilka (2004). *Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte. EVALO-Endbericht*. Kassel.
- Dahm, Daniel, Böge, Stefanie, Fuhr, Dagmar, Scherhorn, Gerhard & Siebentritt-Schüle, Anja (2004b): *Nahversorgung und Tätigkeitsgesellschaft*. In: Brandt, Heike; Holzapfel, Helmut; Hopmeier, Ilka (2004). *Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte. EVALO-Endbericht*. Kassel
- Dahrendorf, Ralf (1982). *Die Tätigkeitsgesellschaft*. In: Ders., *Die Chancen der Krise*, S. 88-100. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

- De Charms, Richard (1968). *Personal Causation: The internal affective determinants of behavior*. New York: Academic Press.
- Deci, Edward L. (1995). *Why we do what we do. The dynamics of personal autonomy*. New York: Putnam's Sons.
- Deci, Edward L., Connell, John P. & Ryan, Richard M. (1989). Self-determination in a work organization. *Journal of Applied Psychology*, 74, 580-590.
- Deci, Edward L., Koestner, Richard & Ryan, Richard M. (1999). A meta-analytical review of experiments examining the effects of extrinsic rewards on intrinsic motivation. *Psychological Bulletin*, 125, 627-668.
- Dettling, Warnfried (2000). Die aktive Bürgergesellschaft in der Stadt als Reformperspektive des Sozialstaates. In: Klie, T. & Roß, P. [Hrsg.] (2000). *Die Zukunft des Sozialen in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement als Herausforderung*. Freiburg.
- Eberling, M.; Grabow, B. Henckel, D.; [Hrsg.] (1999): *Zukunft der Arbeit in der Stadt*. Berlin.
- Ehling, Manfred & Schmidt, Bernd (1999). Ehrenamtliches Engagement. Erfassung in der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes und Möglichkeiten der Weiterentwicklung. In: E. Kistler, H.H.Noll & E. Priller (Hrsg.). *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, S. 411-434. Berlin: Edition Sigma.
- Eppler, Eppler (2000). *Was braucht der Mensch? Politik im Dienst der Grundbedürfnisse*. Band 11 der Buchreihe zu den Themen der Expo 2000. Frankfurt/M: Campus Verlag
- Enquete Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages (2002). (Abschluss)Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.
- Evers, Adalbert & Olk, T. (Hg., 1996). *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft*. Opladen: Leske.
- Evers, Adalbert (1998). Zivilgesellschaft und Sozialstaat. Chancen für einen Wohlfahrtspluralismus? In: Evers, Adalbert [Hrsg.] (1998). *Sozialstaat*. Gießen.
- Felbinger, C. (1995): *Conditions of Confusion and Conflict: Rethinking the Infrastructure-Economic Development Linkage*. In: Perry, D. [Hrsg.] (1995): *Building the Public City. The Politics, Governance, and Finance of Public Infrastructure*. London.
- Franck, G. (1998): *Die Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf*. München.
- Gabriel, Yiannis & Lang, Tim (1995). *The unmanageable consumer. Contemporary consumption and its fragmentations*. London: Sage Publications.
- Giarini, O. & Liedtke, P. (1997): *Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome*. Hamburg.
- Glaser, Hermann (1988). *Das Verschwinden der Arbeit. Die Chancen der neuen Tätigkeitsgesellschaft*, Düsseldorf: Econ.
- Göschel, A. & Kunert-Schroth, H.; Mittag, K. (1992): *Revision der sozialen Infrastruktur. Ein Rückblick auf die 80er Jahre*. Berlin.
- Government of Japan (1992). *A critical evaluation of the relationship between cash economies and subsistence activities*. In: http://luna.pos.to/whale/gen_abo_cash.html.
- Gretschmann, Klaus & Ulrich, Wolfgang (1980). *Wirtschaft im Untergrund. Wirtschaftsdienst*, 60, 444-449.
- Haas, Hendrik (1998). *Dienstleistungsqualität aus Kundensicht. Eine empirische und theoretische Untersuchung über den Nutzen von Zertifikaten nach DIN EN ISO 9000 ff. für den Verbraucher*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Häußermann, Hartmut & Siebel, W. (1997). *Dienstleistungsgesellschaften*. Frankfurt a.M.
- Hall, P. & Pfeiffer, U. [Hrsg.] (2000): *Urban 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte*. Stuttgart.
- Hasse, M. & Michels, I. (1998). Editorial: Vom Sozialstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft? Akteure zwischen Pflicht und Engagement. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 11, Heft 2, 1998. Wiesbaden.
- Hensch, C. & Wismer, U. [Hrsg.] (1997): *Zukunft der Arbeit*. Stuttgart.

- Hradil, S. (2001): Sozialer Wandel. Gesellschaftliche Entwicklungstrends. In: Schäfers, B.; Zapf, W. [Hrsg.]: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Berlin.
- Hubert, Eva-Maria (2004). Tauschringe und Marktwirtschaft. Eine ökonomische Analyse lokaler Komplementärökonomien. Berlin: Duncker & Humblot.
- Jenner, Gero (2005). Die Privilegienrepublik. Wie das Finanzkapital Wirtschaft und Wohlstand zerstört. München: Riemann (im Druck).
- Kohn, Alfie (1993). Punished by rewards. The trouble with gold stars, incentive plans, A's, Praise, and other bribes. Boston: Houghton Mifflin Comp.
- Kristof, Kora & Scherhorn, Gerhard (2002). Informelle Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft. In: Bosch, G. et al. (Hg.), Die Zukunft von Dienstleistungen, S. 513-533. Frankfurt/M.: Campus.
- Kasser, Tim (2002). The high price of materialism. Cambridge 2002: The MIT Press.
- Klatetzki, T.; Wedel-Parlow, U. (2001): Soziale Arbeit. In: Schäfers, B.; Zapf, W. [Hrsg.] (2001): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Berlin.
- Lietar, Bernard A. (1999). Das Geld der Zukunft. Gütersloh: Riemann/Bertelsmann.
- Menge, Melanie (2003). Der Beitrag des Bürgerschaftlichen Engagement zur lokalen Standortqualität – exemplarische Betrachtung eines Quartiers in Berlin-Friedrichshain. Diplomarbeit. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin, Fachbereich Geographie.
- Nullmeier, F. (1998). Die Wohlfahrtsgesellschaft des Sozialstaats. In: Forschungsjournal NSB, 11, Heft 2, 1998. Wiesbaden.
- Pappi, F. (2001): Soziale Netzwerke. In: Schäfers, B., Zapf, W. [Hrsg.]: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Berlin.
- Perry, D. [Hrsg.] (1995): Building the Public City. The Politics, Governance, and Finance of Public Infrastructure. London.
- Pott, L. (2001). Bürgerschaftliches Engagement in Arbeiterwohlfahrt. In: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband [Hrsg.]. Sozialbericht 2001. Ehrenamt im Wandel. Bonn.
- Pretty, Jules & Hine, Rachel (2001). Reducing food poverty with sustainable agriculture: A summary of new evidence. Colchester, UK: University of Essex, Centre for Environment and Society/The SAFE-World Report. Eine redigierte deutsche Fassung in: Brot für die Welt & Greenpeace (Hg.). Ernährung sichern. Nachhaltige Landwirtschaft – eine Perspektive aus dem Süden. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.
- Putnam, R. (1993): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton
- Quiring, Olaf (2004). Urbane Subsistenz als Chance für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung? Diplomarbeit. Dortmund. Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung.
- Rifkin, Jeremy (1997). Das Ende der Vollbeschäftigung. In: Hensch, C.; Wismer, U. [Hrsg.]: Zukunft der Arbeit. Stuttgart.
- Roth, Roland (1999). Soziokultur – ein Ladenhüter? Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe, "Neues Ehrenamt" und andere neueste und allerneueste Aufbrüche in die "Bürgergesellschaft"; Informationsdienst Soziokultur der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren; Nr. 40/41; <http://www.soziokultur.de/texte/ladenhut.htm>
- Ryan, Richard M. (1982). Control and information in the intrapersonal sphere: An extension of cognitive evaluation theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 43, 450-461.
- Sassen, Saskia (2000). Die informelle Wirtschaft. In: Dies., Machtbeben, S. 39-76. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schäfers, B., Zapf, W. [Hrsg.] (2001): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Berlin.
- Scheele, U. (1993): Privatisierung von Infrastruktur. Möglichkeiten und Alternativen. Köln.
- Schenk, M. (2000): Die Stärke der Schwachen: Zivilgesellschaft ‚ganz unten‘. In: Schaurhofer, M., Brix, E. et al. [Hrsg.] (2000): Räume der Civil Society in Österreich. Wien.
- Scherhorn, Gerhard (1997). Das Ganze der Güter. In: K. M. Meyer-Abich (Hrsg.). Vom Baum der Erkenntnis zum Baum des Lebens. Ganzheitliches Denken der Natur in Wissenschaft und Wirtschaft, S. 162-251. München: Beck.

- Scherhorn, G. (1999): Die Krise des fordistischen Gesellschaftsmodells und die Zukunft des Tätigkeitssektors jenseits von Markt und Staat. In: Kommune, Ausgabe 17. Hannover.
- Scherhorn, Gerhard (2000). Die produktive Verwendung der freien Zeit. In: E. Hildebrandt (Hrsg.), Reflexive Lebensführung, S. 344-377. Berlin: edition sigma.
- Scherhorn, G. (2000b). Arbeit – Teilung und Verteilung. In: Held, M.; Nutzinger, H. [Hrsg.]: Geteilte Arbeit und ganzer Mensch. Perspektiven der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Scherhorn, G. (2001a). Wie kommen wir zu nachhaltigem Konsum; nachhaltigen Märkten; nachhaltiger Kultur? Wuppertal Papers, Nr. 107, 2001. Wuppertal.
- Scherhorn, Gerhard (2001b). Psychologie und Ökonomie. In: H. Keupp & K. Weber (Hg.), Psychologie – Ein Grundkurs, S. 441-450. Reinbek: Rowohlt.
- Scherhorn, Gerhard (2002). Zur Messung des Wohlstands. In: S. Hartard & C. Stahmer (Hg.), Magische Dreiecke. Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft, S. 267-288. Sozio-ökonomische Berichtssysteme Band 3. Marburg: Metropolis Verlag.
- Scherhorn, Gerhard (2004). Wertorientierung, Lebensstil und Lebenslage – Chancen und Grenzen individueller Nachhaltigkeit. < www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/index.html > ‚Haben‘ triumphiert über das ‚Sein‘.
- Scherhorn, Gerhard & Dahm, Patricia (1999). Die andere Arbeit. Untersuchungen über Eigenarbeit und Subsistenz. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie. Als Ms. Vervielf.
- Schmidt-Kallert, Einhard & Kreibich, Volker (2004). Informelle Stadt-Land-Beziehungen. E+Z (Entwicklung und Zusammenarbeit), 45, 464-467.
- Schmölders, Günter (1980). Der Beitrag der Schattenwirtschaft. In: Küng, Emil (Hg.). Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft: die Wirtschafts- und die Sozialwissenschaften vor neuen Aufgaben, S. 371-379. Tübingen: Mohr.
- Schneider, Friedrich (2000): Zunahme der Schattenwirtschaft in den entwickelten Ländern: Können wir sie vernachlässigen oder besteht Handlungsbedarf für die Politik? In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung, Bonn, S. 41-67.
- Stadt Köln – Dezernat für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtplanung [Hrsg.] (2000). Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht Köln 2000. Köln.
- Stahmer, Carsten, Herrchen, Inge & Schaffer, Axel (2003). Sozio-ökonomische Input-Output-Rechnung 1998). Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, Bd. 4 der Schriftenreihe „Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft“.
- Stahmer, Carsten, Mecke, Ingo & Herrchen, Inge (2003). Zeit für Kinder – Betreuung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen. Bd. 3 der Reihe ‚Sozio-ökonomisches Berichtssystem für eine nachhaltige Gesellschaft‘. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Teichert, Volker (2000): Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft: Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens. Berlin: WZB, Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie.
- Tudge, Colin (2004). So shall we reap. What’s wrong with the world’s food – and how to fix it. London: Penguin Books.
- Wallerstein, Immanuel (1974). The modern world system. New York: Academic Press. Deutsch: Das moderne Weltssystem. Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1986.
- The modern world system II. Mercantilism and the consolidation of the European world-economy. New York: Academic Press. Deutsch: Das moderne Weltssystem II - Der Merkantilismus. Europa zwischen 1600 und 1750. Wien 1998.
- Wallerstein, Immanuel (1987). The second era of great expansion of the capitalist world-economy, 1730-1840. New York: Academic Press.
- Willke, H. (1997): Supervision des Staates. Frankfurt a.M.

Wolfe, R. (1986). The economic efficiency of food production in a western alaska eskimo population. In: Langdon, S. [Hrsg.] (1986). Contemporary alaskan native economies. London.